

## **9 Dringlichkeitsanträge**

### **9.1 Glorifizierung des menschenverachtenden Sowjet-Kommunismus (GR Dr. Peter Piffel-Percevic, ÖVP)**

GR Dr. **Piffel-Percevic**:

Herr Vorsitzender, wertere Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer und Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Sie wissen aufgrund der Tagesordnung, die Ihnen allen zugegangen ist, worum es in diesem vorliegenden dringlichen Antrag geht. Er ist alles andere als sozusagen ein alltäglicher dringlicher Antrag. Er befasst sich mit einer öffentlichen Äußerung von gewählten, zu unserem Stadtparlament gewählten Mitgliedern bzw. von uns in die Stadtregierung gewählten Mitgliedern. Und wir halten es aus gutem Grunde doch immer so, dass wir hier Arbeit für die Grazer Bevölkerung in allererster Linie leisten wollen und nicht ein Parlament zur ideologischen Differenzierung abgeben wollen. Aber wenn derartige Äußerungen über die amtlichen Promulgationsmedien als offizielle Organe der Stadt von dir, Elke Kahr, und von dir, lieber Kollege Manfred Eber, erfolgen, nämlich der Glorifizierung nicht nur einer einzelnen wissenschaftlich-technischen Leistung, ganz vordergründig verpackt: „Es war die sensationelle Krönung einer Reihe von bahnbrechenden Leistungen der sowjetischen Raumfahrt. All das zeigt, wozu Forschergeist, Zuversicht und eine Wirtschaftsordnung jenseits vom kapitalistischem Profitstreben in der Lage sein kann.“ Das mit dem kapitalistischen Profitstreben, das stört mich, das ist sozusagen vorgegeben, da sind wir ganz wo anders. Was ist das, was hier den Widerspruch nicht nur ermöglicht, sondern erfordert? Es ist, und ich möchte ganz nüchtern, und das ist überhaupt mein Wunsch, eine unaufgeregte nüchterne Debatte zu führen über: „Was wiegt's – das hat's“. Es wird hier ein menschenverachtendes, ein menschenvernichtendes Regime gepriesen ohne jede Einschränkung, ohne jegliche Bezugnahme auf die Menschen, auf das Leid der Menschen, das damit verbunden war. Von einer Mitfraktion in diesem Gemeinderat, deren oberstes Verhalten immer ist, das Mitgefühl der Menschen zu

erfassen, Empathie zu signalisieren. Ich stelle das nicht in Abrede, ich glaube, dass das alle wollen hier, den Menschen helfen. Aber wenn ich mich so äußere, dann stehe ich vor der berechtigten Kritik, dass ich das geradezu in zynischer Art über das fatale Schicksal der betroffenen Menschen in diesem verherrlichten System mache, und das ist erschütternd (*Appl.*).

Das erheischt Widerspruch. Und nochmals, ich möchte hier keine wirtschaftspolitische oder schlechthin ideologische Debatte. Sie sehen aus dem Antragstext, den ich jetzt kurz vortrage, worauf es uns in dieser Debatte vor allem ankommt:

1. Eine klare Distanzierung von allen totalitären Regimen, zu denen auch der Sowjetkommunismus gezählt hat
2. Der Menschenrechtsbeirat, und es gibt kein geeigneteres Gremium, möge sich mit diesem Thema dieser Menschenrechtsverletzungen im Anlassfall von solchen kommunistischen Herrschaftssystemen befassen und möge sich mit der Frage auseinandersetzen, auf welche Weise sich die Parteien davon distanzieren müssen, vor allem hinter dem Hintergrund, wenn man dies so positiv auslobt geradezu, und das Kulturamt möge prüfen, ob nicht auch im Rahmen der Ausstellungen der kulturellen Events in Graz dieses Thema auf geeignete Weise besprochen werden sollte.

Ich glaube, Argumente sind das eine, das Gesicht von Leuten, die unter diesem Regime unsägliches Leid erlitten haben, ist das andere. Und ich glaube, es ist geradezu angebracht, auch diese Gesichter hier bei dieser Debatte sprechen zu lassen. Eines dieser Gesichter ist Alexander Solschenizyn, der unter Stalin 1948 acht Jahre ohne Gerichtsverfahren in die Haft ging, und Haft ist ein Hilfsausdruck, in Arbeitslager mit Quälen der Gefangenen, mit Hunger und Elend in diesen Lagern und anschließender Verbannung in die kasachische Steppe. Ein zweites Gesicht ist der, im Übrigen, Solschenizyn, der den Nobelpreis bekommen hat nicht für die Darlegung dieses Leids, das hat er erst vier Jahre später gemacht, und unter einem Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Leonid Breschnew, am Tag nach

Bekanntwerden dieses, seines Werkes, vier Jahre nach Erhalt des Nobelpreises, ausgebürgert und des Landes verbracht wurde. Und ich weiß schon, Sie, Elke Kahr und auch Manfred Eber, ihr scheut geradezu ideologische Debatten, und nochmals, das ist nicht unsere Ebene und nicht unser Inhalt, aber wenn es doch sich ergibt, darüber sich auszutauschen, wir distanzieren uns von Stalin, von Josef Stalin. Wir nehmen das gerne zur Kenntnis, aber im gesprochenen Wort unter Leonid Breschnew, einem Nachfolger als Generalsekretär der KPdSU ist Solschenizyn ausgebürgert worden und des Landes verbracht worden, und Leonid Breschnew ist bekanntlich ein Neo-Stalinist gewesen. Und ein weiterer Feind in eurem kommunistischen Weltbild, können wir immer erfahren, ist Gorbatschow, weil er die Sowjetunion aufgelöst hat. Gorbatschow hat Solschenizyn wieder rehabilitiert. Und das zweite Gesicht ist Andrej Sacharow, der Vater der Kernfusion, mit bahnbrechenden wissenschaftlichen Leistungen, der den Friedensnobelpreis 1975 erhalten hat, auch er musste ins Exil nach Gorki. Das war alles in einer Zeit, das war die Fortsetzung in einer anderen Art, die stalinistischen Grauen sind Gott sei Dank in dieser Weise 1953 in dieser Weise beendet worden, aber sie haben sich subtil durch zahlreiche Verbannung von Leuten, von missliebigen Leuten, von der Weiterführung von Arbeitslagern fortgesetzt. Und genau diese Leute darunter unsägliches Leid erlitten haben, haben auch dazu beigetragen, dass der großartige Erfolg, den ich überhaupt nicht mindern möchte, 1961 der erste bemannte Weltraumflug erfolgte, aber dass über diese Menschen und das Leid, das das auch erst ermöglicht hat, kein Gedanke auskommt, kein Wort auskommt, das ist der Widerspruch, den wir mit diesem dringlichen Antrag heute erheben wollen und müssen. Ich gebe dir dann gerne das Buch im Abschluss der Debatte. Danke für eure Aufmerksamkeit (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*„...Es war die sensationelle Krönung einer Reihe von bahnbrechenden Leistungen der sowjetischen Raumfahrt ... All das zeigt, wozu Forschergeist, Zuversicht und eine*

*Wirtschaftsordnung jenseits von kapitalistischem Profitstreben in der Lage sein kann...“.*

*Das ist nicht etwa eine Propaganda-Aussage der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos aus Anlass des 60. Jahrestages des ersten bemannten Weltallfluges, sondern nur ein Auszug aus einer durchaus ernst gemeinten Presseaussendung der Grazer Kommunisten um Elke Kahr und Gefolgschaft vom 12. April 2021 zu eben diesem Ereignis. Auch die Kleine Zeitung tadelte diese Entgleisung der KPÖ mehrfach in ihrer Berichterstattung.*

*Diese Meldung der Grazer Kommunisten ist aus mehrererlei Hinsicht bemerkenswert: Sie romantisiert nicht nur diese Zeit und die Methoden der Sowjetunion, sie ignoriert dabei auch völlig, dass sich der Erfolg dieser Mission teilweise auf Zwangsarbeit und einem auf Unterdrückung aufbauenden Regime gründete. Kein Wort der Distanzierung, sondern stattdessen Schwelgerei und ein begeisterter Lobgesang auf Leistungen des Kommunismus, von dessen menschenverachtenden Mechanismen man sich übrigens auch heute noch in Nordkorea, Kuba oder China überzeugen kann. Keine Rede von kritischer Distanz zu jener kommunistischen Ära, deren klassische, repressive Muster bis heute nachhallen und salonfähig geblieben sind, wie aktuell das Beispiel Nawalny beweist.*

*In der Aussendung werden nicht etwa jene fleißigen Menschen gepriesen, welche das Raumfahrtprojekt wohl oder übel tragen mussten, sondern es wird einem System und einer Wirtschaftsordnung gehuldigt, die vor allem von Konformitätswahn, Menschenverachtung und totaler staatlicher Kontrolle geprägt waren.*

*Bis zu diesem 12. April 2021 hätten manche Grazerinnen und Grazer womöglich der Meinung sein können, die Grazer KPÖ trage den Kommunismus zwar im Namen, sei aber ideologisch kaum mit diesen unseligen Regimes und ihren Gräueltaten in Verbindung. Mit dieser verherrlichenden Aussendung leistet die KPÖ jedoch den Offenbarungseid und zeigt der breiten Öffentlichkeit, was sich tatsächlich hinter ihrer freundlichen Maske verbirgt: der pure Sozialismus!*

*Die gewählten Formulierungen in der (möglicherweise als „Freud’scher Verschreiber“ zu bezeichnenden) Presseaussendung sind für die KPÖ nämlich durchaus entlarvend, denn sie sind der Beweis, wie auch in Graz eine Kommunistische Partei tickt: systemkonform, wie anderswo auch. Vordergründig werden Lösungskompetenz und Hilfsbereitschaft signalisiert, dies jedoch im Dienste der großen Idee, dem kommunistischen System und Denken zum Durchbruch zu verhelfen. Damit führt auch die Grazer KPÖ nun offiziell und öffentlich den Beweis, dass mit den Kommunisten kein Staat zu machen ist!*

*Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden*

***dringlichen Antrag***

- Alle Gemeinderatsfraktionen bekennen sich zu einer klaren Distanzierung von allen totalitären Regimen, zu denen auch der Sowjet-Kommunismus gezählt hat.*
- Der Menschenrechtsbeirat möge sich des Themas „Menschenrechtsverletzungen unter kommunistischen Herrschaftssystemen und warum sich im 21. Jahrhundert angekommene Parteien davon distanzieren müssen“ annehmen und eine diesbezügliche Debatte initiieren.*
- Das Kulturamt möge prüfen, ob allenfalls unter Einbeziehung des Graz-Museums eine Ausstellung zum Thema „Kommunistische Verbrechen während der Besatzungszeit“ angedacht werden und ein diesbezügliches Rohkonzept formuliert und dem Kulturausschuss bis Sommerbeginn 2021 übermittelt werden könnte.*

***Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (16.36 Uhr).***

KO GR Mag. **Sippel**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren im Gemeinderat und via Livestream. Danke, Peter, auch für diese Initiative. Ich glaube, es ist wichtig, auch einmal ein bisschen Geschichte hier durchzumachen, bleibt eh meistens zu wenig Zeit dazu. Jeder, der mich kennt, weiß, dass ich ein überzeugter Antikommunist bin. Ich sage aber an dieser Stelle auch, der Kommunismus ist nicht verboten, und das ist auch gut so. Ich glaube, eine starke Demokratie hält, auch Gesinnungen, Ideologien, Meinungen aus, die vielleicht im Kern sogar gegen sie selbst gerichtet sind, und das ist ein Empfinden, das ist eine Einstellung, die, denke ich, grunddemokratisch ist. Eine starke Demokratie, das ist das, was es bedarf, und aus dieser Sicht heraus darf man natürlich, oder man kann es zulassen, dass manche die Lehren von einem Herrn Marx oder einem Herrn Engels für gut befindet. Es ist zulässig, dass es Menschen gibt, die den real existierenden Kommunismus als cool erachten, die vielleicht auch den Zwerg-Diktator aus Nordkorea irgendwie lässig finden, der mit seinen Atomsprengköpfen „herumwacht“, oder vielleicht sogar dem Sowjet-Regime unter Stalin irgendetwas abgewinnen können, auch das ist nicht verboten. Und eine starke Demokratie kann das aushalten. Man darf aber niemals vergessen, und ich danke dir auch für diese Ausführungen, dass der real existierende Kommunismus viel Leid in diese Welt gebracht hat. 100 Millionen Menschen sind im Laufe der Zeit, im Laufe der Geschichte dieser Regime dieser Ideologie zum Opfer gefallen, da sind die ganzen korrupten Machenschaften, die Unterdrückungen ja harmlos in Wahrheit dagegen, die auch noch in diesen Systemen allzeit zugegen waren. Und ich bin auch der Meinung, dass unsere Demokratie in Graz die Kommunistische Partei Graz aushält, das ist überhaupt kein Thema. Die meisten sind sehr freundliche Zeitgenossen, das muss man an dieser Stelle auch sagen, aber ihr tragt natürlich den Begriff Kommunismus noch immer in eurem Parteinamen, als Grazer Gemeinderat geht uns das in Wahrheit nichts an, aber das ist halt auch immer etwas, mit dem ihr euch selbst konfrontieren solltet, was unter diesem Begriff schon alles in unserer Welt passiert ist. Und natürlich, liebe Elke Kahr und lieber Manfred Eber, eure Huldigung des ersten Menschen im Weltall, Juri Gagarin, da ist natürlich eine Portion Sowjetverherrlichung mitgeschwommen. Ich

glaube, wir sind aber nicht auf der Nudelsuppe dahergeschwommen, um das nicht zwischen den Zeilen auch mitbekommen zu haben, und das ist das, was natürlich schon etwas ist, was einer Partei, die auch eine gewisse Stärke in diesem Gemeinderat hat, nicht unbedingt auch würdig ist. Ich halte nichts, und ich bin auch gleich fertig, weil das rote Licht hier auch schon brennt, ich halte nichts davon, dass man sich für diese Haltungen entschuldigt, dass wir uns jetzt gegenseitig entschuldigen für das, was wir auch vertreten. Ich bin auch dankbar, dass dieser Passus hier nicht in diesem dringlichen Antrag ist, aber ich halte das für wirklich unterstützenswert, dass wir herangehen und in einem städtischen Museum einmal wirklich eine kritische Betrachtung des Kommunismus machen. Und ich bin schon der Meinung, Frau Wutte, dass es legitim ist als Gemeinderat, wo wir ja die Repräsentanten auch der Grazer Gesellschaft sind, unser eigenes Stadtmuseum, GrazMuseum, auch einmal zu bitten, natürlich mit der entsprechenden Dotierung, sich einmal kritisch mit dem Kommunismus, vor allem auch in der Steiermark auseinanderzusetzen. Da gibt es einiges, das ist sehr, sehr richtig, auf wissenschaftlicher Ebene, aber es ist vergleichsweise wenig, was es hier auch gibt, und das wäre ein toller Ansatz, hier auch einmal im Sinne der Vermittlung, im Sinne der Bildung einmal auch die Schrecken des Kommunismus insgesamt, aber auch die Geschehnisse im kommunistischen Zusammenhang in der Steiermark zu beleuchten. Und deshalb werden wir diesem dringlichen Antrag im vollen Inhalt unsere Zustimmung erteilen. Danke (*Appl.*).

**KO GR Ehmman:**

Geschätzter Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Zuhörerinnen und Zuhörer. Ja, ein ernstes Thema, das wir heute hier zu behandeln haben, absolut, und ich würde auch davon abgehen, das emotional zu betrachten, sondern ich werde auch versuchen, das auf sachlicher Basis abzuarbeiten, wobei ich sagen muss, ich diesem Dringlichen sehr viel abgewinne. Einige Passagen im Motiventext zweifle ich ein bisschen an, also die pure Ablehnung des Sozialismus widerspricht mir ein bisschen, aber es geht ja um die Ablehnung von

totalitären kommunistischen Herrschaftssystemen und ich möchte aber sagen, dass der Kommunismus per se für mich in der Betrachtung, wenn man ihn jetzt vereinfacht hernimmt, und sagt, es liegt alle Macht beim Volk letztendlich und somit gibt es keinen Herrscher, dem kann ich auch viel abgewinnen. Das Problem ist nur im Realkommunismus oder in der realen Welt, dass diese Theorie nie stattgefunden hat, denn letztendlich ist es immer zu totalen Herrschaftssystemen, kommunistischen Herrschaftssystemen, gekommen, die, wie schon beschrieben, natürlich auch wie andere totalitäre Systeme viel Leid den Menschen gebracht haben, nämlich Unterdrückung, Zwangslager, bis zu Massenmorden und letztendlich hat es kein kommunistisches Herrschaftssystem gegeben, wo nicht körperlich die Bevölkerung eingeschränkt war, sprich mit Zäunen, mit enormen Grenzüberwachungen, aber auch geistig eingeschränkt war, nämlich mit Zensur, nämlich mit Verboten. Denken wir an das westliche Fernsehen seinerzeit, was dort nicht stattfinden hat können, geschweige denn in der heutigen Zeit, Internetzensur in vielen Ländern, wo das heute noch der Fall ist usw.

Also es heißt, natürlich ist derartiges abzulehnen, man denke nur an Nawalny, ganz aktuell, man denke nur an die Panzer, man denke nur an die Panzer, welche perfide Betitelung dort eigentlich dort stattgefunden hat am Platz des Himmlischen Friedens in Peking, wo Studentenproteste überrollt worden sind seinerzeit. Kommunistische Herrschaftssysteme haben in Wahrheit in keinem einzigen Land Mehrheitsparteiensysteme zugelassen, jetzt real gewählt. Also ich war selbst in Peking, durfte mir selbst ein Bild machen, und hier wird die Opposition mehr oder weniger am Beginn der Legislaturperiode bestimmt. Also sowas würde ich natürlich nicht anstreben, das heißt, wir haben hier auch einen kritischen Blick darauf; aber was ich auch sagen muss, ich sehe das zwar als Anlassfall der Debatte richtig eingebracht, sehe hier aber wieder die Geschäftsordnung gefordert. Dadurch, dass wir keine aktuelle Stunde haben, muss quasi dieser Hebel und dieser Trick mit dem Dringlichen angewandt werden, weil dringlich ist das Thema in einer Zeit wie jetzt momentan, wo wir uns um viele andere Belange der Stadt und Sorgen der Bevölkerung kümmern müssen, nicht. Also der Dringlichkeit werden wir nicht zustimmen, sehr wohl aber



werden wir dem Inhalt zustimmen, wobei ich ersuche, den Punkt 3 bzw. die Punkte die angeführt sind, in einer getrennten Abstimmung abzuführen. Denn dem Punkt 3, das Kulturamt möge prüfen mit Einbeziehung Stadtmuseum usw., also ich als Gemeinderat, Armin hat es anders ausgeführt, oder sieht es anders, ist auch legitim, aber ich als Gemeinderat sehe es nicht als die Aufgabe, einem Museum auszurichten, mit welcher Debatte oder mit welchem Thema sich das Museum auseinanderzusetzen hat, sondern das soll letztendlich auch dort entstehen. Also den Punkt 3 werden wir ablehnen, wenn es zu einer punktuellen Abstimmung kommt, ansonsten werden wir dem Antrag vollinhaltlich zustimmen. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream. Zu Anfang möchte ich gleich sagen, wir werden der Dringlichkeit des Antrages nicht zustimmen, weil wir auch der Meinung sind, dass der dringliche Antrag eigentlich der falsche Ort für diese Art der Debatte ist, der Michi Ehmann hat es auch schon kurz angekündigt. Wie ihr aber wahrscheinlich eh seht, haben wir einen Abänderungsantrag formuliert, weil wir davon ausgehen, dass die Dringlichkeit gegeben sein wird. Ich möchte etwas zu dem Abänderungsantrag sagen: Den ersten Punkt lassen wir unverändert, weil für uns ist ganz klar, und ich hoffe, dass das für alle hier klar ist und dass die Abstimmung auch demensprechend aussehen wird, für uns ist ganz klar, dass alle Parteien innerhalb des demokratischen Spektrums sich klar und ohne zu zögern von totalitären Regimes distanzieren müssen. Und das möchte ich auch dem Kollegen Sippel sagen, natürlich muss eine Demokratie auch andere Einstellungen aushalten, aber Parteien innerhalb des demokratischen Spektrums, gewählte MandatarInnen, müssen Respekt vor der Demokratie haben und dürfen diese in keinster Weise in Frage stellen, und ich hoffe, dass wir diesen Konsens hier und heute erzielen können. Zu den anderen Punkten: Michi Ehmann hat es auch kurz gesagt, wir finden es fragwürdig, dass das GrazMuseum hier auf politischen Zuruf eine Ausstellung konzipieren soll, weil wir sind davon überzeugt, dass die Kuratoren und Kuratorinnen

des Museums recht gut selber wissen, welche Ausstellungen sie wann präsentieren wollen, und wir finden nicht, dass es hier eine politische Einmischung geben sollte. Und zur Beauftragung des Menschenrechtsbeirates, es steht hier, der Menschenrechtsbeirat soll sich mit Menschenrechtsverletzungen in kommunistischen Regimes beschäftigen. Aber dazu gibt es unzählige Publikationen, dazu gibt es unzähliges Fachwissen, und ich möchte jetzt eigentlich nicht, dass der Menschenrechtsbeirat sozusagen die ganze Geschichte des Realkommunismus aufarbeitet, das wäre, finde ich, der falsche Ort. Wenn es aber darum geht, dass der Grazer Menschenrechtsbeirat den Dialog mit Grazer ParteivertreterInnen sucht, die womöglich ein Nahverhältnis zu bestimmten totalitären Anschauungen oder totalitären Regimes der Vergangenheit haben, dann sollte auch eine andere Partei nicht außen vor gelassen werden. Und ich weiß schon, viele glauben jetzt, was hier von mir kommt, ist so dieser typische Reflex, es kommt jetzt eine Kritik an rechten totalitären Anschauungen, und dann antworten die anderen: „Nein, man muss auch über die Linksextremen reden“, und umgekehrt, und das Spiel wollen wir doch alle nicht spielen, das ist doch eigentlich völlig überflüssig nur dieses gegenseitige Aufeinanderzeigen. Ich bin davon überzeugt, dass wirklich viele von uns totalitäre Anschauungen, egal aus welcher politischen Richtung sie kommen, aus tiefstem Herzen ablehnen, aber eben, ich finde die Grazer ÖVP als eine Partei, die sich als Partei der Mitte sieht, muss sich schon die Frage gefallen lassen, ob ihr da eben nur in die eine Richtung schaut und die andere Richtung womöglich blind seid. Weil ihr seid jetzt seit über vier Jahren in einer Koalition mit einer Partei, die immer wieder Anlass zur Sorge gegeben hat, dass es hier keine ausreichende Distanzierung zu rechtsextremen Anschauungen gibt. Und ich habe es mit dem Kollegen Piffli-Percevic vorab diskutiert und er hat auch gemeint, es geht jetzt um den konkreten Anlassfall und deswegen wollen wir eben die anderen Themen nicht mitnehmen, und da kann ich nur sagen, es gab in den letzten Jahren wirklich einige konkrete Anlassfälle, wo ich mir auch eine klare Distanzierung erhofft hätte (*Appl.*).

In diesem Sinne würde ich mich sehr freuen, wenn wir hier als Grazer Gemeinderat ein klares Zeichen setzen und uns klar von allen totalitären Regimen, wie es gefordert

wurde, distanzieren, aber eben auch den Menschenrechtsbeirat mit einer umfassenden Beschäftigung beauftragen oder ihn ersuchen, nämlich mit dem Thema totalitäre Ideologien und deren Relevanz für die heutige Grazer Parteienlandschaft, und das meint eben alle totalitären Ideologien. Ich hoffe sehr, dass dieser Abänderungsantrag später eine Zustimmung finden wird, und würde, wenn das nicht der Fall ist, auch um getrennte Abstimmung ersuchen. Danke (Appl.).

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Alle Parteien innerhalb des demokratischen Spektrums müssen sich klar und ohne Zögern von totalitären Regimen distanzieren – das steht völlig außer Frage. Dass aber das Graz-Museum quasi auf politischen Zuruf eine Ausstellung zu „Kommunistischen Verbrechen während der Besatzungszeit“ konzipieren soll, ist nicht nachvollziehbar. Ich bin überzeugt, dass die KuratorInnen des Grazer-Museums wohlüberlegt und eigenständig die Schwerpunkte ihrer Ausstellungen festlegen können. Ebenso wenig nachvollziehbar ist, warum der Grazer Menschenrechtsbeirat sich des Themas „Menschenrechtsverletzungen in kommunistischen Herrschaftssystemen“ im Allgemeinen annehmen soll. Darüber gibt es unzählige hochwertige historische Studien und Publikationen. Wenn es aber darum geht, den Dialog mit Grazer ParteivertreterInnen über totalitäre Ideologien, zu denen diese eventuell ein Naheverhältnis haben, zu führen, sollte zumindest eine andere Partei ebenfalls mitgedacht werden.*

*Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden*

**Abänderungsantrag:**

1. *Alle Gemeinderatsfraktionen bekennen sich zu einer klaren Distanzierung von allen totalitären Regimen, zu denen auch der Sowjet-Kommunismus gezählt hat.*

2. *Der Menschenrechtsbeirat möge sich des Themas „totalitäre Ideologien und deren Relevanz für die heutige Grazer Parteilandschaft“ annehmen und eine diesbezügliche Debatte initiieren.*

**Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.**

StR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Ich habe gedacht, vielleicht sagt noch irgendjemand von der Kommunistischen Partei etwas dazu, aber sonst sage ich gerne was und ergänze von der Manuela Wutte schon Gesagtes. Wir haben wirklich lange im Klub gestern darüber diskutiert, wie wir mit diesem Antrag umgehen, ob das relevant ist für den Gemeinderat oder nicht, und Manu Wutte hat da jetzt einiges ausgeführt, und genauso wie wir gemeinsam mit der KPÖ oft einfordern von der FPÖ, sich mit ihrer Geschichte kritisch auseinanderzusetzen, genauso legitim halte ich es, dass wir uns auch mit der Geschichte des Sowjetkommunismus auseinandersetzen, wenn, wie in dem Fall, der Anlassfall eine doch eher, ich weiß nicht, vielleicht schwer nachvollziehbar motivierte Presseaussendung den Anlass gegeben hat. Aber vielleicht kannst du, Herr Eber, das nochmal erklären, wie es zu so einer Aussendung kommt, das wäre doch interessant. Ich klinge vielleicht wie eine Veteranin, aber ja, ich war am Ende der Sowjetunion in Russland und habe dort studiert, 1989 bis 1994, war fast drei Jahre in dem Land und habe es als Sowjetunion oder als Ausläufer der Sowjetunion die Transformation dieses Regimes erlebt und ich habe viel davon erlebt, was an Misstrauen, an Überwachung, an Repression auch noch an Studierende wie uns, und wir erfahren haben im Studentenheim. In jeder Etage hat es einen Spitzel gegeben, wir haben es nach und nach erfahren. Die Studierenden, die mit uns in den Zimmern gewohnt haben, waren nicht gefeit davor, nicht überwacht zu werden, man überprüft hat, mit dem was sie mit uns reden und wie wir uns verhalten. Diese fehlende Aufarbeitung, die war jetzt schon erwähnt, die zieht sich bis heute hin. Bis heute leiden in Russland Menschen darunter,

dass sie nicht wissen, wo ihre Angehörigen umgekommen sind, wo sie gestorben sind, von der Ukraine bis ganz weit in den Osten. Die Geschichte der Sowjetunion ist tatsächlich eine Geschichte, die auf Gewalt basiert, auf Überwachung und Repression und es zieht sich wirklich bis auf wenige Momente durch, von Lenin über Stalin bis zu Breschnew, bis zu Gorbatschow, da hat es wenige Momente gegeben, aber diese Fenster haben sich immer sehr, sehr schnell wieder geschlossen. Es waren minimale Unterbrechungen und der Umgang mit Menschenrechten, mit Meinungsfreiheit, bis zu dem, dass auch heutzutage noch immer Journalisten erschossen werden, umgebracht werden und man nicht weiß, wie es dazu gekommen ist, das zieht sich durch. Und insofern, wir haben eben lange darüber geredet, wie kommt es zu dieser Gagarin-Aussendung, die kann man nicht losgelöst von dem Ganzen sehen, man kann sie nicht losgelöst von dem sehen, dass gerade die Zeit damals dann dieser Wettbewerb, dieses Ringen sozusagen, wer ist schneller im All, wer hat schneller den Wettlauf geschafft, gleichzeitig basierend auf Jahrzehnten von Terror, von Verfolgung und Tötung, Kollege Piffli-Percevic hat es ausgeführt, es gibt nicht nur diese beiden Autoren, sondern viele, viele Autorinnen und Autoren mehr, die Zeiten beschreiben, aber die leider für zu wenige noch immer aufgearbeitet sind. In dem Sinne wäre es doch interessant, finde ich auch, den ideologischen Hintergrund von im Gemeinderat befindlichen Parteien zu hinterfragen, kritisch zu diskutieren und kritisch anzuschauen, und insofern, Manu Wutte hat es ausgeführt, können wir dem Antrag einiges abgewinnen. Was ich nicht ganz verstehe, ist, dass der Gemeinderat jetzt anfängt, dem GrazMuseum vorzuschreiben, welche Ausstellungen es machen soll, das halte ich doch etwas für überzogen. Aber um aus dem Weltall wieder zurück auf den Boden der Grazer Politik zu kommen und ganz konkret zu schauen, wie wir hier Platz für Menschen schaffen, wie wir hier Politik machen können, wie wir hier Dinge vorantreiben können, fangen wir an in der Kaiserfeldgasse, fangen wir an mit Begegnungszonen, und bitte gehen wir raus aus dem Weltall und wieder nach Graz zurück, und machen da gescheite Politik. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Heinrichs:**

Danke vielmals. Ich möchte, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren, werter Antragsteller, auch gleich darum bitten, es wurde jedes Mal das rote Lämpchen jetzt überzogen sozusagen, ich möchte auch für mich um ein bisschen Verständnis bitten, denn es ist richtig, wie du sagst, lieber Peter, dass das ein wichtiger Antrag ist. Ich muss es dann ein bisschen einschränken und komme zu guter Letzt auf die Stichworte der Damen und Herren Kollegen aus dem Gemeinderat zurück und auch der Frau Stadträtin Judith Schwentner, wenn Sie das gestatten. Eine Gemeinderatswahl steht vor der Tür, das ist das einzig Dringliche, lieber Peter Piffli-Percevic, an diesem Antrag. Die Sowjetunion gibt es seit 30 Jahren nicht mehr, ebenfalls seit 30 Jahren beweisen wir in Graz, wir die KPÖ in Graz, dass wir eine solide Arbeit für die Menschen machen, mit anderen Worten, eine brauchbare Kommunalpolitik mit viel Beratung, mit viel Unterstützung für diejenigen, die es wirklich brauchen können. Jetzt will man uns anpatzen, weil wir Gagarin gewürdigt haben ...

*Zwischenruf: GR Dr. Piffli-Percevic: Das habe ich selber.*

GR<sup>in</sup> **Heinrichs:**

... ich bitte dich, mich nicht zu unterbrechen. Liest man den gesamten Text genau und zwischen den Zeilen, so erkennt man die Absicht, wonach es überhaupt nicht um die besagte Aussendung geht, aber ich möchte noch darauf zurückkommen, sondern um die etwaigen 20 % Stimmen, die in der Luft liegen und um Ablenkung von allerhand Dingen, die nicht so laufen, wie sie laufen sollen. Abgelenkt, und davon sind wir sehr überzeugt, vor allem werden wir hiermit von der guten Arbeit, welche die KPÖ für Graz seit vielen Jahren, schon seit den Tagen Ernest Kalteneppers, geleistet hat und nach wie vor leistet. Vielen Dank, Ernest Kaltenegger, wenn du zuschauen solltest, für dein Vorbild. Da wir nicht die Absicht haben, diese vorgelegte Wahlkampfinitiative der ÖVP

in Form deines Dringlichen zu unterstützen, möchte ich sehr kompakt, und dass ich wirklich nicht zu weit aushole, gewisse Dinge, wie gesagt, gut zusammengefasst wissen. Nicht nur dass es aktuellsterweise öffentliche Statements zum Thema seitens Frau Stadträtin Elke Kahr gibt, es gibt diese nicht nur von ihr, es gibt die entsprechenden verschriftlichten Stellungnahmen auch aus der Vergangenheit. Reformparteitag 1991, es gibt darüber genügend Lesestoff für wirklich Interessierte, also der Publikationen genug, und wir stehen selbstverständlich jederzeit, wenn auch nicht hier im Gemeinderat, weil das nicht der richtige Platz ist, für konstruktive Diskussionen sehr gern zur Verfügung. Mir jetzt etwas ganz wichtig, was ich mit aller Deutlichkeit, damit wir nämlich zum Konkreten, zum Stalinismus, das ist ja ein wichtiger Faktor in deinem Antrag, kommen möchte. Mir als gefühlter Obersteirerin ist es wichtig, verweisen zu dürfen auf die Geschichte Franz Koritschoners, ein großartiger Genosse, welcher in den Lagern der ehemaligen Sowjetunion umgekommen ist, sowie andere führende Genossen und Genossinnen der KPÖ und der KPD, welche ebenso in fürchterlicher Weise Opfer Stalins und seiner mörderischen Helfershelfer geworden sind. Meine Genossen und Genossinnen und ich von der KPÖ wären wohl die Allerletzten, welche sich für diese geschichtlichen Fakten nicht schon längstens interessiert hätten. Wir sind keinesfalls mit Brettern vernagelte Leute, die nicht hören und sehen und nicht lesen können, irren Sie sich darin bitte vielmals nicht. Wir wissen, nochmals, ganz genau über die Verbrechen Stalins Bescheid, ich wage zu behaupten, genau wie viele von euch Kollegen und Kolleginnen. Warum? Weil wir uns natürlich intensivst die längste Zeit damit befassen mussten. Wir sind also genau über diese Verbrechen informiert, wir wissen genau Bescheid, aber auch darüber, dass der Kampf gegen die Nazidiktatur kein Verbrechen war, dass die ehemalige Sowjetunion ein wesentlicher schlagkräftiger Bestandteil der Anti-Hitler-Koalition gewesen ist, dass die Rote Armee geblutet hat wie keine andere, um uns vor dem Nazifaschismus zu befreien, was wir aus eigener Kraft leider nicht geschafft hätten. Dass daher mit unserem Staatsvertrag Österreich verpflichtet ist, die entsprechenden Gedenkstätten zu bewahren, berühmt der Schwarzenbergplatz in Wien, aber auch hier am Zentralfriedhof in Graz haben wir die Gedenkstätte mit allen Insignien. Dass am

27. April 1945 durch besagte Hilfe von außen Österreich als Zweite Republik gegründet werden konnte mit den drei Gründerparteien ÖVP, SPÖ und KPÖ. Wie die Geschichte also zeigt, lieber Peter, ist mit der Kommunistischen Partei Österreichs sehr wohl Staat zu machen, entgegen deiner Ansicht im Dringlichen. Also die Gründerpartei KPÖ, die einzige Partei, welche sich nach dem Krieg nicht neu aufstellen musste, weil unsere kommunistischen Genossen und Genossinnen eben keine faschistische Vergangenheit hatten, im Gegenteil, die Ersten waren, welche zusammen mit den Zeugen Jehovas sofort abtransportiert wurden in die KZ-Lager, wurden heute schon genannt. Ich nenne diese, nicht aber, um auf die anderen zu vergessen, damit ich das hier deutlich sage, 2.000 GenossInnen waren es, deren Namen wir als Kommunisten und Kommunistinnen weiterhin ehren werden, 80 % derjenigen, die wegen widerständigen Tätigkeiten vor dem Volksgerichtshof und dem Oberlandesgerichtshof standen, waren Kommunisten oder des Kommunismus Verdächtige. Ich möchte hier an dieser Stelle zwei Herren zitieren, die Ihnen allen bekannt sind, sie wurden schon genannt: Ernest Kaltenegger sagte: „Die Welt bleibt nicht stehen und sie dreht sich nicht zurück, neue Bewegungen entstehen, die die Vision einer solidarischen Gesellschaft, und um die geht es uns, wachhalten, die sich gegen Benachteiligungen zur Wehr setzen und Menschenrechte einfordern.“ Ich darf weiters zitieren, Franz Parteder sprach von der Erkenntnis, dass unsere Weltanschauung nur dann reale Veränderungen durch unser Handeln in der Gesellschaft bewirken kann, wenn sie sich der Wirklichkeit zuwendet, und wenn wir keine Scheuklappen haben, auch wir nicht, und wenn wir auch unangenehme Tatsachen nicht verdrängen. Das gilt für die Analyse der aktuellen Situation in Österreich, aber auch für die Vergangenheit unserer Bewegung. Schritt für Schritt haben wir in Graz Vertrauen in der Bevölkerung aufgebaut und gewonnen, haben vielen Menschen geholfen und auch politisch durchaus einiges bewegt, das beunruhigt natürlich die politischen Mitbewerber, die politischen Gegner. Es gibt kein einziges Beispiel dafür, dass wir in dieser Zeit, in der wir hier arbeiten dürfen, in Graz und in der Steiermark, dass wir in dieser Zeit gegen demokratische Grundsätze verstoßen haben, war auch schon Thema der heutigen Wortmeldungen. Ich könnte jetzt noch weiter ausholen, ich will mich aber wirklich beschränken und darf zum



Schluss noch etwas sagen, vielleicht wäre es für ÖVP und FPÖ sinnvoller, einmal vor der eigenen Tür zu kehren. Wer in diesen Tagen mit gravierenden Korruptionsvorwürfen konfrontiert ist wie die ÖVP auf Bundesebene, sollte uns gegenüber weniger arrogant auftreten. Sie eröffnen den Wahlkampf mit einem schweren Foul, wir werden aber nicht mit gleicher Münze zurückzahlen, sondern weiter unsere Arbeit machen. Die Grazer und Grazerinnen mögen uns nach unseren Taten messen, sie sollen letztlich entscheiden, was sie von uns halten. Und jetzt noch ganz schnell ...

*Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Frau Gemeinderätin, wir sind schon acht Minuten drüber.*

**GR<sup>in</sup> Heinrichs:**

... gut, dann komme ich auf die Wortmeldungen nicht mehr zurück und danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

**Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:**

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, der Stadtregierung und meine Damen und Herren, die uns heute zuhören. Wir sind letztlich doch in eine ideologische Debatte abgeglitten, und ich habe schmunzeln müssen, Frau Gemeinderätin Wutte, wie Sie draußen waren und gesagt haben, man soll jetzt nichts aufwägen oder nicht reflexartig agieren, Sie haben es dann dennoch getan. Ja, mag so sein, ein eigener Antrag für etwas anderes wäre durchaus angebracht, aber hier etwas zu verkumulieren ist, glaube ich, fehl am Platz. Ich darf wiederholen, und wir haben es schon zigmal getan, als FPÖ distanzieren wir uns von jeglichen Regimen, von jeglichen Diktaturen, sei das eine nationalsozialistische Diktatur mit all ihren Gräueltaten, ganz bewusst auch so ausgesprochen, das ist nicht unser Thema, davon distanzieren wir uns. Wir distanzieren uns aber natürlich auch von

einem Regime des Kommunismus mit all seinen Gräueltaten, mit den direkten Morden, mit dem fehlgeleiteten System in wirtschaftlicher Hinsicht, wo Millionen verhungert sind, mit der Unterdrückung von Intellektuellen und Künstlern, mit der Ausweisung, heute schon angesprochen, und man könnte diese Ausführungen noch fortsetzen. Also wir haben kein Problem, uns zu distanzieren, die KPÖ in Graz, in der Steiermark, in Österreich offensichtlich schon, und Frau Gemeinderätin Heinrichs, wenn Sie sagen, wir distanzieren uns von Stalin, ja, das ist nett, Stalin ist ein Faktor im Kommunismus, da gibt es viele, viele. Distanzieren Sie sich vom Kommunismus, das wäre angebracht, das wäre letztlich endlich einmal ein richtiger Schritt, den Sie tätigen sollten (*Appl. FPÖ und ÖVP*).

Und ja, es ist wichtig und es ist notwendig, auch einmal über die Gräueltaten und das System des Kommunismus zu berichten, das kommt nämlich bei uns in all den letzten Jahrzehnten viel zu kurz. Im Schulunterricht, glaube ich, kommt es ja gar nicht mehr vor. Also bedeutet es für uns, und das ist auch der Sinn des Antrages, wenn diese Thematik in unserem Museum auf- und erarbeitet wird, ein historischer Auftrag für uns und ein Bildungsauftrag, und nicht mehr und nicht weniger soll das sein.

Dankeschön (*Appl.*).

**Bgm. Mag. Nagl:**

Ein paar Anmerkungen zur Kollegin Heinrichs: Sie tun so, als wäre das ein Wahlkampfauftakt jetzt der ÖVP. Ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist, aber es waren Journalisten in den Grazer Tageszeitungen, die darauf aufmerksam gemacht haben, dass sie es nicht verstehen, dass eine Parteivorsitzende in Graz und auch ein Klubobmann in dieser Art und Weise den Kommunismus, den Sowjetkommunismus verherrlichen und ganz dabei übersehen, was im Namen des Kommunismus auf dieser Welt an Schaden schon angerichtet wurde und täglich angerichtet wird. Ich denke, dass es in einer Menschenrechtsstadt aber dann auch an der Zeit ist, dass man einmal dieses Thema, wenn es eben so ausgesprochen wird von einer Parteichefin und einem Klubobmann, und das ist im Übrigen nicht das erst Mal, ich erinnere an die

Gemeinderatssitzung und Eklat, wo Gemeinderat Molnar, als unmittelbar Betroffener des Kommunismus mit seinem Vater und seiner Familie, damals zum Rednerpult gestürmt ist und sich massiv darüber beschwert hat, wie die kommunistische Fraktion von Graz das Bildungssystem und die Freiheit der Bildung in kommunistischen Bereichen quasi apostrophiert hat und gehuldigt hat. Da sind ihm die Nerven durchgegangen, es waren vielleicht nicht alle dabei, aber ich möchte daran erinnern, Gemeinderat Molnar mit seinem Vater, der vertrieben wurde, weil er andersdenkend war und aus dem Land nur noch flüchten musste usw. hat das ausgelöst. Ich erinnere daran, dass mir immer wieder gesagt wird, dass auch auf Sozialen Medien auch Stadtrat Krotzer Fidel Castro und Che Guevara verniedlicht oder verherrlicht, auch da wird eigentlich selten darüber gesprochen, wie viel Leid und Elend auch diese beiden Herren über ihre jeweiligen Länder gebracht haben. Und ich versuche es manchmal mit dem Umkehrschluss, und ihr wisst, ich habe das schon oft gesagt, zeigt mir irgendwo ein Land auf der Welt, wo der Kommunismus zum Segen der Menschen wirklich funktioniert hat, das wurde als Realkommunismus sowieso gesagt. Aber uns heute vorzuwerfen, dass wir etwas beginnen, obwohl in den Medien von Journalisten die Geschichte aufgegriffen worden ist, weise ich zurück und finde es sehr, sehr notwendig, dass wir diese Debatte heute führen, dass wir auch im Menschenrechtsbeirat und vielleicht auch einmal in unserem Stadtmuseum darüber berichten, wie es den Menschen nach dem Krieg in den einzelnen Zonen gegangen ist. Ich weiß noch aus den persönlichen Erzählungen vieler Frauen, wie die Vergewaltigungen auch in Österreich ein unsägliches Leid über die Frauen gebracht haben, wie aufgrund des Sowjetkommunismus viele Menschen gestorben sind, weil gerade die russische Besatzungsmacht, wenn du nicht sofort in der Nacht aufgemacht hast, durch die Tür erschossen wurdest, wenn du gerade zur Tür gegangen bist, und viele andere Dinge. Ich glaube, dass das alles aufgezeigt gehört und dass das nicht verniedlicht gehört und um das geht es letzten Endes auch in diesem Antrag. Und wenn ich daran erinnere, dass auch die Frau Stadträtin das Wort Jugoslawien verwendet hat für unsere Nachbarländer, obwohl das, wenn ich das so sagen darf, jetzt schon eine Zeit lang sich herumgesprochen haben müsste, dass wir über

Slowenien, Bosnien etc. reden, waren das sukzessive Dinge, die uns langsam aber sicher glauben lassen, dass in der Grazer Kommunistischen Partei viel vom alten Kommunismus, der viel Schaden über die Welt gebracht hat, falsch gesehen wird, nennen wir es einmal so. Aber diese Diskussion kann man im Menschenrechtsbeirat führen, und vielleicht wird auch die Kulturabteilung und vielleicht auch einmal das Stadtmuseum darüber berichten, ich glaube, es wäre an der Zeit (*Appl.*).

**StR Mag. Krotzer:**

Jetzt muss ich mich auch noch einmal kurz zu Wort melden. Vielen Dank für die Ausführungen, Herr Bürgermeister. Weil Sie auch angesprochen haben, man möge ein Land zeigen, in dem der Kommunismus regiert, ich sage, das ist natürlich nicht herzeigbar, weil der Kommunismus ja in seiner ideologischen oder seiner philosophischen Vorstellung als Gesellschaftssystem zu sehen ist, das eben ein herrschaftsfreies System ist; das, worüber wir hier sprechen, ist der damals real existierende Sozialismus. Wenn wir den Begriff des Kommunismus, wie er von vielen geprägt worden ist, von Karl Marx und Friedrich Engels, aber ja auch davor, auch wenn man an Thomas Münzer denkt, der in der Zeit der Bauernkriege eine Frühform quasi des Sozialismus/Kommunismus aus christlicher Prägung auch vertreten hat, gibt es hier eine sehr, sehr lange Ideengeschichte, die bis in die Gegenwart und wohl auch in die Zukunft weiterreichen wird. Ich kann natürlich zu all dem, was gesagt worden ist, also können wir einmal mehr die Feststellung treffen, dass wir uns sehr, sehr ausgiebig auch mit der eigenen Geschichte einerseits und andererseits auch der weltweiten Geschichte des Kommunismus auseinandergesetzt haben. Für all diejenigen, die sich wirklich näher damit beschäftigen, sie können das ja auch im Landesprogramm der Steirischen KPÖ nachlesen, wo das ja ausgiebig und auch sehr ausgiebig selbstkritisch analysiert ist, dass in diesem großen Namen über mittlerweile zwei Jahrhunderte auf der ganzen Welt sehr unterschiedlich Dinge passiert sind, darüber brauchen wir nicht sprechen. Aber es geht einerseits um den Grundgedanken, und dieser Grundgedanke, ich vergleiche das immer durchaus auch mit dem Christentum, auch hier haben wir

eine Idee, die angetreten ist, das Beste für die Menschen zu erreichen, und in der über 2.000-jährigen Geschichte des Christentums sind auch Dinge passiert, die wir uns alle nicht vorstellen wollen und wo wir aber niemanden, der Christ oder Christin ist, auch nur annähernd in die Nähe davon rücken und deswegen ersuchen wir schon auch um eine fairere Debatte in diesem ganzen Zusammenhang. Dankeschön (*Appl.*).

**GR Dr. Piffl-Percevic:**

Herr Bürgermeister, ich möchte mich bei allen bedanken, dass der taugliche Versuch gelungen ist, eine nicht von Emotionen getragenen Debatte zu führen, was angesichts dieses Themas, in seinen verschiedenen Schichtungen, kein einfaches Unterfangen ist. Ich möchte mich wirklich dafür bedanken bei allen, ohne damit zu sagen, dass auch alle Argumente oder Gegenargumente ausgewogen und unterstützenswert waren. Fast alle meine Kollegen haben, auch die Frau Stadträtin Schwentner, die als Zeitzeugin in dieser Endphase Licht in eine Debatte gebracht hat, das unbedingt notwendig ist, man muss die Dinge ganz subtil beleuchten. Und Herr Bürgermeister hat, ganz wichtig, eben den Verdacht, der auch herangetragen wurde, wir hätten das aus irgendwelchen taktischen Überlegungen gemacht, tauglich zurückgewiesen. Es wurde medial aufgegriffen, und nochmals, und da möchte ich auf den Kollegen Krotzer reagieren, ich bin bekennender Christ, ich gebe mir hoffentlich auch bewiesenermaßen die Mühe, auch diese unsäglichen Epochen im Christentum durchaus zu artikulieren in Diskussionen und nicht sie unter den Teppich zu kehren. Ich möchte, was ich jetzt sage, nicht in meiner christlichen Qualifizierung sagen, aber unabhängig vom Glauben, wir verteidigen und loben und glorifizieren aber nicht das, was wir an Schuld sozusagen auf uns geladen haben. Das ist der Unterschied und das ist der Grund warum, und das ist der Grund für die Dringlichkeit. Da möchte ich doch einigen widersprechen, das war der jetzt gegebene Anlass, das Thema ist immer dringlich, das gebe ich schon zu, aber warum wir jetzt uns gemeldet haben, weil jetzt so eine völlig zu kritisierende öffentliche Äußerung erfolgt ist, und dagegen, da gehe ich jetzt davon aus, wird es eine ganz breite Zustimmung zur Distanzierung davon hier geben im Interesse der Tränen

und des Blutes, das die Menschen auch unter diesem System erlitten haben. Und, Elke, wie versprochen, ich halte mich an mein Wort, hier das Buch, wo dieses Gesicht ...

*Zwischenruf StR<sup>in</sup> Kahr: Ich kenne dieses Buch, ich habe es, du musst es mir nicht geben.*

GR Dr. **Piffl-Percevic:**

Aber du kannst es gerne weiterschenken ...

*Zwischenruf StR<sup>in</sup> Kahr: ... aber ich schenke dir umgekehrt einige Literatur von unserer Bewegung, die genau dasselbe zum Inhalt hat, was du gesagt hast, und ich habe in den ganzen 40 Jahren, wo ich bei der Kommunistischen Partei bin, noch nie den Stalinismus und Verbrechen, die in dem Land passiert sind, glorifiziert. Das wirst du niemals gehört haben.*

*(Rest unverständlich)*

GR Dr. **Piffl-Percevic:**

Dann stelle ich mir aber die Frage, wieso diese Äußerung trotzdem erfolgt ist, und ich möchte schließen mit ...

*Zwischenruf StR<sup>in</sup> Kahr: Weil sogar im Kinderfernsehen der Juri Gagarin, der der erste Mensch im Weltall war, gelobt worden ist ...*

*Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Der Herr Gemeinderat ist am Wort, Frau Stadträtin.*

*Zwischenruf StR<sup>in</sup> Kahr: Das ist ja wohl unglaublich.*

GR Dr. **Piffl-Percevic:**

Elke, wir und die Vertreter der hier anwesenden politischen Parteien, wir treffen uns an den Orten des Grauens, am Feliferhof, an der Hinrichtungsstätte der letzten Kriegstage ...

*Zwischenruf StR<sup>in</sup> Kahr: Mein Großvater ist hingerichtet worden, das musst du mir nicht sagen.*

*Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Frau Stadträtin, der Herr Gemeinderat hat das Wort.*

GR Dr. **Piffl-Percevic:**

Ich möchte etwas ganz anderes sagen, Elke. Wir treffen uns in der Belgier-Kaserne, seit kurzem auch im dem dortigen Gedächtnisheim, was diesem im Dritten Reich entstandenen Gemäuer sehr gut tut, auch die Kirche, die Soldatenkirche aus dem Kosovo, die jetzt dort aufgestellt ist, um auch andere Momente dort hinzubringen, die zum Nachdenken anregen. Wir treffen uns in Feldkirchen am Karner vom Lager Thalerhof, es wird alles angesprochen, und dort bist du immer dabei und dort bekenntst du dich auch bedingungslos und das schmerzt mich, dass du in dieser Äußerung diese Menschen, die wir mir Recht apostrophieren, da vergessen hast und eigentlich schmerzlich im Stich gelassen hast. Das ist mein Motiv für diese Debatte (Appl.).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 1) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 2) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Grüne) angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 3) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.***

## **9.2 Radweg am Grieskai zwischen Augartenbrücke und Bertha-von-Suttner-Brücke (GR DI Georg Topf, ÖVP)**

**GR DI Topf:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Ich tue mir jetzt schwer, sozusagen nach dieser doch beeindruckenden Diskussion jetzt wieder in die Niederungen der Verkehrs- und Mobilitätspolitik zu kommen. Ich werde es, so gut es geht, versuchen. Es geht um den Radweg am Grieskai zwischen Augartenbrücke und Bertha-von-Suttner-Brücke, und ich möchte gleich zu Beginn sagen, dass ich deshalb diesen Antrag als dringlich erachtet habe, weil es tatsächlich darum geht, und das ist mehrfach von mir auch schon gesagt worden, hier den notwendigen Lückenschluss zwischen der Augartenbrücke und der Bertha-von-Suttner-Brücke auf der Grieskai-Seite, also auf rechten Murseite, zu bewerkstelligen. Es geht uns also nicht darum, irgendeine Lösung, die also den Grieskai unmittelbar in einer Fahrspur betrifft, zu konterkarieren, sondern es geht darum, zusätzliche Lösungsvarianten aufzuzeigen. Also bitte um Verständnis, wenn ich etwas länger



aushole und nicht nur gegen etwas bin, sondern tatsächlich auch die eine oder andere Variante hier ansprechen möchte. Während die Frau Stadträtin Kahr, Ende März war es, glaube ich, verlautbaren ließ, dass die Schaffung eines Radweges am rechten Murufer mit der Variante Aufgabe einer Fahrspur auf dem Grieskai, konkret ist es gegangen um die stadteinwärts gerichtete Fahrspur Richtung Norden, keine praktikable Lösung des Radwegproblems darstellen konnte, da dies laut Stellungnahme eines renommierten Verkehrsexperten der TU Graz, du hast auch den Namen genannt, der durchaus radfahr-affin ist, wenn ich das noch anmerken darf, mit weitreichenden Umwegfahrten zu Lasten sowohl des gesamten motorisierten Individualverkehrs und des öffentlichen Verkehrs, ich habe bewusst hier noch einmal die Linien angeführt, die betroffen sind, nämlich die Linien 5, 35, 39, 66 und 67, als auch insbesondere, und das ist mir wichtig zu unterstreichen, der zukünftigen Südwestlinie in der Karlauer Straße gehen würden, hören sich die Aussagen der Verkehrsstadträtin einige Zeit später ganz anders an. Zu Erschaffung einer eigenen Radspur am Grieskai soll nun die Variante der Entfernung einer Fahrspur in Richtung Norden allenfalls noch um die zusätzliche Streichung von Parkplätzen erweitert werden. Unserer Meinung nach, meiner Meinung nach, muss es entgegen des von der Frau Stadträtin eingeschlagenen Kurses durchaus möglich sein, eine Lösung zu finden, wo für alle betroffenen Verkehrsteilnehmer eine möglichst zufriedenstellende Situation geschaffen bzw. die dort sehr gut funktionierende Verkehrsführung beibehalten wird und zu keinen zusätzlichen Verkehrsbelastungen im weiteren Umfeld führt. Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

**dringlichen Antrag:**

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständige Verkehrsstadträtin wird beauftragt zu prüfen, ob der Lückenschluss des Radweges am rechten Murufer zwischen Augartenbrücke und Berta-von-Suttner-Brücke nicht insofern möglich ist, als dass der bestehende Gehweg im Uferbereich mittels einer balkonartigen Auskragung bzw. Galeriekonstruktion, das ist jetzt ein

bisschen der technische Ansatz, vielleicht etwas visioniert, durchaus, gebe ich auch zu, im Einvernehmen mit der Wasserrechtsbehörde, klarerweise, der Abteilung Grünraum/Gewässer und dem Naturschutzbeauftragten den Baumbestand schonend zu einem entsprechend breiten Radweg ausgebaut werden kann und der Gehweg als Gehsteig, wenn überhaupt erforderlich, weil auf der Westseite ohnedies einer vorhanden, auf der ostseitig aufzulassenden Parkspur Platz findet.

Dabei könnte bei dieser neuen Radwegführung auf der Ostseite des Grieskais mit Auflassung der dortigen Parkplätze ein „Superblock-System“, Kammernsystem, ich bin Verfechter dieses Systems, mit Einbahnregelungen im Bereich Stadlgasse – Lagergasse – Herman-Bahr-Gasse – Rankengasse angedacht und durch Schrägparkplätze, damit die Parkplätze sozusagen hier kompensiert werden, könnte man die Schrägparkplätze dort entsprechend anordnen. Selbstverständlich muss der Kreuzungspunkt mit dem Ost-West/West-Ost geführten Radweg im Schattenbereich der Bertha-von-Suttner-Brücke großzügig und vor allem gut einsichtbar und überschaubar gestaltet werden, das ist auch mit ein Grund, weil ja heuer offensichtlich im Raum steht und gedacht ist, die Radbrücke dort zu renovieren, das könnte also im Zuge der Renovierung der Radbrücke unter der Bertha-von-Suttner-Brücke im heurigen Jahr mit einer bogenförmigen, das habe ich bewusst auch ein bisschen technisch ausgeführt, nach Süden gerichteten Einbindung in den bestehenden Radweg berücksichtigt werden. Wegen der zu erwartenden weitreichenden, und das ist mehrfach angeführt worden, umweltbelastenden Umwegfahrten, z.B. von der Herrgottwiesgasse (Puchstraße) Richtung Norden linksabbiegend in den Karlauer Gürtel, dann wieder rechtsabbiegend in die Triester Straße und Karlauer Straße (zukünftig mit der Südwestlinientrasse) über Griesplatz / Zweiglasse oder Stadlgasse / Lagergasse / Zweiglasse zur Augartenbrücke oder Stadlgasse / Lagergasse / Hermann-Bahr-Gasse, ich muss das bewusst so anführen, weil das tatsächlich große Umwegfahrten sind, im Bedarfsfall dann wieder Richtung Süden zu den Therapieeinrichtungen, das ist mir ganz bewusst, dass das ein großes Problem darstellt, bei der Versicherungsanstalt kann die Auflassung der Fahrspur Richtung Norden am Grieskai zwischen Augartenbrücke und Bertha-von-Suttner-Brücke keinesfalls als unmittelbar anzustrebende Lösung

angesehen werden. Mit den vorgeschlagenen Konzepten und Lösungsansätzen könnte der notwendige Lückenschluss des Radweges am rechten Murufer gelingen, der allen Beteiligten den ihnen gebührenden Raum gibt, Nutzungskonflikte ausschließt und den geforderten Sicherheitsaspekten gerecht wird. Damit würde weder eine Beeinträchtigung des insgesamt, aus unserer Sicht, sehr gut funktionierenden motorisierten Individualverkehrs und öffentlichen Verkehrs noch der künftigen Südwestlinie in der Karlauer Straße bewirkt. Diese Meinung wird übrigens auch von vielen Expertinnen und Experten vertreten. Ich ersuche um Annahme dieses dringlichen Antrages. Danke (*Appl.*).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Während die zuständige Verkehrsstadträtin Elke Kahr Ende März verlautbaren ließ, dass die Schaffung eines Radweges am rechten Murufer mit der Variante Aufgabe einer Fahrspur auf dem Grieskai (konkret stadteinwärts Richtung Norden) keine praktikable Lösung des Radwegproblems darstellen könnte, da dies laut Stellungnahme eines renommierten Verkehrsexperten der TU Graz mit weitreichenden Umwegfahrten zu Lasten sowohl des gesamten motorisierten Individualverkehrs und des öffentlichen Verkehrs (Linien 5, 35, 39, 66 und 67 sind betroffen) als auch insbesondere der zukünftigen Südwestlinie in der Karlauer Straße gehen würde, hören sich die Aussagen der Verkehrsstadträtin einige Zeit später ganz anders an: Zur Schaffung einer eigenen Radfahrspur am Grieskai soll nun die Variante der Entfernung einer Fahrspur in Richtung Norden allenfalls noch um die zusätzliche Streichung von Parkplätzen erweitert werden.*

*Unserer Meinung nach muss es – entgegen des von der Verkehrsstadträtin eingeschlagenen Kurses – möglich sein, eine Lösung zu finden, wo für alle betroffenen Verkehrsteilnehmer eine möglichst zufriedenstellende Situation geschaffen bzw. die derzeit dort sehr gut funktionierende Verkehrsführung beibehalten wird und zu keinen zusätzlichen Verkehrsbelastungen im weiteren Umfeld führt.*

*Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:*

*Die zuständige Verkehrsstadträtin wird beauftragt zu prüfen, ob der Lückenschluss des Radweges am rechten Murufer zwischen Augartenbrücke und Berta-von-Suttner-Brücke nicht insofern möglich ist, als dass der bestehende Gehweg im Uferbereich mittels einer balkonartigen Auskragung bzw. Galeriekonstruktion im Einvernehmen mit der Wasserrechtsbehörde, der Abteilung Grünraum/Gewässer und dem Naturschutzbeauftragten den Baumbestand schonend zu einem entsprechend breiten Radweg ausgebaut werden kann und der Gehweg als Gehsteig (wenn überhaupt erforderlich, weil auf der Westseite ohnedies einer vorhanden!) auf der ostseitig aufzulassenden Parkspur Platz findet.*

*Dabei könnte bei dieser neuen Radwegführung auf der Ostseite des Grieskais mit Auflassung der dortigen Parkplätze ein „Superblock-System“ (Kammernsystem) mit Einbahnregelungen im Bereich Stadlgasse - Lagergasse - Herman-Bahr-Gasse - Rankengasse angedacht und durch Schrägparkplätze der Entfall derselben kompensiert werden.*

*Selbstverständlich muss der Kreuzungspunkt mit dem Ost-West/West-Ost geführten Radweg im Schattenbereich der Bertha-von-Suttner-Brücke großzügig und vor allem gut einsicht- und überschaubar gestaltet werden. Dies könnte im Zuge der Renovierung der Radbrücke unter der Bertha-von-Suttner-Brücke im heurigen Jahr mit einer bogenförmigen, nach Süden gerichteten Einbindung in den bestehenden Radweg berücksichtigt werden.*

*Wegen der zu erwartenden weitreichenden, umweltbelastenden Umwegfahrten, z.B. von der Herrgottwiesgasse (Puchstraße) linksabbiegend in den Schönaugürtel, dann wieder rechtsabbiegend in die Karlauer Straße (zukünftig mit der Südwestlinientrasse) über Griesplatz / Zweiglasse oder Stadlgasse / Lagergasse / Zweiglasse zur*

*Augartenbrücke oder Stadlgasse / Lagergasse / Hermann-Bahr-Gasse, im Bedarfsfall dann wieder Richtung Süden zu den Therapieeinrichtungen bei der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau kann die Auflassung der Fahrspur Richtung Norden am Grieskai zwischen Augartenbrücke und Bertha-von-Suttner-Brücke keinesfalls als anzustrebende Lösung angesehen werden.*

*Mit den vorgeschlagenen Konzepten könnte der notwendige Lückenschluss des Radweges am rechten Murufer gelingen, der allen Beteiligten den ihnen gebührenden Raum gibt, Nutzungskonflikte ausschließt und den geforderten Sicherheitsaspekten gerecht wird. Damit würde weder eine Beeinträchtigung des insgesamt sehr gut funktionierenden motorisierten Individualverkehrs und öffentlichen Verkehrs noch der künftigen Südwestlinie in der Karlauer Straße bewirkt. Diese Meinung wird auch von vielen ExpertInnen vertreten.*

**Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (17.30 Uhr).**

**StR Dr. Riegler:**

Dankeschön, Gemeinderat Topf. Ich übernehme den Vorsitz. Jetzt Folgendes, erstens, ich habe ein bisschen Sorge, es sind so wenige Leute hier im Raum, dass möglicherweise die Beschlussfähigkeit nicht gegeben ist, deswegen bitte ich kurz den Herrn Polz festzustellen, ob ausreichend Mitglieder des Gemeinderates anwesend sind. Ok, ist ausreichend. Das Zweite ist, fürs Protokoll, um 17.30 Uhr hat, wie angekündigt, Frau Gemeinderätin Andrea Pavlovec-Meixner die Sitzung verlassen, das heißt, wir sind jetzt um eine Person weniger, und jetzt bitte ich nochmals all jene aufzuzeigen, die sich zu Wort melden.

GR<sup>in</sup> **Ussner:**

Sehr geehrter Herr Antragsteller, lieber Georg, wir stimmen der Dringlichkeit auf alle Fälle einmal zu, weil, wie sich alle vorstellen können, ist das ja auch für uns ein sehr dringliches Thema. Jetzt zu dem Punkt einer Galeriekonstruktion, da sind wir wieder bei dem gleichen Thema wie in der Fragestunde, dass wir einfach den Aufwand an Kosten nicht als legitim sehen, weil man damit einfach viel mehr Kilometer an Radwegen bauen könnte, und du hast vorhin bei der vorherigen Diskussion gesagt, es wird Flächenumwidmungen geben müssen, und ich weiß nicht, ob du jetzt zu deinem dringlichen Antrag die Stellungnahme der Radlobby auch gelesen hast heute. Und wir sind auch der Meinung, dass es nicht die Lösung sein kann, den Radverkehr dann einfach dort hinzuschieben, wo er am wenigsten stört, nämlich außen herum, um halt mit teuren Galeriekonstrukten einfach den Autoverkehr aufrechtzuerhalten. Soviel dazu. Mir kommt vor, bei den ganzen Verkehrsdebatten kommen wir wirklich immer wieder zu den zwei Punkten, die halt einfach auch allgemeine Fehlannahmen sind: Nämlich Autoverkehr ist ein Naturgesetz und Autoverkehr verringert sich auch nicht, wenn man anderen Verkehrsarten Raum gibt. Und deswegen ist die Annahme, meiner Meinung nach, auch ein bisschen fehlgeleitet, dass der Autoverkehr, wenn man hier eine Fahrspur rausnimmt für den Radverkehr, dann irgendwo anders die Straßenbahn blockieren wird, weil das ganze System sich dann verändern wird. Der zweite Punkt ist der, dass man immer glaubt, wenn man KFZ-Verkehr den Raum wegnimmt, dass man den Leuten etwas wegnimmt. Und weil man einfach immer nur die hört, die am lautesten schreien, de facto gibt es sehr hohe Bereitschaft der Leute, umzusteigen auf das Fahrrad, viele machen es nur nicht, weil sie sich nicht trauen, weil der Raum für das Fahrrad nicht da ist, um sich sicher fortzubewegen. Stefan Bendiks, der eh auch mitarbeitet an unserer Radoffensive, hat da letztes Jahr bei „Mehr Zeit für Graz“ einmal eine sehr gute Grafik gezeigt, nämlich, dass das Potential an Leuten, die mit dem Fahrrad fahren würden, weit höher ist, die es nur deswegen nicht machen, weil sie sich nicht trauen und da fängt der Teufelskreislauf dann an. Weiters ist es ja eigentlich auch ein Vorteil für jede Person, die ihre Alltagswege mit dem Auto zurücklegt, wenn Leute freiwillig umsteigen auf das Fahrrad, weil im Straßenraum

haben die Autofahrer dann auch mehr Platz und stehen auch weniger im Stau. Deswegen sollte man aufhören, auf die Leute zu hören, die am lautesten schreien, wenn KZF-Infrastruktur umgewidmet wird und das einfach einmal so machen, wie es in allen anderen Städten funktioniert. Zum Zusatzantrag von der KPÖ, dem werden wir nicht zustimmen, weil, wie wir das verstanden haben, wird das ja sowieso schon geplant dieser Pop-up-Radweg, und weil am Schluss dasteht: „Wird dafür Sorge getragen, dass der ursprüngliche Zustand umgehen wiederhergestellt wird.“ Das ist für uns auch keine Option, dass der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt ist, weil Fakt ist, wir brauchen auch auf der Muruferseite einfach eine gescheite Radverbindung. Und einen Kommentar kann ich mir auch nicht ganz verkneifen zu deinem Antragstext, weil der fast so klingt, als hättest du einen Personenunterausschuss zum Verkehrsausschuss gestartet und deswegen ist unser Ansatz auch der

**Abänderungsantrag,**

den ich jetzt vorlesen werde

1. Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, entlang des Grieskais eine leistungsfähige und mindestens 4 Meter breite Radverbindung innerhalb des bestehenden Straßenraumes zu prüfen.
2. Die damit verbundenen Lösungen bezüglich des KFZ-Verkehrs sind von der Verkehrsplanung zu erarbeiten und dem Verkehrsausschuss bis September 2021 vorzulegen.

Mit der Bitte um Annahme (*Appl.*).

***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*Die Kosten von etwaigen Brücken- oder Galeriekonstruktionen sind pro Kilometer um ein Vielfaches höher als Radwege im bestehenden Straßenraum, also könnte um*

*denselben Kostenaufwand ein Vielfaches an Radwegen umgesetzt werden. Außerdem sind diese um einiges schneller realisierbar als der aufwändige Bau einer eigenen Brücke/Galerie. Weiters ist es nicht möglich, solche Konstruktionen den Baumbestand schonend zu errichten, neuerliche Rodungen oder zumindest einzelne Baumentnahmen wären unabdingbar. Da die rechte Muruferseite im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen zum Bau des Murkraftwerks als Korridor für Wildtiere freizuhalten ist, ist ein solches Vorhaben auch nicht mit dem Natur- und Tierschutz vereinbar. Platz für Radwege auf Kosten von Grünraum zu schaffen, nur um wieder einmal dem KFZ-Verkehr unter keinen Umständen Raum zu nehmen, ist der völlig falsche Weg. Die Stadt muss sich der Flächengerechtigkeit im Straßenraum verschreiben, wenn eine Verkehrswende erfolgreich sein soll.*

*Daher stelle ich folgenden*

**Abänderungsantrag:**

*Der Gemeinderat möge beschließen:*

- 1. Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, entlang des Grieskais eine leistungsfähige und mindestens 4 Meter breite Radverbindung innerhalb des bestehenden Straßenraumes zu prüfen.*
- 2. Die damit verbundenen Lösungen bezüglich des KFZ-Verkehrs sind von der Verkehrsplanung zu erarbeiten und dem Verkehrsausschuss bis September 2021 vorzulegen.*

**StR Dr. Riegler:**

Dankeschön, Frau Gemeinderätin Tamara Ussner. Vorhin habe ich übersehen, dass Ewald Muhr der Erste war, der sich gemeldet hat, deswegen nehme ich mir jetzt das



Recht heraus, den Ewald Muhr sozusagen vorzuziehen und bitte ihn zum Rednerpult und um seinen Beitrag.

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Herr Vorsitzender, vielen Dank für das Vorziehen. Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher im Livestream, sehr geehrter Antragsteller, lieber Georg. Aufgrund deiner langjährigen Zugehörigkeit zum Grazer Gemeinderat und aufgrund deines Erfahrungsschatzes, legst du jetzt hier wirklich einen dringlichen Antrag hin, der aus unserer Sicht wirklich Hand und Fuß hat. Du bietest einerseits eine Lösung für den kritischen Radweg im Augarten und weist aber auch andererseits auf die kommenden Probleme hin, und darüber hinaus finden wir von der SPÖ ja die Idee von den Superblocks auch sehr gut, die du in deinem Antrag verwendest, weil wir haben die auch schon vor einiger Zeit gefordert und wir sehen das auch als ein sehr probates Mittel für eine Verkehrsberuhigung. Und wir würden in Graz gerne noch viel mehr davon sehen, und zwar nicht nur in Innenstadtnähe, sondern auch in den Randgebieten. Auf jeden Fall würde uns die Umsetzung deines Antrags ehrlich gesagt eine leidige Brücke über die Augartenbucht ersparen, die sicherlich auch kein optisches Highlight ist und dann auch noch zusätzlich Bautätigkeiten verursachen würde, und der Augarten ist diesbezüglich eh schon sehr strapaziert, trotzdem, und das muss man an dieser Stelle aber auch sagen, das Problem des Radweges im Augarten ist einzig und alleine durch diesen überschnellen Bau hervorgerufen worden. Man hat sich also nicht die Zeit genommen, sich über eine notwendige Infrastruktur dort Gedanken zu machen, und leider finden wir diese Vorgehensweise nicht nur dort im Augarten, sondern es gibt auch sehr viele Bauprojekte in Graz, die aus dem Boden gestampft werden, wo die nötigen Infrastrukturen, wie z.B. eine attraktive Anbindung an den öffentlichen Verkehr, fehlen, und das ist ein großes Problem und das erzeugt Unmut. Aber, wie bekannt, die Hoffnung stirbt zuletzt, vielleicht lernen wir auch sukzessive aus solchen Problemen, wie sie um die Augartenbucht entstanden sind und machen es künftig

besser. Und, lieber Georg, danke nochmals für den konstruktiven Vorschlag, und wir werden ihm hinsichtlich der Dringlichkeit und des Inhaltes zustimmen (*Appl.*).

**StR Dr. Riegler:**

Dankeschön, ganz generell muss ich auch um ein bisschen Disziplin bitten, es ist hier ein bisschen ein Hintergrundlärm, sodass man eigentlich, muss ich sagen, die Redner eigentlich schlecht versteht. Ich glaube, es geht um ein sehr wichtiges Thema, daher sollten wir, glaube ich, doch versuchen, noch bei der Sache zu bleiben. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich, wir sind noch immer in der Diskussion über die Dringlichkeit, Frau Gemeinderätin Braunersreuther.

**GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) Braunersreuther:**

Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, die noch zuhören gerade oder vielleicht wieder zuhören, liebe ZuseherInnen im Livestream. Ich möchte, wie angekündigt, einen Zusatzantrag stellen und kurz auf das, was die Tamara Ussner gesagt hat, eingehen. Es geht nämlich tatsächlich in dem Fall um die Bedeutung dieses Fahrradweges, der nicht machbar ist, wenn man nicht in den Individualverkehr eingreift, damit können wir sehr gut umgehen. Was aber natürlich ein Problem darstellt, das ist, wenn der Fahrradverkehr oder wenn diese Maßnahme den öffentlichen Verkehr behindert, in dem Fall die Straßenbahn, dann ist das natürlich im Sinne einer zukunftsfähigen Stadt nicht unbedingt sinnvoll, aber nichtsdestotrotz, also diese Sicherheit, damit sich mehr Leute Fahrradfahren trauen, auf gut ausgebauten Fahrradwegen herzustellen, ist uns sehr wichtig. Es mag vielleicht überraschen, dass wir diesen Zusatzantrag jetzt stellen, da letztens eben ausgehend eben von dieser Äußerung des Fachmannes bzw. ausgehend auch von Äußerungen des Straßenamtes gesagt wurde, ein Radweg am Grieskai, für den eine Fahrspur weggenommen werden soll, ist nicht möglich, es hat sich aber jetzt eine andere Situation ergeben, nämlich eine Baustellensituation, die dazu führt, dass ohnehin Zubringer gesperrt werden

müssen aufgrund der Baustelle, und diese Baustelle gibt eben diese Möglichkeit, am Grieskai diese Variante zu testen. Es wurden für diese Testversion zwei Varianten herangezogen, nämlich einmal die Auflassung der Parkplätze am Grieskai, das wurde aber schnell wieder verworfen, weil der Platz viel zu gering wäre mit 2 m Mindestmaß, ein Fahrradweg braucht 3,10 m an Breite bzw. wird sinnvollerweise, da es ja echt eine stark befahrene Radroute ist, 4 m, deswegen wurde das verworfen. Und auch eine Lösung, die in dem Antrag von dem Herrn Topf ist, dass nämlich die südliche Einbindung des geplanten Radweges in den bestehenden Murradweg hergeführt werden soll, das ist leider nicht möglich, weil das liegt einfach an diesem schmalen, um das Eck führenden Gehweg, der nicht verbreitert werden kann, weil durch das Murkraftwerk der Wasserspiegel gestiegen ist und deswegen das Ganze nicht umsetzbar ist. Was aber möglich ist, das ist eben diese Errichtung eines Zweirichtungsradweges auf der Fahrspur entlang des ufernahen Grünstreifens. Der wird auch im Sommer sehr nötig sein, denn das liegt auch an der Sperrung der Radbrücke unterhalb der Bertha-von-Suttner Brücke, die, wie bekannt ist, saniert wird, über die fahren an Spitzentagen 4.500 RadfahrerInnen, also das ist schon eine ganze Menge. Es wird angenommen, dass die Hälfte davon eigentlich, oder mindestens die Hälfte davon, gerne am Ufer des Grieskais verbleiben würde, wenn es dort eine Fahrradroute geben würde und deswegen unser Zusatzantrag, dass zumindest einmal eine Testvariante ausprobiert wird am Grieskai, die, das möchte betonen, nur dann, wenn sie sich massiv auf den ÖV-Verkehr auswirkt, also wenn es zu Stauungen kommt, die den ÖV-Verkehr blockieren, der leider, muss ich dazusagen, in einer Mischung ...

*Zwischenruf StR Dr. **Riegler**: Bitte zum Schluss kommen, Frau Kollegin Braunersreuther. Es ist zwar toll, aber wir sind schon deutlich drüber, und wir haben noch ein sehr langes Compito vor uns.*

GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther**:

... ja, ich wollte es nur erklären, gut, also in einer Mischvariante fährt, deswegen stelle ich diesen Antrag, diesen Zusatzantrag. Die Abteilung für Verkehrsplanung ist nach eingehender Prüfung zur Ansicht gekommen, dass die Anlage eines Zweirichtungsradweges am Grieskai in der geschilderten Form, nämlich Auflassung einer Fahrspur, die einzige den heutigen Standards entsprechende Möglichkeit zur Schließung der Radweglücke am rechten Murufer darstellt. Die Abteilung und die Stadträtin sehen daher das Baustellenprovisorium als Möglichkeit, diese den Ansprüchen der Radoffensive entsprechende Lösung, die auch die Radroute durch den Augarten entlasten würde, auf seine Praktikabilität im Realbetrieb zu testen, deswegen stelle ich den

**Zusatzantrag:**

2. Die Verkehrsstadträtin und die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, im Zuge der im Sommer geplanten Sanierung der Bertha-von-Suttner-Radbrücke und der damit verbundenen Sperre der wichtigen Ost-West-Radverbindung eine adäquate Umleitungsführung einzurichten. Dies soll am Grieskai unter Auflassung des stadteinwärts führenden Fahrstreifens zwischen Bertha-von-Suttner-Brücke und Augartensteg erfolgen. In der Zeit des zwei Monate dauernden Baustellenprovisoriums ist zu prüfen, ob diese Maßnahme unter Berücksichtigung des umgebenden Verkehrsregimes und insbesondere der ungestörten ÖV-Verkehrsführung vertretbar ist. Sollte sich herausstellen, dass dies nicht der Fall ist, wird dafür Sorge getragen, dass der ursprüngliche Zustand umgehend wiederhergestellt wird. Wir hoffen das allerdings nicht, ...

*Zwischenruf StR Dr. **Riegler**: Bitte zum Schluss kommen.*

GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther**:

... weswegen wir dem Abänderungsantrag der Grünen zustimmen (Appl.).

**Originaltext des Zusatzantrages:**

*Die Abt. für Verkehrsplanung ist nach eingehender Prüfung zur Ansicht gekommen, dass die Anlage eines Zweirichtungs-Radwegs am Grieskai in der geschilderten Form (Auflassung einer Fahrspur) die einzige den heutigen Standards entsprechende Möglichkeit zur Schließung der Radweg-Lücke am rechten Murofer darstellt. Die Abteilung und die Stadträtin sehen daher das Baustellenprovisorium als Möglichkeit, diese den Ansprüchen der „Radoffensive“ entsprechende Lösung – die auch die Radroute durch den Augarten entlasten würde - auf seine Praktikabilität hin im Realbetrieb zu testen.*

*Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Zusatzantrag:**

2. *Die Verkehrsstadträtin und die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, im Zuge der im Sommer geplanten Sanierung der Bertha-von-Suttner-Radbrücke und der damit verbundenen Sperre der wichtigen Ost-West-Radverbindung eine adäquate Umleitungsführung einzurichten. Dies soll am Grieskai unter Auflassung des stadteinwärts führenden Fahrstreifens zwischen Bertha-von-Suttner-Brücke und Augartensteg erfolgen. In der Zeit des zwei Monate dauernden Baustellenprovisoriums ist zu prüfen, ob diese Maßnahme unter Berücksichtigung des umgebenden Verkehrsregimes und insbesondere der ungestörten ÖV-Verkehrsführung vertretbar ist. Sollte sich herausstellen, dass dies nicht der Fall ist, wird dafür Sorge getragen, dass der ursprüngliche Zustand umgehend wiederhergestellt wird.*

StR Dr. **Riegler**:

Also jetzt muss ich wirklich sagen, bitte, wenn wir so weitermachen, dann sind wir heute um Mitternacht noch nicht fertig. Ich meine, die Kunst in der Politik wie in der Wissenschaft ist ja auch, sich knapp und treffend zu fassen, und ich würde bitten, dass wir hier wieder ein bisschen mehr Disziplin halten. Im Übrigen muss ich auch bitten, es gibt einen Grundlärm hier im Raum, also ich würde wirklich bitten, dass wir jetzt schön langsam wieder alle die Einzelgespräche einstellen und uns wirklich auch respektvoll auf die Rednerinnen und Redner konzentrieren, die hier vorne reden. Bevor ich jetzt den Vorsitz an den Kollegen Hohensinner übergebe, darf ich noch als Nächsten, der sich zur Dringlichkeit gemeldet hat, nämlich den Herrn Gemeinderat Lohr, zum Rednerpult bitten und darf danach den Vorsitz an Herrn Kollegen Hohensinner übergeben.

***Vorsitzwechsel – StR Hohensinner, MBA übernimmt den Vorsitz (17.46 Uhr).***

GR Ing. **Lohr**:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuhörer. Danke auch für die Ruhe im Saal hier drinnen und dem Kollegen Georg Topf, danke für deinen Antrag, weil das ist die richtige Antwort oder die richtige Lösung, damit der Vorschlag der Verkehrsstadträtin Kahr nicht wirklich umgesetzt wird, dass es nicht zu dem katastrophalen Szenario kommt, das auch die grüne Partei forciert, dass hier eine Fahrspur am Grieskai wegkommt, hier eine Fahrspur entfällt. Das können wir alle im Sommer nachvollziehen. Jetzt haben wir Baustellensaison, ich denke jetzt hier draußen an die Conrad-von-Hötzendorf-Straße oder die Kärntner Straße, da sind ja regulär immer zwei Autofahrspuren, jetzt wird alles auf eine Fahrspur baustellenbedingt verengt, und da spielen sich jeden Tag in der Früh vor allem Katastrophenszenarien ab, da stehen Autos und vor allem in der Straßganger Straße auch der Öffi-Verkehr, weil die

Buslinie 32 hat noch nicht überall eine Extraspur und die leidet hier natürlich auch extrem, wenn Fahrspuren verengt werden. Das Gleiche gilt für den Grieskai, darum hat der Kollege Topf ja auch hier ein Konzept uns vorgestellt, das auf jeden Fall geprüft gehört. Unsere Position im Klub war ja auch kontroversiell, muss ich sagen. Wir glauben ja auch nicht alle, dass wir die Radfahrer hier auf den Grieskai bekommen werden, dass das so angenommen wird, wie man es in der Analyse gerne hätten. Also da hätten wir dann natürlich auch, bevor wir es umsetzen, noch gerne die Zahlen von der Verkehrszählung, damit wir hier nicht Steuergelder verschwenden, die dann irgendwo auch wieder nicht angenommen werden. Wichtig für uns auch am Konzept ist, dass die Parkplätze auch am Grieskai in irgendeiner Form erhalten bleiben. Wenn das dort nicht passieren kann, dann gibt es ja noch die Lagergasse, wo man ja auch Parkplätze kompensiert. Der Kollegin Ussner möchte ich noch ausrichten, die hat hier auch ein bisschen einen Verfolgungswahn, weil sie immer sagt, am lautesten schreit, also mir fällt immer auf, dass die Radfahrerlobby am lautesten schreit. Ich habe noch nie bemerkt, dass unser Autofahrerklub irgendwie übermäßig einlädt oder mit Ideen bedenkt, also das kommt wenn, dann immer nur von der Seite. Dem Konzept können wir nähertreten und dann werden wir weiterprüfen, wenn wir das im Ausschuss vorliegen haben (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

**GR Haberler:**

Geschätzte Kollegen. Ja, die Verkehrswende kommt in Graz mit großen Schritten. Jetzt wird in der Herrgottwiesgasse Richtung Citypark die Straßenbahn verlängert, was eine ganz tolle Sache ist, dadurch wurde aber eine Einbahnregelung eingeführt, was natürlich verursacht hat, dass der Individualverkehr, der diesen Weg in die Stadt gewählt hat, sich auf andere Wege verlagert hat. Der nächste Schritt ist jetzt natürlich am Grieskai, wenn wir den jetzt auch wegnehmen, wird sich der Verkehr wieder neue Wege suchen, der wird dann über die Triester Straße, über die Lazarettgasse, über den

Griesplatz in die Stadt führen. Wir wollen eigentlich dem Griesplatz, jetzt haben wir die Möglichkeit, dass wir den gestalten wollen, den Verkehr wegnehmen wollen, und jetzt wollen wir ihn dort hinleiten, das ist nicht der Zugang. Und ich muss ganz ehrlich sagen, wir sehen das bei uns ein bisschen anders. Ich habe nicht das Gefühl, dass wir den Fahrradverkehr in Graz erhöhen, indem wir den Leuten die Möglichkeit nehmen, mit dem Auto zu fahren, sondern es geht eher mehr darum, dass wir den Menschen ein sichereres Gefühl geben, mit dem Fahrrad zu fahren. Und das ist das Entscheidende, da brauchen wir vernünftige, breite Radwege, aber nur das eine schließt das andere nicht aus, man muss hier ein bisschen dualer denken. Und diese Lösung am Grieskai ist eine, die im dringlichen Antrag beschrieben wird, die ein machbarer Weg ist, um das bestmöglich miteinander zu verbinden. Und ich komme heraus, um den Zusatzantrag zu beantworten. Die Geschichte ist, wir brauchen dort einen Radweg, und der Zusatzantrag geht eigentlich in das, wenn das wirklich dort nicht funktioniert, dann gibt es wieder keinen Radweg, so verstehe ich das. Und wir brauchen aber einen Radweg, der dort eine gewisse Breite hat, 4 m, wir wissen, dass es dann die Bundesförderungen gibt, wir wissen, dass dort die Lastenräder fahren usw. und deswegen wäre es mir wichtig, dass der Radweg kommt, aber dass man nicht auf Kosten des Radweges andere wieder beschneidet und deswegen gibt es keine Zustimmung zum Zusatzantrag von unserer Seite. Danke (*Appl.*).

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrte Damen und Herren, eigentlich hat meine Kollegin, die Christine Braunersreuther, schon alles gesagt. Wir haben ja dem Dringlichkeitsantrag zugestimmt, weil ja tatsächlich wir eine Lösung für die RadfahrerInnen brauchen. Ausgelöst, ist heute auch schon mehrmals gesagt worden, das haben ja nicht wir durchgedrückt, die Augartenbucht, das ist Schwarz-blau gewesen und eben ohne in guter Abstimmung mit den jeweiligen Abteilungen, und deshalb ist jetzt eben die Situation so, wie sie ist. Wir haben im Augarten eine Situation, wo die Radfahrenden mit den FußgängerInnen in keiner angenehmen Weise immer zusammenkommen. Das



ist für beide Seiten unangenehm und besonders aber natürlich für die Radfahrenden auch, weil sie dort keine gute Nordsüdverbindung mehr haben, und deshalb brauchen wir natürlich eine Lösung auf beiden Seiten, und unabhängig, auch wenn es den Augarten nicht gäbe, brauchen wir auf der Westseite ein Lösung für den Radverkehr, und das ist auch schon lange Thema, nur drübergetraut hat sich keiner, und jetzt reden alle, in Fünf-Minuten-Stakkato von Verkehrswende und glauben, sowas geht mit Fingerschnipp. Was tatsächlich schnell ginge, und das würden wir gerne einfach tatsächlich auf den Praxisbeweis ankommen lassen, dass die stadteinwärts fahrende Fahrspur, weil nur die gewährt wirklich einen breiten Radweg für die Radfahrenden, also die Fahrbahn hier stadteinwärts in dieser Phase, wo die Baustelle ist, gesperrt wird und da wird man sehen, ob das, was einige meinen, weil andere Expertinnen und Experten, und ich hoffe, dass wir alle jetzt nicht auch noch glauben, ExpertInnen zu sein, es gibt in den Fachabteilungen ExpertInnen und es hat ja auch eine externe Studie gegeben vom Professor Fellendorf, die gesagt haben, natürlich ist es machbar und natürlich wird das zu einer Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs kommen. Aber treten wir den Praxisbeweis an, weil das ist das Einzige, was schnell ginge, alles andere, lieber Georg, das werden wir gerne anschauen, wir stimmen dem Antrag auch zu, damit auch du von den ExpertInnen erfährst, ob das, was du dir vorstellst, überhaupt tauglich ist. Einige sagen, dass das nicht geht, aber wir sind nicht so und wir schauen das gerne an und legen euch das auch gerne vor. Du wirst sehen, dass das, was auch der Gemeinderat Haberler gesagt hat, völlig zu Recht sagt, dass man breite Radwege braucht, wird man mit dem, was du dir wünschst, mit diesem Vorschlag nicht gelingen, auch aus anderen Gründen nicht. Aber wir ersuchen euch, wenn ihr wirklich hier eine Lösung wollt, und zwar noch in diesem Jahr, dann müssten wir diesem Vorschlag, den meine Kollegin eingebracht hat, zustimmen. Das ist das Einzige, wo ihr auch beweise könnt, wer Recht hat, weil vielleicht habt ihr ja Recht, ich glaube es aber nicht und auch viele andere nicht. Und warum gehen wir diesen Weg nicht an? Weil, noch einmal, schnell geht gar nichts. Jeder, der das aus der Praxis weiß, und das mit dem Pop-up-Radweg, liebe Gemeinderätin Ussner, ohne das zu begleiten, bringt es tatsächlich nichts, weil, noch einmal, das Problem ist die Straßenbahn. Und

das muss man wirklich beobachten in der Herrgottwiesgasse, wenn es zu den „Szenarien“ kommen könnte, was einige auch meinen, dann muss man auch sagen, dann müsste man sich zumindest wieder etwas anderes überlegen, auch im Wissen, dass das Ziel sein muss, dass natürlich die Leute umsteigen sollen auf Straßenbahn, Fahrrad und Zufußgehen, aber es wird nicht von heute auf morgen gehen (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Ussner:**

Ja, und genau das ist ja der Punkt, liebe Verkehrsstadträtin, liebe Elke, dass die Leute ja umsteigen und dass man es ja ausprobieren muss. Eigentlich habe ich mich aber zu einem anderen Punkt gemeldet, und zwar habe ich vorher etwas vergessen, weil du nämlich schreibst in deinem Antrag, es ist geplant, das möglichst baumbestandschonend durchzuführen. Es wird aber nicht ohne neuerliche Rodungen oder zumindest Baumentnahme gehen, und dadurch, dass ja bei den Ausgleichsmaßnahmen zum Murkraftwerk diese Seite als Korridor für die Wildtiere gedacht ist, ist das für uns einfach keine Option, dass man hier noch einmal Bäume herausnimmt. Und eines muss ich jetzt auch noch sagen, ich weiß, wir sind die absolut jenseitigen Aussagen von der FPÖ gewohnt, aber ich finde es von der Vorsitzführung schon ein bisschen irritierend, dass der Kollege irgendetwas von Verfolgungswahn daherreden kann und das einfach so im Raum stehen gelassen wird (*Appl.*).

**GR DI Topf:**

Ich möchte doch ein paar Anmerkungen machen. Es geht hier darum, darüber nachzudenken, ob wir nicht jetzt vergleichend z.B. mit Marburger Kai oder Wickenburggasse, dort nehmen wir eine Fahrspur aus einer Fahrtrichtung heraus und das hat durchaus funktioniert, da geht es ja, dass wir eine Fahrspur in eine Richtung rausnehmen und nicht ersetzen können oder nicht kompensieren können dadurch, dass z.B. nur eine Spur in eine Richtung zur Verfügung steht. Und zum ökologischen Aspekt, durchaus richtig, Tamara, wenn man sich dort die Böschung anschaut, und

zwar wirklich anschaut, und ich bin das bestimmt zehnmal abgegangen, auch mit Kollegen aus unserem Klub, dann geht es genau um zwei Bäume. Es geht um zwei im Bereich des Augartenstegs, die tatsächlich nahe am Geländer stehen und es geht um einen Elektrokasten, wenn ich das jetzt im Detail sagen darf, um einen Elektrokasten für den Augartensteg für die Beleuchtung und für die Ampel, die dort ist. Wenn man sich weiter nach Norden bewegt, hat man tatsächlich „nur“, und bitte das „nur“ unter vielen Anführungszeichen zu sehen, hat man nur Sträucher dort, die man allenfalls tatsächlich nicht unbedingt als ökologische Ausgleichsfläche betrachten kann. Also es geht um zwei Bäume und um ein Strauchwerk, das allenfalls durchaus ersetzt werden könnte, ich sage das auch bewusst im Konjunktiv. Und mein Ansatz war, darüber nachzudenken, ob wir nicht in Richtung Murböschung, selbstverständlich gibt es da vom Naturschutz, vom Grünraum, vom Gewässer, von der Wasserrechtsbehörde durchaus Bedenken, keine Frage, aber mein Vorschlag wäre, einfach mit Pfählen sozusagen eine Möglichkeit zu schaffen, dass man relativ einfache Holzkonstruktionen, Fertigteilkonstruktionen einhängt, ohne dass man hier großartig alles roden muss. Das ist einfach nicht der Fall, es gibt tolle Konstruktionen, tolle Lösungen, die wir weltweit, aber insbesondere in Dänemark, Kopenhagen uns genau angeschaut haben. Es geht schon, aber natürlich in Absprache mit Naturschutz, Grünraum und der Wasserrechtsbehörde, die natürlich dort auch entsprechend zu berücksichtigen wäre. Es geht also darum, darüber nachzudenken, ob es eine Lösung in dieser Beziehung gibt. Und eines dürfen wir nicht vergessen, auch wenn wir diesen Probetrieb jetzt machen, wir wissen ja nicht, und das können wir ja auch nicht simulieren oder schwer in der Praxis nachvollziehen, wie es dann aussieht, wenn tatsächlich die Südwestlinie fährt, also möglicherweise machen wir dann etwas, was dann später nicht möglich ist. Und einen Satz möchte ich noch dazusagen, weil das jetzt wirklich dringlich ist, wenn man die Bertha-von-Suttner-Brücke jetzt saniert, dann habe ich mit diesem vielleicht etwas komisch klingenden Satz, bogenförmige Einbindung, gemeint, dass man die Bertha-von-Suttner-Brücke so einbindet in den Süden gerichteten Radweg, dass es eben keinen Konfliktpunkt dort gibt. Also dass man wirklich die Kreuzung sozusagen aus beiden Richtungen, Ost-West, West-Ost, und Nord-Süd, Süd-Nord eben

entsprechend dort ausgebildet. Das wäre ein wichtiger Ansatz, darüber nachzudenken, dass man die Bertha-von-Suttner-Brücke, nämlich die Radbrücke, so saniert, dass eben eine Einbindung in einen vielleicht auskragenden Radweg möglich ist. Das möchte ich auf jeden Fall noch einmal in den Raum stellen, denn wenn wir nur sanieren und das nicht berücksichtigen, dann wird es auch zukünftig hier den einen oder anderen Problempunkt dort geben. Danke (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.***

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und SPÖ) abgelehnt.***

### **9.3 Zuzahlung zu Grazer Jahresticket erhöhen (KO GR Manfred Eber, KPÖ)**

KO GR **Eber**:

Danke, lieber Herr Vorsitzender, lieber Kurt Hohensinner, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir bleiben mehr oder weniger beim Thema Verkehr. Es geht allerdings, wie Kurt Hohensinner schon angekündigt hat, um die Zuzahlung zur Jahreskarte. Bekanntlich werden ja immer mit 1. Juli die Tarife im Steiermärkischen Verkehrsverbund erhöht, vertraglich hat der Verkehrsbund sozusagen das Recht, die Tarife um das 1,5-fache des VPI, also der Inflationsrate, zu erhöhen und macht davon auch Gebrauch, unterschiedlich natürlich, manchmal werden die Zeitkarten verteuert oder stärker versteuert, manchmal die Einzelfahrscheine. Konkret ist es heute so, dass die Jahreskarte, die reguläre Jahreskarte, 490 Euro ab 1. Juli dann kosten soll. Die Stadt Graz hat ja 2015 in einer Vereinbarung damals zwischen ÖVP, SPÖ und KPÖ die

Einführung der Jahreskarte Graz beschlossen, das hat bedeutet, dass es damals ein 171 Euro an Zuzahlung gegeben hat für jede gekaufte Jahreskarte. Diese Zuzahlung ist dann einmalig erhöht worden auf 175 Euro, und wenn man jetzt bei diesem Betrag wieder bleibt, seit einigen Jahren, wie gesagt, unverändert, dann würde das bedeuten, dass die Jahreskarte ab Juli 315 Euro für die Grazerinnen und Grazer kosten würde. Tatsächlich ist diese Jahreskarte sehr gut angenommen worden, das bedeutet, wir haben im Jahr 2014, wo noch zum letzten Mal der reguläre Tarif zu bezahlen war, rund 12.000 Jahreskarten verkauft, im Jahr 2015 waren es dann bereits 34.000 Stück und 2018 waren es zum ersten Mal über 40.000 verkaufte Karten. Bereits 2019 stagnierte dann der Verkauf der Jahreskarte und das Jahr 2020 können wir natürlich Corona-bedingt nicht ganz vergleichen. Durch das De-facto-Einfrieren der Zuzahlung der Stadt Graz zur Jahreskarte wird die prozentuale Lücke zwischen Jahreskarte Graz und dem Normaltarif der Jahreskarte langsam aber sicher geschlossen, das heißt aber, der Vorteil verpufft, wenn nicht entsprechend gegengesteuert wird. Sowohl aus verkehrspolitischen als auch sozialen und auch aus ökologischen Gründen ist es aber natürlich wünschenswert, dass möglichst viele Menschen zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr gewonnen werden, dazu gehört einerseits natürlich ein gutes, attraktives Angebot, andererseits aber auch günstige, leistbare Tarife. Die Jahreskarte Graz soll hier, unseres Erachtens, wieder zu einem Motor werden, und wünschenswert und notwendig wäre auch eine spürbare Entlastung. Das bedeutet, die Zahlung der Stadt Graz müsste eigentlich deutlich erhöht werden, damit man wieder zu diesem ursprünglich eingetretenen Lenkungseffekt kommt. Nun ist es natürlich so, dass auch ich dann und wann gerne die Zeitung lese und entnehme, dass von den Koalitionsparteien ÖVP und FPÖ nicht daran gedacht ist, die Zuzahlung zu erhöhen, als einziges „Zuckerl“ möchte man den Käuferinnen und Käufern einer Jahreskarte Graz-Gutscheine, glaube ich, im Ausmaß von 20 Euro geben, das bedeutet aber für alle, die eine Jahreskarte benötigen und die halt nicht über die SozialCard eine MobilitätsCard bekommen, dass sie dennoch einmal zunächst diese 315 Euro auslegen müssen, und das ist für Geringverdiener, die halt 900 bis 1.100 Euro verdienen, auch kein Pappenstiel. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, im Zusammenhang mit den Tarifsteigerungen per 1. Juli 2021 Möglichkeiten zu prüfen, die Zuzahlung der Stadt Graz zur Jahreskarte Graz entsprechend – wie im Motivenbericht ausgeführt – zu erhöhen.

Dankeschön. Ich ersuche um Annahme (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Mit 1. Juli werden die Tarife beim Steiermärkischen Verkehrsverbund wieder erhöht. Die Jahreskarte wird dann bereits € 490,- kosten. Mit der derzeitigen Zuzahlung seitens der Stadt Graz wird die günstige Jahreskarte Graz, die es seit 2015 gibt, erstmals die 300-Euro-Schallmauer durchbrechen. Konkret wird man für sie € 315,- bezahlen müssen.*

*Dass die Jahreskarte Graz ein Erfolgsmodell ist, zeigen die Zahlen:*

*2014 wurden 12.000 Jahreskarten zum Vollpreis verkauft, 2015 – im ersten Jahr, in dem das Zuzahlungsmodell in Kraft war - waren es bereits 34.000 Stück; 2018 waren es dann erstmals über 40.000 verkaufte Jahreskarten.*

*Bereits 2019 stagnierte der Verkauf der Jahreskarte und das Jahr 2020 ist Corona-bedingt nicht vergleichbar. Durch das De-facto-„Einfrieren“ der Zuzahlung der Stadt Graz wird die prozentuale Lücke zwischen Jahreskarte Graz und dem Normaltarif der Jahreskarte langsam geschlossen. Das heißt, der Vorteil verpufft, wenn nicht gegengesteuert wird.*

*Sowohl aus verkehrspolitischen als auch aus sozialen und ökologischen Gründen ist es wünschenswert, mehr Menschen zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu gewinnen. Dazu gehört ein gutes Angebot ebenso wie günstige Tarife. Die Jahreskarte*

*Graz soll hier wieder zum Motor werden. Wünschenswert sowie auch notwendig wäre hier eine spürbare Entlastung.*

*Für die Grazerinnen und Grazer sollte die Jahreskarte wieder um den damaligen Einführungspreis, also € 228,-, höchstens jedoch € 268,- betragen. Der aktuelle Preis beträgt ja € 298,- und während des 1. Lockdowns wurde in den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht kontrolliert, es gab also Freifahrt. Der Steiermärkische Verkehrsverbund entschädigte die Jahres- und Halbjahresbesitzer mit einem 10-prozentigen Rabatt, damit beträgt der Preis für die Jahreskarte Graz bis Ende Mai noch € 268,-.*

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, im Zusammenhang mit den Tarifsteigerungen per 1. Juli 2021 Möglichkeiten zu prüfen, die Zuzahlung der Stadt Graz zur „Jahreskarte Graz“ entsprechend – wie im Motivenbericht ausgeführt – zu erhöhen.*

**StR Hohensinner:**

Dankeschön, zu Wort gemeldet hat sich Ewald Muhr. Danke auch an dieser Stelle für die Reinigung des Rednerpultes von Anfang an (*Appl.*).

**GR Mag. (FH) Muhr:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream, sehr geehrter Antragsteller, lieber Manfred. Zu attraktiven öffentlichen Verkehrsmitteln gehören

neben einer sehr guten Erreichbarkeit, guten Taktung und Modernität natürlich auch ein attraktives und auch sozial verträgliches Preisangebot im Bereich des Ticketverkaufes. Du hast in deinem Antrag ja bereits schon an den Zahlen aufgezeigt, wie positiv sich die Zuzahlung der Stadt Graz auf den Verkauf der Jahrestickets auswirkte, und das ist ja auch unbestritten, dass ein Jahresticket im Vergleich zu den anderen Varianten, wie Halbjahreskarte, Monatskarten oder Stundenkarten für Vielfahrer und Vielfahrerinnen und jene, die es noch werden wollen, eigentlich ungleich billiger sein muss. Es ist aber auch ebenso unbestritten, dass öffentlicher Verkehr eben sehr hohe Kosten für die Stadt Graz verursacht, aber es ist auch andererseits unsere wichtige Aufgabe, also eine wichtige Aufgabe unserer Stadt, die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel allen Bürgerinnen und Bürgern zu sozial verträglichen Preisen zu ermöglichen. Und an dieser Stelle müssen wir uns jetzt eigentlich die Frage stellen: Welche Ziel verfolgen wir mit der Preispolitik unserer Tickets in Graz eigentlich? Wollen wir so viele Menschen wie möglich zu einem Umstieg bewegen oder ist das Ziel, einen möglichst hohen Kostendeckungsgrad zu erreichen? Wir von der SPÖ stehen eindeutig dazu, dass sich der Modal Split endlich spürbar zugunsten des öffentlichen Verkehrs entwickelt und dieses Ziel kostet natürlich auch Geld. Selbstverständlich sind wir auch zur Sparsamkeit gezwungen, aber Investitionen in den öffentlichen Verkehr, sei es im Ausbau oder hinsichtlich der Preispolitik für die Tickets, sind eine nachhaltige Investition in die Umwelt, in die Gesundheit und auch in die Zukunft unserer nächsten Generationen und aus diesem Grund unterstützen wir von der SPÖ diesen Antrag hinsichtlich der Dringlichkeit und auch des Inhaltes. Danke (*Appl.*).

**GR Mogel:**

Liebe Zuschauer an den Bildschirmen, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat. Man kann es sagen, wie es ist, wieder einmal ein sehr fantasieloser Antrag der KPÖ. Einfach nur Geld zu fordern und im Gießkannensystem zu verteilen. Gerade in dem Bereich, wo wir ja wirklich sagen können, wir sind hier mit der Jahreskarte, mit der geförderten



Jahreskarte mit Abstand einer der Günstigsten in ganz Österreich. Diese Jahreskarte ist, und das hast auch du schon gesagt, ein wirkliches Erfolgsmodell. Wir sehen aber natürlich auch gerade jetzt in der Corona-Maßnahmen-gebeutelten Bevölkerung und Wirtschaft die Notwendigkeit, etwas zu unternehmen. Und, du wirst lachen, wir haben es getan, es ist passiert, die Stadt Graz stattet jetzt jeden, der eine Jahreskarte, eine schon subventionierte Jahreskarte der Holding Graz Linien kauft, zusätzlich noch mit einem Graz-Gutschein aus in der Höhe von 20 Euro. Was hat das für eine Bedeutung? Naja, zum einen, man unterstützt die Leute, damit wird diese Preiserhöhung, die jährliche, ein wenig abfedert, und zum Zweiten, man unterstützt auch die eigene Wirtschaft, und genau um das geht es. Das heißt, was machen wir? Wir machen Unterstützungen, wir geben Unterstützungen, aber mit einem Zusatzeffekt und einem Zusatzwert, und zwar nicht nur das Abfedern des einen, sondern auch Unterstützung der Wirtschaft auf der anderen Seite. Danke (*Appl.*).

**KO GR Dreisiebner:**

Werter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream, werter Herr Mogel, werter Herr Antragsteller. Ich kann der Idee, Menschen, die eine Dauerkarte kaufen, eine Jahreskarte, eine Jahreskarte Graz kaufen, einen Graz-Gutschein, den Erlass des Grundbetrages z.B. für TIM anzubieten, kann ich was abgewinnen. Ich kann das aber ganz anders herum raufrechnen und sagen, wenn ich 20 Euro etwa im Sinne vom Kollegen Eber, dem Antragsteller, dem Jahreskarten-Graz-Käufer, der -Käuferin, anbiete, dann wird diese Person wahrscheinlich sehr oft öffentlich unterwegs sein, wird sehr oft Stadtteilzentren, vor allem die Innenstadt, das heißt, diese Orte frequentieren, wo man den von ÖVP und FPÖ gegebenen Gutscheinwert einlösen kann. Und ich tendiere eher dazu, die Menschen zum einen öfter in die Stadt zu bringen auf ein Glas Wein, einen Kaffee, auf einen kleinen oder größeren Einkauf, und das schaffe ich mit einem guten, leistbaren ÖV-Angebot in einer guten Qualität, anstatt ihnen einen ÖV-Preis abzuverlangen, damit sie dann diesen Gutschein einsammeln können. Ich kann es, wie gesagt, von

zwei Seiten angehen, die Seite mit dem Gutschein ist vielleicht interessant für jemanden, der gerne einen Einkauf etwas günstiger erledigen will. Die Seite mit einem günstigen Jahresticket ist der Ansatz, wo ich sage, ich bringe vielleicht grundsätzlich über das ganze Jahr, vielleicht auch über Fahrten und Ziele, wo ich keine Konsumation vorhabe, keinen Einkauf vorhabe, mehr in den öffentlichen Verkehr. Das heißt, der Effekt wäre der gleiche, und ich hätte mehr Menschen für die Wirtschaft und ich hätte mehr Menschen im öffentlichen Verkehr. Das wäre unser Zugang, und deswegen werden wir auch Dringlichkeit und Antrag, sofern Dringlichkeit gegeben sein wird, vom Kollegen Eber unterstützen. Eine zweite Sache sei mir aber noch gestattet, und ich komme jetzt schon auf die Landespolitik großteils. Wer sitzt denn in diesem Verkehrsverbund, Verhandlungsgremium führend neben den Verkehrsunternehmen, die natürlich eine schwarze Null schreiben müssen? Es sitzt da drinnen auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang, Verkehrslandesrat, der für diese Preisgestaltung, nämlich nicht den VielfahrerInnen, nicht den JahreskartenbesitzerInnen und KäuferInnen möglichst geringe Preissprünge zu verschaffen, zur Seite springt, sondern der sich einigen Jahren doch eher für Zufällig-FahrerInnen, für EinzelkartenfahrerInnen und KäuferInnen einsetzt, und das möchte ich auch hier den Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, die sich für eine Änderung des Modal Splits einsetzen, so die Aussage Muhr, möchte ich hier schon auch auf den Weg mitgeben, vielleicht könnt ihr hier beim Herrn Landesrat Lang etwas bewegen, auch in Sachen des 1-2-3-Tickets, das schon mit fünf Bundesländern vereinbart ist und wo es angeblich in der Steiermark noch immer sehr sperrig ist, vielleicht auch dahingehend mit dem Herrn Anton reden, denn es geht um eine Änderung des Modal Splits, um die Verkehrswende und um ganz viel Klimaschutz, der über diesen Weg erreichbar ist. Dankeschön (*Appl.*).

GR Mag. **Frölich**:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zunächst einmal freue ich mich, dass du den Kopf wieder aus dem Sand gezogen hast nach den Diskussionen zum ersten dringlichen Antrag, schön, dass du wieder mitdiskutierst.

*Nimmt FFP2-Maske ab.*

Danke, der Hinweis, ich habe mich schon so daran gewöhnt, danke. Du hast mich eh nicht verstanden, gut.

Es wird oft über Lenkungseffekte, Steuerungseffekte gesprochen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die 17 Euro Preiserhöhung jene natürlich genauso spüren, die 298 Euro gespürt haben, die spüren auch die 315 Euro. Ich glaube nicht, dass die 17 Euro in irgendeiner Form einen negativen Lenkungseffekt auf

Jahreskarten-Interessierte und -Käuferinnen und -Käufer haben. Genauso wenig glaube ich, dass wegen eines 20-Euro-Gutscheines jemand jetzt extra deshalb in die Stadt fahren würde, aber ich denke ganz stark an die Symbolik, wenn wir diesen

20-Euro-Gutschein dem Käufer geben und ihm dazusagen und bewusst machen, was investiert wurde und was wir tun für den öffentlichen Verkehr in Graz, damit er in jener Qualität stattfindet, in der er stattfindet, Stichwort: 250 Mio. Euro haben wir in dieser Gemeinderatsperiode für den öffentlichen Verkehr ausgegeben. Alleine im

ersten Pandemiejahr 2020 haben die Linien Graz 5 Mio. Abgang zu verzeichnen. Das sind sehr herausfordernde Situationen und ich glaube, es wäre unehrlich allen

Grazerinnen und Grazern gegenüber zu sagen, naja, ich weiß, da gibt es eine Umverteilungsdebatte, immerhin nehmen wir ja das Geld da heraus, das sind diese

sehr schwer populistischen Argumentationen, warum geben wir denn da ein Geld aus, wenn wir es nicht da ausgeben könnten, da hat jeder seine Schwerpunkte. Der

öffentliche Verkehr ist sicher ein ganz wichtiger Bereich und es geht hier einfach auch um Kostenwahrheit, um Qualität, um Akzeptanz zu erzeugen. Ich diskutiere in diesem

Haus seit 2003 um den Modal Split, um die Expertinnen und Experten. Inhalt meine Anfrage wäre heute an die Frau Stadträtin der Herr Hüsler gewesen. Willi Hüsler hat

uns in den verschiedensten Stellungnahmen immer wieder mit Modal Split und was es sonst für lenkenden Maßnahmen im ÖV gibt, da gibt es ganz, ganz viele sehr gescheite

Leute und Experten, die sich mit der Frage des Modal Splits auseinandersetzen, wir haben dort die Ziele, die wir uns immer gesetzt haben, kaum erreicht. Ich finde es deshalb auch etwas müßig und eher akademisch, darüber zu diskutieren, ob dieser notwendige Schritt, eine ehrliche, transparente Tarifierung zu machen. Ich finde es einfach nicht notwendig zu sagen, naja, da werden die Leute jetzt die Jahreskarte nicht mehr kaufen oder sie wird unattraktiver. Ich glaube, die Menschen sind aufmerksam genug, um zu sehen, wie die Qualität des öffentlichen Verkehrs in Graz durchaus verbessert wird und wie das Liniennetz wächst und was das für finanzielle Anstrengungen sind. Deshalb denke ich, sollen wir so ehrlich sein, und sagen, liebe Leute, das kostet eben Geld. Moderate Anpassungen sind notwendig, um einfach ehrlich zu sein. Wir sehen also hier keine Dringlichkeit gegeben und werden weder dem Inhalt noch der Dringlichkeit zustimmen. Danke (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (18.20 Uhr).***

KO GR **Eber**:

Nachdem sowohl FPÖ als auch ÖVP signalisiert haben, dass sie der Dringlichkeit nicht zustimmen werden, werde ich nur ein kurzes Schlusswort machen. Lieber Klaus Frölich, du hast in einem Recht, wir beide z.B. können uns das natürlich leisten, eine Jahreskarte, auch wenn sie 315 Euro kostet. Und wir wissen natürlich auch, was investiert worden ist und welche Angebotsverbesserungen es in den letzten Jahren gegeben hat. Beispielsweise eine Handelsangestellte, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen ist, weil sie halt von und zur Arbeit kommen muss, hat aber hier vielleicht schon weniger Verständnis, und da sind 300 Euro, sage ich jetzt einmal, wirklich eine rote Linie sozusagen, eine Schmerzgrenze, wo sie sich es dann fünfmal überlegen muss, ob sie sich das leisten kann oder leisten möchte. Zum Ewald Muhr und zum Karl Dreisiebner kann ich nur sagen, vielen Dank, da brauche ich nichts hinzufügen, das spricht für sich, danke für die Unterstützung auch. Zum Berno Mogel vielleicht noch ein

Satz: Nein, es ist kein fantasieloser Antrag, und auch wenn wir diesen Antrag schon öfter gestellt haben in mehr oder weniger ähnlicher Form, so spricht es nicht für mangelnde Fantasie, sondern für die Notwendigkeit, die Zuzahlung zu erhöhen, damit sich mehr Menschen diese Karte auch, ich sage einmal, problemlos leisten können. Und zum anderen hast du auch noch darauf hingewiesen, dass die Jahreskarte Graz mit der Zuzahlung eine der günstigen in Österreich ist. Das mag natürlich stimmen, das steht außer Frage, in Wien kostet eine Jahreskarte z.B. 365 Euro, man hat aber ein bisschen mehr Netz dafür ...

*Zwischenruf GR Ing. Lohr: Die haben schon die U-Bahn.*

KO GR **Eber:**

... man hat eine U-Bahn, ja, man hat ein großes Straßennetz, wo Busse und Straßenbahnen natürlich auch verkehren, und da komme ich dann natürlich auch zu dem Punkt 1-2-3-Ticket, wie es der Karl Dreisiebner angesprochen hat. 365 Euro für die gesamte Steiermark, also da sind wir jetzt in der Jahreskarte dann schon in wenigen Jahren bei dem Preis, die aber halt leider nur für Graz gilt. Von daher danke auch für diesen Hinweis. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

**9.4 Petition – Novellierung des Steiermärkischen Wohnunterstützungsgesetzes für Studierende  
(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Ulrike Taberhofer, KPÖ)**

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Die Folgen der Corona-Krise treffen auch Studierende in der Stadt Graz besonders hart.

Und so zeigt sich, dass ansteigende soziale und finanzielle Probleme die ohnehin schon sehr belastende Situation während des Studiums zusätzlich verschärfen.

Da es z.B. auch vielfach keine Möglichkeiten mehr gibt, neben dem Studium – im Handel, im Tourismus oder der Gastronomie – etwas dazuzuverdienen, fällt es somit vielen Studierenden aufgrund dieser existenzbedrohlichen Situation immer schwerer, die anfallenden Lebens- und Wohnkosten abdecken zu können.

Bezogen auf die Wohnkosten für Studierende zeigt sich, dass sie laut einer Studierendensozialerhebung aus dem Jahr 2019 im Vergleich zu 2015 um 14 Prozent gestiegen sind. In der Stadt Graz geben somit Studierende im Schnitt 410 Euro pro Monat für Wohnkosten aus. Durchschnittlich müssen sie deshalb 37 Prozent ihres Gesamtbudgets für Wohnen aufwenden. Damit ist ihr Wohnkostenanteil beinahe doppelt so hoch wie jener der durchschnittlichen österreichischen Wohnbevölkerung zwischen 20 und 39 Jahren, der bei 21 Prozent liegt. Diese stark angewachsene Kostensteigerung lässt sich auch daran ablesen, dass in den vergangenen zehn Jahren, von 2009 bis 2019, ein Anstieg der Kosten von 36 Prozent an unserem Hochschulstandort Graz zu verzeichnen ist. Diese belastende Situation für Studierende hat sich zusätzlich aber auch dadurch erhöht, da das Land Steiermark im Jahr 2016 eine Veränderung der alten Wohnbeihilfe hin zur aktuell geltenden Wohnunterstützung umgesetzt hat, wodurch viele Studierende zu großen Teilen vom Bezug ausgeschlossen worden sind. Der Hauptgrund dafür war die Einbeziehung der Elterneinkommen der Studierenden in deren jeweiliges Haushaltseinkommen bei der Berechnung der Wohnunterstützung. So reicht bereits ein Einkommen der Eltern von 2.300 Euro netto pro Monat, um eine Wohnunterstützung für das studierende Kind zu

untersagen. Dabei werden sogar eine Familien- und gegebenenfalls auch eine Studienbeihilfe einberechnet. Studierende leben jedoch nicht nur allein in eigenen Wohnungen, sondern vor allem auch in Wohngemeinschaften und beabsichtigen dadurch, die Wohnkosten mit den MitbewohnerInnen zu teilen in der Hoffnung, dadurch etwas einsparen zu können. Aber wenn z.B. eine Person in dieser Wohngemeinschaft besserverdienende Eltern hat, kann das bereits ein ausreichender Grund sein, eine Wohnunterstützung zu untersagen.

Ebenfalls nachteilig wirkt sich für Studierende und ihre Familien aus, dass in der Berechnung der Wohnunterstützung nicht berücksichtigt wird, ob Eltern zusammen oder getrennt in zwei Haushalten mit separaten Wohnkosten leben. Auch weitere studierende Kinder finden bei der Berechnung der Wohnunterstützung keine Berücksichtigung. Diese Veränderungen der Rahmenbedingungen auf Landesebene im Jahr 2016 und deren Folgewirkungen, nämlich der Ausschluss vom Bezug vieler Studierender und die damit auch verbundenen Kürzungen der finanziellen Mittel für eine Wohnunterstützung, verdeutlichen jetzt vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krisensituation bedingt durch Corona umso mehr, dass rasches Handeln gefragt ist, um dem wachsenden finanziellen Druck auf Studierende im Bereich der Wohnkosten entgegenwirken zu können.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Es ergeht an das Land Steiermark die Petition, wonach eine Novellierung des Steiermärkischen Wohnunterstützungsgesetzes insofern zu veranlassen ist, dass damit das Einkommen von Studierenden für die Berechnung der Wohnunterstützung unabhängig vom Einkommen jener Personen, die ihnen Unterhalt zahlen, herangezogen wird. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Die Folgen der Corona-Krise treffen auch Studierende in der Stadt Graz besonders hart. So zeigt sich, dass ansteigende soziale und finanzielle Probleme die ohnehin schon belastende Situation während des Studiums zusätzlich verschärfen. Da es z.B. auch vielfach keine Möglichkeiten mehr gibt, neben dem Studium – im Handel, Tourismus oder der Gastronomie – etwas dazuzuverdienen, fällt es somit vielen Studierenden aufgrund dieser existenzbedrohlichen Situation immer schwerer, die anfallenden Lebens- und Wohnkosten abdecken zu können.*

*Bezogen auf die Wohnkosten für Studierende zeigt sich, dass sie laut einer Studierendensozialerhebung aus dem Jahr 2019 im Vergleich zu 2015 um 14 Prozent gestiegen sind. In der Stadt Graz geben somit Studierende im Schnitt 410 Euro pro Monat für Wohnkosten aus. Durchschnittlich müssen sie deshalb 37 Prozent ihres Gesamtbudgets für Wohnen aufwenden. Damit ist ihr Wohnkostenanteil beinahe doppelt so hoch wie jener der durchschnittlichen österreichischen Wohnbevölkerung zwischen 20 und 39 Jahren, der bei 21 Prozent liegt. Diese stark angewachsene Kostensteigerung lässt sich auch daran ablesen, dass in den vergangenen zehn Jahren, von 2009 bis 2019, ein Anstieg der Kosten von 36 Prozent an unserem Hochschulstandort Graz zu verzeichnen ist.*

*Diese belastende Situation für Studierende hat sich zusätzlich aber auch dadurch erhöht, da das Land Steiermark im Jahr 2016 eine Veränderung der alten Wohnbeihilfe hin zur aktuell geltenden Wohnunterstützung umgesetzt hat, wodurch viele Studierende zu großen Teilen vom Bezug ausgeschlossen worden sind. Der Hauptgrund dafür war die Einbeziehung der Elterneinkommen der Studierenden in deren jeweiliges Haushaltseinkommen bei der Berechnung der Wohnunterstützung. So reicht bereits ein Einkommen der Eltern von 2300 Euro netto pro Monat, um eine Wohnunterstützung für das studierende Kind zu untersagen. Dabei werden sogar eine Familien- und gegebenenfalls auch eine Studienbeihilfe einberechnet. Studierende leben jedoch nicht nur allein in eigenen Wohnungen, sondern vor allem auch in Wohngemeinschaften und*



*beabsichtigen dadurch die Wohnkosten mit den MitbewohnerInnen zu teilen, in der Hoffnung, dadurch etwas einsparen zu können. Aber wenn z.B. eine Person in dieser Wohngemeinschaft besserverdienende Eltern hat, kann das bereits ein ausreichender Grund sein, eine Wohnunterstützung zu untersagen.*

*Ebenfalls nachteilig wirkt sich für Studierende und ihre Familien aus, dass in der Berechnung der Wohnunterstützung nicht berücksichtigt wird, ob Eltern zusammen oder getrennt in zwei Haushalten mit separaten Wohnkosten leben. Auch weitere studierende Kinder finden bei der Berechnung der Wohnunterstützung keine Berücksichtigung.*

*Diese Veränderungen der Rahmenbedingungen auf Landesebene im Jahr 2016 und deren Folgewirkungen, nämlich der Ausschluss vom Bezug vieler Studierender und die damit auch verbundenen Kürzungen der finanziellen Mittel für eine Wohnunterstützung, verdeutlichen jetzt vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krisensituation bedingt durch Corona umso mehr, dass rasches Handeln gefragt ist, um dem wachsenden finanziellen Druck auf Studierende im Bereich der Wohnkosten entgegenwirken zu können.*

*Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

*Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:*

*Es ergeht an das Land Steiermark die Petition, wonach eine Novellierung des Steiermärkischen Wohnunterstützungsgesetzes insofern zu veranlassen ist, dass damit das Einkommen von Studierenden für die Berechnung der Wohnunterstützung unabhängig vom Einkommen jener Personen, die ihnen Unterhalt zahlen, herangezogen wird.*

KO GR Mag. **Sippel:**

Herr Bürgermeister-Stellvertreter, geschätzte Damen und Herren vor den Bildschirmen und hier im Gemeinderat. Ich darf mich jetzt dem real existierenden Kommunismus auf kommunaler Ebene hinwenden. Eigentlich ist es ja nicht kommunale Ebene, der Antrag geht ja an das Land, es ist ja eine Petition. Aber wenn mein Kollege Berno Mogel vorher gesagt hat, der Antrag ist fantasielos, dann darf ich jetzt zu diesem Antrag sagen, er ist nicht das Gelbe vom Ei, zumal ihr auch kritisiert habt bei der Initiative vom Peter Piffel-Percevic, dass das sozusagen das Einläuten des Wahlkampfes ist. Also das ist nichts anderes, das ist nur ein anderer Wahlkampf, das ist halt der ÖH-Wahlkampf, wo ihr hier versucht, ein bisschen in Richtung Studentenschaft zu punkten. Das ist die Wahrheit über diese Initiative hier und heute da im Gemeinderat. Aber ich bin durchaus ein Freund davon, dass wir uns ansehen und darüber diskutieren, wie man treffsichere Sozialunterstützung möglich macht. Ich bin auch der Meinung, man sollte wissen, was man tut. Und verstehe jetzt eines nicht, warum ihr, und ihr habt ja angeblich Experten in Frage des Wohnens in eurem Kreis, warum ihr es nicht schafft, uns auch einmal mitzuteilen, was das kostet, nämlich der Allgemeinheit, dem Steuerzahler, und wem es etwas bringt. Also ganz angekommen dürfte jetzt zwar die Zuständigkeit noch nicht sein, dass das seit vier Jahren eine andere ist, aber wenn schon Wohnexperten, dann bitte auch einmal uns Gemeinderäten eine Entscheidungshilfe mit auf den Weg geben: Was kostet es dem Steuerzahler und wem bringt es etwas? Und das lässt sich in diesem Antrag doch kläglich vermissen. Aber es ist hier auch in beiden Anträgen eigentlich eine Mentalität erkennbar, nämlich: Koste es was es wolle. Ich meine, der Spruch ist seit einiger Zeit ein bisschen jetzt anders belegt, das wissen wir, allerdings ist das durchaus auch etwas, was zur KPÖ passen würde, vielleicht eine Idee für eines eurer nächsten Wahlplakate: Koste es, was es wolle. Nur schön wäre es auch, wenn gleichzeitig auch einmal eine Idee mitkommen würden, wie man das von der Allgemeinheit heraus auch finanziert. Und ich habe mir nicht gedacht, dass ich einmal auch ein Wohnunterstützungsgesetz des Landes, das ja 2016 dort beschlossen worden ist, auch verteidige, und zwar in der Logik ...

*Zwischenruf StR Mag. Krotzer: Da waren wir auch dagegen.*

KO GR Mag. **Sippel:**

... wir waren dagegen, das ist völlig richtig, aber in der Logik kann ich es hier schon einmal verteidigen, weil, um was geht es? Und das hast du, liebe Uli, auch nicht dazugesagt, dass diese Regelung, dass das Elterneinkommen des Unterstützungsberechtigten Einkommens miteinbezogen wird, ja dann nicht mehr gilt, wenn ein Jahreseinkommen von über 7.900 Euro bei einem Studenten gegeben ist. Dann fällt das ja weg, dann kann er ja ordnungsgemäß auch um Wohnunterstützung ansuchen, und die Logik ist aber schon nachvollziehbar, weil da geht es nämlich darum, dass der Gesetzgeber sagt, diejenigen, die nichts verdienen oder wenig verdienen, die werden auch von zuhause unterstützt und das ist ja gut und das soll ja auch so sein, und die, die nicht unterstützt werden, die müssen arbeiten. Ich habe auch neben meinem Studium gearbeitet, du wirst neben deinem Studium gearbeitet haben und diese Erfahrung gemacht haben, dann geht der Gesetzgeber eben her und sagt, da muss der Student arbeiten, jetzt kann er auch regulär um Wohnunterstützung ansuchen, also eine Logik, die nachvollziehbar ist. Lieber Herr Bürgermeister-Stellvertreter, ich bin schon fertig, ich möchte mich nur auch bei dir bedanken, weil du zeigst nämlich vor, wie man auf kommunaler Ebene im eigenen Wirkungsbereich auch tatsächlich Unterstützung für Studenten vollbringt. Es ist seit kurzer Zeit auch möglich, dass Studenten auch ansuchen können um Wohnungen im städtischen Wohnbau, dort wo das möglich ist, und ich glaube, das ist etwas, das herzeigbar ist, was gut ist, was auch eine Elke Kahr und ein Kaltenegger davor für die Studenten in dieser Funktion nicht geschafft haben, herzlichen Dank dafür (*Appl.*).

KO GR **Ehmann:**

Danke, Herr Bürgermeister-Stellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und ZuhörerInnen im

Livestream. Ja, liebe Antragstellerin, wir können dem Antrag durchaus was abgewinnen, weil wir auch dieses Problem sehen, jetzt nicht nur in der Pandemiezeit, wo Studierende natürlich massive Probleme haben und in Schieflage ebenso wie in vielen anderen Bereichen gekommen sind durch Einnahmenausfall, also brauchen wir nur, wo sie Nebenjobs usw. betreiben oder betrieben haben, was ja momentan nicht möglich ist, aber es gab auch keine ausgewiesenen Sonderunterstützungen jetzt meines Wissens nach, und das Wohnen ist ja für Studierende ziemlich teuer geworden. Mittlerweile geht es ja um einen Wohnkostenanteil von durchschnittlich 39 %, ich glaube, alleine Innsbruck ist noch teurer, die sind, glaube ich, sogar bei einem Anteil vom Gesamtbudget für das Wohnen von 40 %. Warum ist wirklich ein Problem, das Einkommen von Studierenden an das Einkommen ihrer Eltern als Bemessungsgrundlage für die Wohnunterstützung zu knüpfen? Das ist deswegen problematisch, weil man erstens einmal nicht davon ausgehen kann per se, dass das immer weitergegeben wird von den Eltern an die Studierenden, und welcher Sohn oder welche Tochter wird das bei den Eltern einklagen, also das wird am wenigsten der Fall sein, aber das kommt auch vor, also das gibt es auch, was natürlich aber rechtlich zustehen würde. Und zweitens, für die Studierenden, die in Wohngemeinschaften leben, gilt auch Folgendes: die Bemessungsgrundlage für das Einkommen ist aller im Haushalt lebender Personen, ihr eigenes Einkommen sowie das Einkommen aller Eltern der in der WG lebenden Mitstudierenden sowie der eigenen Eltern. Hat jetzt jemand das Pech, mit Studentinnen und Studenten zusammenzuwohnen, wo die Eltern halt ein sehr gutes Einkommen haben, was wir natürlich ja jedem wünschen, das ist eh klar, aber kommt es dann natürlich dazu, dass es hier Verluste geben kann, dass man weniger oder im schlimmsten Fall gar keine Wohnunterstützung mehr bekommt, und das ist halt nicht ganz ideal gelöst und deshalb, obwohl wir das im Land seinerzeit 2016 koalitionär mitbeschlossen haben, aber sehen wir das durchaus kritisch und werden diesem Antrag in der Dringlichkeit als auch im Inhalt nachkommen. Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Spath:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, werte Stadträte, werte Gemeinderäte, Zuhörer im Livestream und liebe Antragstellerin, liebe Uli. Ja, du hast Recht, das Wohnunterstützungsgesetz wurde 2016 eben im Landtag beschlossen und mit 1. September eben ist es dann auch in Kraft getreten. Aber wir müssen auch überlegen, warum das damals mit den Regierungsstimmen beschlossen wurde. Ziel war es, eben ein einfaches, nachvollziehbares und vor allem sozial gerechtes Gesetz zu schaffen, keine Bezugnahme auf die Wohnungsgröße, sondern lediglich auf die Personalanzahl und auf die Einkommensverhältnisse, das war die Intention, eben dieses Gesetz zu schaffen. Niemand sollte bessere oder schlechtere Chancen haben, eine Wohnungsunterstützung eben zu erhalten, wichtig dabei war es, die soziale Treffsicherheit eben zu erhöhen und natürlich auch jenen die Unterstützung zukommen zu lassen, die es brauchen. Diese soziale Gerechtigkeit sollte auch für die Studentinnen und Studenten gelten, es wurde eben eine Grenze gezogen zwischen Studenten aus finanziell gut situierten Familien und solchen, die es nicht sind, und ich kann aus eigener Erfahrung nur sagen, mein drei Kinder haben auch studiert, und ich hätte damals eben auch die Wohnungsunterstützung beantragen können und hätte sie auch erhalten, das finde ich eben nicht unbedingt sozial gerecht. Wir haben gerade vorher gehört, wir hier im Gemeinderat, ich glaube, alle können sich das auch leisten, dass man den Kindern auch diese Möglichkeit der Bildung gewährt. Außerdem wird eben gerade, wie ich erfahren habe, ein ähnlich lautender Antrag im Landtag, im Unterausschuss Soziales, behandelt, eben auch eingebracht, siehe da, von der KPÖ, daher ist für uns als ÖVP-Fraktion dieser Antrag nicht dringlich, und wir stimmen der Dringlichkeit daher auch nicht zu (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer:**

Ich habe jetzt nicht erwartet, dass die Dringlichkeit durchgeht, und genauso bestätigt es sich jetzt, ÖVP und FPÖ haben deutlich irgendwie ihr Nein dazu abgegeben. Für mich wäre es sehr wichtig gewesen, geschlossen im Gemeinderat in einer Petition an

das Land die Novellierung, also, dass dort eine Novellierung vorgenommen wird. Ich halte es für wichtig, dass man die belastende Situation von Studierenden sieht, und wie auch der Kollege vorher schon argumentiert hat, es ist manchmal problematisch, ja, wenn das so ist und wenn die Wohnungskosten ständig steigen und man merkt, dass es den Studierenden nicht gut geht und sie teilweise mit ihren Minijobs die Wohnkosten auch nicht absichern können, warum setzt man sich dann nicht auch dafür ein, dass es zu einer Novellierung auf Landesebene kommt? Für mich wäre es eine Bestärkung dieses wichtigen Punktes gewesen im Interesse der Studierenden, und ich finde es sehr schade, dass es dazu gar nicht kommen wird, und ja, wir werden weiter uns für solche Dinge und Themen auch einsetzen und auch für die Zielgruppe einsetzen, ohne dass es hier in irgendeiner Form eine Berechnung sein kann und nie sein wird. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ) abgelehnt.***

#### **9.5 Parkleitsystem für Tiefgaragen, Parkhäuser und Parkflächen (GR Ing. Roland Lohr, FPÖ)**

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren. Jeder Grazer Autofahrer kennt die Situation. Ist man mit dem Auto in der Innenstadt unterwegs, sucht einen Parkplatz, fahren viele ein paar Mal im Kreis herum, drehen ein paar Runden um die Häuserblöcke, kostet Zeit, kostet Nerven, schadet der Umwelt.

Das Bevölkerungswachstum wird sich in Graz auch in Zukunft dynamisch entwickeln – dazu kommen tägliche Berufspendler und Stadtbesucher. Im Bereich der urbanen Mobilität und trotz gezielter Förderung des Modal Split hin zu einer verstärkten Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel wird Parken auch weiterhin eine zentrale Rolle in Stadt spielen – sei es das Parken zuhause, das Parken am Arbeitsplatz, in der

Innenstadt oder an der Stadtgrenze. Jede Autofahrt endet auf einem Parkplatz. Besonders im Zentrumsgebiet von Graz ist die Suche nach einem freien Parkplatz nicht immer ein einfaches Unterfangen. Die Parkplatzsuche, wie schon erwähnt, belastet nicht nur die Nerven der Autofahrer, sondern führt auch zu einer zusätzlichen Belastung des Straßennetzes und der Umwelt, wir haben ja heute schon ein paar Umweltstücke zum Umweltschutz beschlossen, auch dieser Antrag ist ein Beitrag zum Umweltschutz. Parkleitsysteme lassen einen Parkplatz auf dem kürzesten und schnellsten Weg finden und ersparen den Autofahrern, habe ich schon gesagt, die Zeit. Der erste Schritt ist, die motorisierten Verkehrsteilnehmer mit Signaltafeln frühzeitig zu orientieren, wo und wie viele Parkplätze im Moment in einer Parkgarage oder in einem Parkhaus frei sind. Weiters, wie diese Abstellmöglichkeiten auf direktem Weg zu erreichen sind, und als zusätzliches Service sollte man, und das ist dann der nächste Schritt, im Internet mit einer App vor Antritt der Fahrt in oder nach Graz, mit einem Parkinformationssystem direkt erfahren, wo sind die freien Parkplätze und wie kommen sie am schnellsten dort hin. Zu diesem Paket würde dann auch noch gehören, dass man vergünstigte Parktarife anbietet. In den Tiefgaragen ist vor allem jetzt in den Zeiten, wo die Innenstadtwirtschaft unter den Corona-Maßnahmen gelitten hat, dass man ein Zuckerl anbietet, dass wieder die Besucher und Kunden in die Stadt kommen, also können wir uns da dann natürlich auch weiter Vergünstigungen vorstellen. Aber heute bringe ich diesen

### **dringlichen Antrag**

seitens der Freiheitlichen Gemeinderäte ein:

Die zuständige Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird beauftragt, unter Einbindung der Betreiber ein Konzept für ein Parkleitsystem für Tiefgaragen, Parkhäuser und Parkflächen zu entwickeln und dem Gemeinderat in seiner Sitzung im Oktober 2021 zu präsentieren.

Ich führe die Punkte nun noch kurz an:

- die Signaltafeln für den Innenstadtbereich von Graz
- ein Smart Parking System
- eine effektivere Ausschilderung der Tiefgaragen und Parkhäuser

Ich bitte um Annahme (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Das Bevölkerungswachstum wird sich in Graz auch in Zukunft dynamisch entwickeln – dazu kommen tägliche Berufspendler und Stadtbesucher. Im Bereich der urbanen Mobilität und trotz gezielter Förderung des Modal Split hin zu einer verstärkten Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel wird Parken weiterhin eine wesentliche Rolle spielen – sei es Parken am Arbeitsplatz, zuhause, in der Innenstadt oder an der Stadtgrenze. Jede Autofahrt endet auf einem Parkplatz. Besonders im Zentrumsgebiet von Graz ist die Suche nach einem freien Parkplatz ein nicht immer einfaches Unterfangen. Die Parkplatzsuche belastet nicht nur die Nerven der Autofahrer, sondern führt auch zu einer zusätzlichen Belastung des Straßennetzes und der Umwelt. Parkleitsysteme (PLS) lassen einen Parkplatz auf dem kürzesten und schnellsten Weg finden und ersparen den Autofahrern nicht nur Zeit, sondern auch Geld und machen Graz speziell für Besucher attraktiv. Die schnellste Möglichkeit, einen Parkplatz in Graz zu finden, ist in einer Tiefgarage, einem Parkhaus oder auf Parkflächen. Ein Schritt hin zu einem flächendeckenden Parkleitsystem für Graz wäre, die motorisierten Verkehrsteilnehmer durch PLS-Signaltafeln frühzeitig zu orientieren, wo und wie viele freie Parkplätze im Moment in einer Tiefgarage oder einem Parkhaus bzw. auf Parkflächen zur Verfügung stehen. Weiters, wie diese Abstellmöglichkeiten auf direktem Weg zu erreichen sind. Als zusätzliches Service soll man sich schon im Internet*



*oder über eine App vor Antritt der Fahrt in oder nach Graz über ein Smart Parking System informieren können, wo noch freie Parkplätze und andere Informationen zum Thema „Parken in Graz“ zu finden sind.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***dringlicher Antrag:***

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die zuständige Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird beauftragt, unter Einbindung der Betreiber ein Konzept für ein Parkleitsystem für Tiefgaragen, Parkhäuser und Parkflächen zu entwickeln und dem Gemeinderat in seiner Sitzung im Oktober 2021 zu präsentieren, das folgende Punkte enthält:*

- PLS-Signaltafeln für den Innenstadtbereich von Graz, die die aktuelle Zahl der freien Plätze anzeigen sowie statische Wegweiser*
- ein Smart Parking System, das zusätzlich zu den freien Parkplätzen weitere Informationen wie Anzahl der Parkplätze, Öffnungszeiten, Tarife und einen Stadtplanausschnitt bietet*
- eine effektivere Ausschilderung der Tiefgaragen und Parkhäuser zur Erleichterung der Auffindbarkeit beziehungsweise der Einfahrtsmöglichkeit*

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher im Livestream, sehr geehrter Antragsteller, lieber Roland. Das Thema Verkehr dominiert ja anscheinend heute die

dringlichen Anträge, und das in den verschiedensten Facetten. Steht einerseits der öffentliche Verkehr mit dem Jahresticket schon auf dem Programm, also haben wir schon vorher gehabt, der Radverkehr im Augarten war auch ein Thema, der Fußgängerverkehr in der Kaiserfeldgasse wird noch ein Thema werden heute, und auch der motorisierte Individualverkehr mit einem Parkleitsystem ist jetzt auf der Liste. Ja, das Thema Verkehr ist neben der Verbauung das Thema, das alle Grazerinnen und Grazer bewegt bzw. für das sie von uns eigentlich Lösungen erwarten, und unser Ansatz von der SPÖ ist, ein attraktives Gesamtkonzept für den Verkehr umzusetzen, das S-Bahn und Graz Linien verbindet, die Pendler und Pendlerinnen bereits an der Stadtgrenze abfängt und vor allem die Besucherinnen und Besucher schnell und ohne lange Wartezeiten zu ihren Destinationen transportiert und dazu noch auch jeden Bezirk in Graz damit abdeckt. Dazu haben wir von der SPÖ Graz auch ein entsprechendes Gesamtverkehrskonzept erarbeitet, das diesen Anforderungen, unserer Meinung nach, auch sehr gut entspricht und auch ernsthaft und konstruktiv hier diskutiert werden sollte. Nun, dein Antrag steht also unserem Ansatz entgegen, unser Ziel muss es sein, dass wir für Graz ein Verkehrskonzept umsetzen, das die Nutzung von Autos im Grazer Stadtgebiet eigentlich unnötig macht, und damit verbunden, wäre auch kein Parkleitsystem oder App für eine Parkplatzsuche notwendig, die zusätzliche Kosten noch verursachen. Und jetzt schlage ich einmal nur ganz kurz noch den Bogen zu meiner Wortmeldung beim Jahresticket: Genau das wären die Kosten, die man beim Autoverkehr einsparen kann und die man bei der Zuzahlung für das Jahresticket verwenden könnte. Aber wir sind natürlich auch der Realität verpflichtet und es ist ganz klar, dass die Umsetzung eines umfassenden Verkehrskonzeptes nicht von heute auf morgen passiert, sondern dass das Jahre dauern wird, und aus diesem Blickwinkel werden wir deinem Antrag auch die Zustimmung erteilen, denn bis dahin ist es sicherlich sinnvoll, den Suchverkehr einzuschränken und somit die Belastung für die Bewohnerinnen und Bewohner zu reduzieren und die Umwelt nicht allzu lang mit Emissionen zu belasten und wir gehen auch von diesen gut gemeinten Beweggründen in deinem Antrag aus, denn es darf nicht das Ziel sein, mit dem Parkleitsystem noch mehr Autos in die Innenstadt zu

locken. Und abschließend kann ich nur sagen, auch bei dem Infosystem über freie Parkplätze, jetzt denke ich vor allem auch an Parkplätze in der Blauen Zone, ist es schon ein bisschen paradox, denn wenn du, lieber Roland, vorhast z.B. in die Innenstadt zu fahren, dich zuhause informierst über diese App, wo ist ein freier Parkplatz in der Blauen Zone, du fährst dann die 1.000 m oder 1.500 m los, kommst dann zum Parkplatz und dann stellst du fest, dass dein Kollege Armin Sippel gerade einen FPÖ-Autokorso durch Graz veranstaltet hat und jetzt gerade dort einen Pause macht und der Parkplatz besetzt ist, dann wirst du halt mit der Suche wieder von vorne anfangen müssen. Danke (*Appl.*).

**KO GR Eber:**

Lieber Herr Vorsitzender Mario Eustacchio, lieber Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich nehme zunächst einmal zur Kenntnis, die FPÖ ist für Zuzahlungen, wenn es um die Tiefgaragenplätze geht, aber gegen Zuzahlungen, wenn es um die Jahreskarte geht (*Appl.*).

Jedenfalls danke für den Antrag. Zunächst es ist ein, wie soll ich sagen, ein Antrag, der natürlich auf den Individualverkehr einmal abzielt und von daher ist es so, dass, du hast ihn selber als Umweltantrag oder so ähnlich bezeichnet, wir haben es tatsächlich zu tun mit, das ist jetzt schon eine alte Zahl, aber ich glaube, sie hat sich nicht viel verändert, 150.000 km Parkplatzsuchverkehr gibt es in Graz, das ist natürlich auch viel zuviel. Unser Ziel ist es, die sanfte Mobilität zu fördern, den öffentlichen Verkehr auszubauen, Geh- und Radwege zu errichten gerade dort, wo es noch keine gibt oder wo sie in schlechter Qualität nur zur Verfügung stehen. Nichtsdestotrotz, das ist natürlich auch ein Punkt, den man nicht ganz außer Acht lassen darf, aber wie gesagt, sanfte Mobilität ist prioritär sozusagen für uns, aber das ist auch ein Punkt. Aber jedenfalls, wie ich deinen Antrag gelesen habe, und da bin ich über das Wort Parkleitsystem fast gestolpert, weil ich mir gedacht habe, da war doch schon einmal etwas, und tatsächlich habe ich dann nachgelesen, nachgeblättert, nachgeschaut, und tatsächlich im Sommer 2014, da war noch der jetzige Vizebürgermeister Mario

Eustacchio zuständig für die Verkehrsfragen in der Stadt Graz, da hat er im Wesentlichen ja schon drei konkrete, mehr oder weniger konkrete, Ankündigungen gemacht. Nämlich erstens, wir brauchen ein Park- und Verkehrsleitsystem, speziell damals ist gegangen um den Bereich Messe/Stadion und um den zweiten Ausbauschnitt dann auch für die Innenstadt. Zweitens, wir brauchen, oder werden können 200 Parkplätze errichten am Andreas-Hofer-Platz, der ja in Kürze umgebaut werden wird. Und drittens, wir bekommen dann 100 Parkplätze in Puntigam, wo früher das Ackern war. Man sieht schon, das sind jetzt auch wieder 7 sieben Jahre her, es ist nicht alles umgesetzt worden, naja, immerhin am 22.08.2014 hast du, lieber Herr Vizebürgermeister, dann ja auf Facebook sogar geschrieben, ich habe mir das abgeschrieben: Was man ankündigt, muss man umsetzen. Tatsächlich ist umgesetzt worden ein Parkleitsystem für den Bischofsplatz, das ist jetzt nicht der größte Bereich in unserer Stadt, aber immerhin hat es dort ein Parkleitsystem gegeben. Es hat sich nicht lange gehalten, sagen wir so, weil die Anzeigentafel war immer auf null, das heißt null freie Parkplätze gäbe es dort, das hat die Anrainer sehr gefreut, weil sie haben gewusst, sie haben eigentlich immer einen Parkplatz, das will ich natürlich nicht dir anlasten, aber jedenfalls ist das dann eingestellt worden und gibt es jetzt auch seither nicht mehr. Ich glaube, das Ziel jedenfalls, das du hier forderst, Roland, im Oktober 2021 ein Konzept zu präsentieren mit diesen Punkten, ist schon sehr ambitioniert, weil ich glaube, zunächst muss man einmal das sowieso zweiteilen, einerseits die Tiefgaragenplätze, die meistens privat sind, andererseits die im öffentlichen Raum natürlich. Es geht dann ja auch darum, die Gespräche zu führen und zu versuchen, zumindest einmal die Zahlen zu erhalten von den Tiefgaragenbetreibern, die ja nicht immer das Interesse haben, die auch weiterzugeben oder überhaupt öffentlich zu machen. Ich bin jetzt schon über der Zeit, ich mache es kurz: Oktober halte ich für zu ambitioniert für ein Konzept, aber natürlich kann man bis dahin ein paar erste Schritte einmal wahrscheinlich präsentieren und zweitens, wir werden der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen. Danke (*Appl.*).

**Bgm.-Stv. Mag (FH) Eustacchio:**

Dankeschön, nachdem ich auch angesprochen worden bin, ganz kurz, die Ausformulierung, natürlich setzt man sich Ziele. Das eine ist der Andreas-Hofer-Platz, der liegt nach wie brach, das Ziel bleibt aber weiter offen. Du hast den Bischofsplatz erwähnt, das wäre auch die Antwort für den Gemeinderat Muhr gewesen. Es gibt sehr wohl Systeme, nicht natürlich die gesamten Parkflächen betreffend, sondern geschlossene Bereiche, wo man hier mit Parkleitsystemen sehr gut arbeiten kann, anzeigen kann, wie viele Plätze besetzt sind, wie viele nicht. Der Bischofsplatz eignet sich dafür sehr gut, die Frage ist nicht die Machbarkeit, sondern ist die technische Ausführung, da gibt es sehr gute Techniken mittlerweile, wo man das tun kann, deswegen hat es damals nicht funktioniert. Also funktioniert, man kann es machen, aber natürlich nicht flächendeckend, nichtsdestotrotz gibt es in dieser Stadt ein System, wie es in anderen Städten durchaus üblich ist, vor allem von den Einfahrten der Stadt zu generieren, damit eben dieser Suchverkehr eingeschränkt wird, und das sollten wir uns weiterhin als Ziel offenhalten, die Umsetzung, in welchem Zeitraum, steht natürlich auf einem anderen Blatt. Zur Messe sei gesagt, da wäre es sehr geschickt zu machen, wäre auch gewesen, da scheiterte es definitiv an den handelnden Personen in der Messe, damit wir das auch einmal ganz klar aussprechen. Gibt es zur Dringlichkeit noch Wortmeldungen? Herr Klubobmann Dreisiebner, bitte.

**KO GR Dreisiebner:**

Werter Herr Vorsitzender, danke für deine Worte, Herr Vizebürgermeister. Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream, lieber Antragsteller. Du warst ja schon vor ca. sechs bis sieben Stunden sehr überrascht, dass du eine Zustimmung von uns so irgendwie zumindest einmal antizipiert hast. Ich kann es jetzt ein Stück weit ausführen. Mir ist schon ganz klar, und ich bin auch sehr dankbar, was der Herr Vizebürgermeister jetzt auch noch klargestellt hat, mir ist ganz klar, für euch ist es eher die Idee, und das steht ja auch so drinnen, die Nerven des Autofahrers, Frauen sind offenbar mitgemeint, zu schonen. Und dann wird noch

irgendwie Überlastung des Straßennetzes, respektive die Ökologiefrage, mitgenommen, man kann es von dieser oder von jener Seite beleuchten. Was ist das Gute an dem Konzept, oder was ist eher positiv an dem Antrag? Dass wir natürlich schon am Stadtrand an Einfahrtstraßen relativ weit von der Innenstadt Signale ausstreuen können, nämlich nicht Signale: Hallo, da gibt es noch Parkplätze, sondern Signale, es gibt sehr wenige Parkplätze. Das könnte zum Umsteigen motivieren, das könnte zum Umsteigen schon zuhause z.B. auf die S-Bahn oder auf die Straßenbahn oder auf das Fahrrad motivieren, das könnte zumindest dazu motivieren, sich jetzt nicht auf Gedeih und Verderb auf eine Parkplatzsuche zu begeben, die unter Umständen sinnlos oder nervenaufreibend und vor allem umweltschädlich ist. Wir wissen, wir haben einen Modal Split in der Stadt, der geändert werden muss, und das ist auch Ziel der Stadt Graz. Wir wissen, dass wir beim Stadtgrenzen überschreitenden Verkehr mit 85 % AutopendlerInnen noch einen schlechteren, statt 40 % innerhalb von Graz, Modal Split haben. Die Hoffnung besteht natürlich, dass Menschen zunehmend sagen: Ich suche mir andere Transportmöglichkeiten und erledige meinen Weg in die Stadt oder in einen Teil von Graz anders als bisher, nämlich mit dem Auto, nervenschonend und umweltfreundlich, das ist die eine Geschichte. Die andere Geschichte ist, ich sehe dann schon auch Möglichkeiten, wenn es zu diesen Umstiegen kommt und wenn das zunehmend auch eine Möglichkeit wird, nämlich noch etwas zu tun, dazu werde ich auch einen Zusatzantrag einbringen, nämlich Daten zu erfassen, was das Parkverhalten in den Bezahl-Parkplätzen etwa Tiefgaragen, sonstige Anlagen usw. betrifft, da tappen wir immer im Dunkeln und Emotion trifft auf Emotion oder verkehrspolitische Ansicht 1 auf die verkehrspolitische Ansicht 2, das ist ein guter Teil unserer Diskussionen, so auch hier und heute. Und dann hätten wir Daten, Zahlen und Fakten und könnten auf dieser Basis unter Umständen auch etwas tun, was wir in der Kaiserfeldgasse hoffentlich tun, Platz für die Menschen zurückwidmen für den Aufenthalt, Platz für RadfahrerInnen schaffen, für FußgängerInnen verbessern und Bäume pflanzen, alles Dinge, die auch notwendig sind, und in diesem Sinne stelle ich folgenden

**Zusatzantrag:**

Des Weiteren ersucht der Gemeinderat Verkehrsstadträtin Kahr, mit den privaten (Tief-)Garagenbetreibern zu vereinbaren, die für das Leitsystem und für ein Smart Parking System zu erhebenden Daten der Verkehrsplanung in geeigneter Weise zur Verfügung zu stellen.

Die so erhobenen anonymisierten Datensätze, natürlich entlang aller rechtlichen Datenschutzgrundlagen usw. sollen über die tatsächliche Auslastung entlang von Wochentagen, Tagesstunden und durchschnittlicher Parkdauer Daten liefern. Diese dienen ausschließlich den magistratsinternen Planungsabteilungen und dürfen keinesfalls Dritten zur Verfügung gestellt werden, außer natürlich uns, so moduliert, dass wir eine gute Diskussionsgrundlage haben. Ich ersuche um Annahme auch des Zusatzantrages. Dankschön (*Appl.*).

***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Neben dem im Antrag geforderten Leitsystem und der Auslastungsinformation v.a. von privat betriebenen Tiefgaragen und sonstiger Park-Anlagen der diversen Anbieter würde die Stadt Graz zur Unterstützung der Arbeit der Verkehrsplanung, der Stadtplanung sowie als Entscheidungsgrundlage für die städtische Politik gut daran tun, auch Daten zu den über die Zeit unterschiedlichen Auslastungen in genannten privaten (Tiefgaragen-)Anlagen zu erheben.*

*In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden*

**Zusatzantrag:**

*Des Weiteren ersucht der Gemeinderat Verkehrsstadträtin Kahr, mit den privaten (Tief-)Garagenbetreibern zu vereinbaren, die für das Leitsystem und für ein Smart Parking System zu erhebenden Daten der Verkehrsplanung in geeigneter Weise zur*

*Verfügung zu stellen. Die so erhobenen anonymisierten Datensätze sollen der Verkehrsplanung Grundlagen über die tatsächliche Auslastung entlang von Wochentagen, Tagesstunden und durchschnittlicher Parkdauer liefern. Die Daten dienen ausschließlich den magistratsinternen Planungsabteilungen und dürfen keinesfalls Dritten zur Verfügung gestellt werden.*

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR Ing. **Lohr:**

Danke, liebe Kollegen, das war ja eine konstruktive Debatte, wo jeder auch seine Sichtweisen eingebracht hat. Jedenfalls das Ergebnis ist, dass wir im Oktober vielleicht schon ein paar Schritte erfahren, wo dann jeder auch wieder seine Ideen einbringen kann. Kollege Muhr, war zuerst ein bisschen überraschend, aber dann am Schluss war er ja versöhnlich, auch wir sind natürlich für alle Verkehrsformen, wir wollen natürlich auch, dass die Öffi-Benutzer genauso wie Radfahrer ihre Infrastruktur bekommen, wir können uns Ausbau der Park-and-Ride-Plätze vorstellen, dass man dort dann irgendwann in die Metro umsteigt, also für das sind wir alle zu haben. Kollege Eber sei auch gesagt, wir fördern den ÖV, natürlich, wir zahlen ja dazu bei der Graz-Karte, kann man vielleicht auch einmal für ein halbes Jahr bei den Parktarifen schauen, ob man irgendwo helfen kann. Und schlussendlich zum Kollegen Dreisiebner, ja, ist auch ein wichtiges Thema, haben wir uns auch gedacht, wenn hier Daten entstehen von Privaten, dass auch die Verkehrsabteilung, die Frau Stadträtin in einer Form benutzt, dass wir für die Grazer hier einen Mehrwert bekommen, daher stimmen wir dem Zusatzantrag zu. Ich freue mich schon auf den Oktober oder wenn es ein paar Tage später ist, und ich sage danke für die Zustimmung (*Appl.*).

***Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.***



**9.6 Zweites Frauenhaus für Graz  
(GR<sup>in</sup> Claudia Schönbacher, FPÖ)**

GR<sup>in</sup> Schönbacher:

Das Thema meines Antrages ist heute ein zweites Frauenhaus für Graz. Warum ist das so dringlich? Der Grund ist, für die Überlegungen ist einfach ein erhöhtes Gewaltaufkommen innerhalb der Familien, und wenn Frauen und Mütter einen Platz für sich und ihre Kinder suchen, wo sie Zuflucht finden, dann ist es wichtig, dass dieser Platz auch da ist. Auch dringlich ist mein Antrag deswegen, weil natürlich Kinder, die in gewaltbereiten Familien aufwachsen, die einfach Gewalt erleben, das auch oft, wie man jetzt bei einem Vorfall in einer Schule gesehen hat, auch dann oft weiterleben und das als ganz normal empfinden und das sind jüngste Entwicklungen, die sehr bedenklich sind meiner Meinung nach. In der Zeitung konnte man vor kurzem lesen, dass die Frauenhäuser überfüllt sind und ich habe dann mit der Vorsitzenden des Vereins Frauenhäuser Steiermark, mit der Frau Gosch, telefoniert und sie hat gesagt, ja, das ist so. Das ist auch deswegen so, weil durch Corona die Frauen eine längere Verweildauer haben, was durch das Land finanziert ist, das ist sehr schön, dass das möglich ist, aber das bedeutet auch, weil die Corona-Maßnahmen werden wir noch länger haben, dass jetzt nicht mit Mitte/Ende Mai die Situation gleich wieder vorbei ist. Besonders wichtig ist mir bei meinen Überlegungen, dass, wenn eben wirklich Frauen, Mütter, Kinder betroffen sind von Gewalt, dass sie nicht in der Zeitung lesen müssen: Es gibt keine Plätze, wir sind überlastet, sondern dass sie wissen, ich kann Hilfe annehmen, dass kann sehr schnell gehen, weil sonst könnte es einer Frau so gehen, wie es kürzlich im Bezirk Gries, in meinem Wohnbezirk, gewesen ist, da gibt es eine syrische Familie, da hat die Mutter sich überlegt, dass sie ins Frauenhaus geht. Die Überlegungen haben zu lange gedauert oder sie hat gezögert und der Mann hat sie hochschwanger krankenhausaufreife geschlagen und das vor ihren Kindern, das ist natürlich eine Situation, die man unbedingt vermeiden muss. Auch Überlegungen sind eben die Frauenmorde, das ist wirklich schlimm, dass es in unserer Gesellschaft Frauenmorde gibt und immer Frauenmorde gibt, kürzlich erst hat ein Afghane einfach

seine Frau und die Mutter seiner Kinder, muss man dazu sagen, mit einem Messer erstochen, leider auch bei mir im Bezirk Gries. Also sehr, sehr schlimme Vorfälle, die sich wirklich nicht wiederholen dürfen. Mein Kontakt zu Gewaltschutzeinrichtungen und Opferschutzeinrichtungen bestätigt auch, dass es immer mehr Vorfälle gibt und ein enormer Bedarf hier da ist. Leider gibt es immer noch sehr viele Österreicher oder immer noch österreichische Männer, die ihre Frauen misshandeln und unterdrücken, das ist sehr, sehr traurig, aber wir müssen auch zugeben, dass eine Geringschätzung oder geringschätzende Haltung gegenüber Frauen ein importiertes Problem ist, nämlich aufgrund der Zuwanderung. Dazu kommen auch noch die Corona-Maßnahmen, weil wir alle sind in einer Ausnahmesituation: Man merkt jetzt, die Menschen sind einfach aggressiver, sie fahren schneller aus der Haut, sie sind emotionaler. Überall, wo ich hinkomme, wird mir mitgeteilt, dass die Leute einfach grantig sind und dass es gar nicht mehr lustig ist. Zusätzlich kommt dann noch oft, dass man in Kurzarbeit ist, die Arbeit verloren hat, das ist eine Ausnahmesituation für alle, die Männer können oft ihre Familien vielleicht nicht mehr ernähren, die Frauen sind in einer Ausnahmesituation durch die Corona-Maßnahmen, weil sie ihre Kinder zuhause unterrichten müssen, sie sollten ihrer Arbeit nachkommen, vielleicht auch noch eine gute Hausfrau und Ehefrau sein, also das kann schon zu Spannungen führen und auch das wird nicht von heute auf morgen vorbei sein. Jetzt habe ich kürzlich in der Zeitung noch gelesen zum Thema importiertes muslimisches Verhalten gegenüber Frauen, dass die Autorin des Buches „Beute“ schreibt, der Islam ist eine Bedrohung für die Frauenrechte in Europa und wir haben vor kurzem, voriges Jahr, eine Studie gehört vom Professor Aslan, und auch andere Studien belegen das, dass die Probleme, die es in muslimischen Ländern gibt, leider auch in westlichen Gesellschaften vorhanden sind, nämlich, wo es sehr viele muslimische Gemeinschaften gibt. Das muss man zugeben, da muss man einfach aktiv werden, da darf man einfach nicht wegschauen. Diese Frage der Isolierung, die die muslimische Gemeinschaft macht, die ist recht professionell. Weil sie haben ihre eigenen Geschäfte, sie haben ihre eigenen Strukturen und die Frauen sind da drinnen gefangen, vor allem sie haben dann nicht nur Angst um Leib und Leben für sich selbst, sondern auch für ihre Kinder und das ist mitunter ein Grund,

warum es einfach so wichtig ist, dass es Frauenhäuser gibt, die hier beratend unterstützen und eingreifen können. Die Integration wäre halt wichtig, aber wenn die Muslime unter sich bleiben, dann ist es einfach nicht möglich, sich zu integrieren, auch eine westliche Kindererziehung ist nicht möglich. Das sind alles Dinge, die man hier einfach unbedingt mitdenken muss, deshalb bitte ich um die Zustimmung zur Dringlichkeit und werde dann später noch einmal zum Antrag etwas sagen. Danke (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*In einer steirischen Tageszeitung war in der vergangenen Woche zu lesen, dass die beiden Frauenhäuser in Graz und Kapfenberg laut der Vorsitzenden des Vereins „Frauenhäuser Steiermark“, Michaela Gosch, überbelegt sind. Laut Information des Vereins bieten die beiden Häuser insgesamt Platz für 72 Personen. Davon stehen 45 Plätze in Graz und 27 in Kapfenberg für Frauen und deren Kinder zur Verfügung. Neben dem Schutz der von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder steht auch Gewaltprävention (körperliche, psychische, sexuelle, ökonomische und soziale Gewalt), Bewusstseinsbildung sowie Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit im Fokus. Die Finanzierung dieser Einrichtungen wird von der Stadt Graz sowie dem Land Steiermark und Spendern übernommen. Der Grund für die Überbelegung ist in einer verstärkten Gewaltanwendung innerhalb der Familien zu finden, die die Mütter mit ihren Kindern in letzter Konsequenz in ein Frauenhaus flüchten lässt. Der Anteil der Kinder in diesen Schutzeinrichtungen liegt derzeit bei 60 Prozent.*

*Im Vorjahr wurden in der Steiermark 1.182 Betretungsverbote ausgesprochen und der Anfang April in Graz verübte Messer-Mord eines Afghanen an seiner Frau hat uns alle schockiert. Dass die Täterarbeit über die Männerberatungsstelle speziell bei Migranten oft nicht wirkt, darf hier nicht verschwiegen werden und wird von den befragten Experten bestätigt. Auch die steigende Gewaltbereitschaft von Schülern in den Schulen ist zumeist auf das Milieu, in dem das Kind aufwächst, zurückzuführen.*

*Im Jahr 2019 wurden 114 Frauen und 116 Kinder im Grazer Frauenhaus aufgenommen und der Vergleich mit den Vorjahren zeigt eine kontinuierliche Zunahme. Um auch in Zukunft jeder Frau und jedem Kind, das mit Gewalt in der Familie konfrontiert ist und keinen anderen Ausweg findet, ein geschütztes Umfeld zu garantieren, muss das Angebot der Frauenhäuser ausgebaut werden.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***dringlicher Antrag:***

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die zuständigen Stellen des Landes Steiermark – im Besonderen die Landesregierung – werden am Petitionswege ersucht:*

- gemeinsam mit der zuständigen Stelle der Stadt Graz die Notwendigkeit eines zweiten Frauenhauses in Graz zu prüfen, um von familiärer Gewalt betroffenen Frauen und Kindern Ruhe und Sicherheit zu garantieren und psychologische Unterstützung zu gewährleisten.*
- Generell muss auch die Nachbetreuung durch geschultes Personal und die Unterbringung in Übergangswohnungen gesichert und bei Bedarf ausgebaut werden.*

StR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Frau Kollegin Schönbacher, danke für Ihren Antrag. Das ist ein wirklich wichtiges und sehr, sehr ernstes Thema, da gebe ich Ihnen Recht. Ich freue mich auch, dass Sie im Unterschied zu Kolleginnen in anderen Bundesländern Frauenhäuser nicht in Frage stellen und die Notwendigkeit einer Einrichtung von Frauenhäusern, das ist tatsächlich

ganz, ganz wichtig, dass es die gibt, auch wir haben mit der Michaela Gosch, mit der Leiterin und Geschäftsführerin des Grazer Frauenhauses, telefoniert, weil wir das Thema eben sehr ernst nehmen und weil ich auch gleich im Anschluss an den letzten furchtbaren Mord zu einem Runden Tisch eingeladen habe, der Gewaltschutzzentren, der Männerberatung, auch Frauenhäuser, der wird erst stattfinden, und wenn wir wieder einmal einen Präsenzausschuss haben, berichte ich gerne darüber, welche Schlüsse ich daraus mitnehme und was auch möglicherweise auf kommunaler Ebene zu tun ist. Was nicht unbedingt notwendig ist, sagt die Michaela Gosch und sagen andere ExpertInnen, dass man wirklich ein zweites Frauenhaus braucht. Sie sagt, es ist zwar jetzt tatsächlich ausgelastet, aber das ändert sich auch ständig. Wichtiger wäre, und da haben der Kurt Hohensinner und ich bereits im letzten Herbst damit begonnen, gemeinsam zwei Übergangswohnungen einzurichten für Frauen mit ihren Kindern, auf dem Weg in ein normales Leben wieder, ohne den gewalttätigen Mann, und in die Selbstständigkeit. Zwei weitere Übergangswohnungen werden folgen, und sollte es notwendig sein, haben wir auch schon mit dem Büro Hohensinner geredet, wollen wir gerne auch daran weiterarbeiten. Grundsätzlich ist das Thema aber wirklich ein sehr, sehr dringliches, da gebe ich Ihnen Recht. Wir müssen alle darauf schauen, dass kein weiterer Mord mehr passiert. Allerdings teile ich nicht Ihre Ansicht, dass das ein ethnisches Problem ist, das ist ein allgemeines Problem von männlicher Gewalt, von männlichen Allmachtsgefühlen, das zieht sich durch alle Ethnien, durch alle Gesellschaftsschichten und wir haben einfach ein Problem mit gewalttätigen Männern und nicht mit Afghanen, mit Muslimen oder sonstwie, deswegen schauen wir bitte auf das Problem, was es ist (*Appl.*).

Aber die Frauenhäuser sind wichtig, ich nehme Ihren Antrag gern mit auch als Anregung, noch weitere Gespräche zu führen. Sie sagen ja eh im zweiten Punkt, dass es um Übergangswohnungen geht und die Prüfung eines Frauenhauses werden wir noch einmal mit den ExpertInnen besprechen, aber wie gesagt, derzeit hat sich da keine Notwendigkeit ergeben (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Potzinger**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, geschätzte Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, die immer noch via Livestream unseren Beratungen folgen. Liebe Frau Kollegin, ich danke dir sehr herzlich, liebe Claudia, für deinen Antrag, der wichtig ist. Ich freue mich auch, dass die Frauenstadträtin die Wichtigkeit deines Antrages bestätigt hat. Möchte gleich einmal, Frau Stadträtin, doch in einem Punkt widersprechen: Ja, Gewalt ist immer schlimm, Gewalt gegen Frauen ist entsetzlich, egal, wer sie ausübt, ob das ein Inländer oder Ausländer ist. Aber die Statistik zeigt uns ganz klar, dass proportional zur Bevölkerung die Wahrscheinlichkeit größer ist, dass der Täter Migrationshintergrund hat, bitte, das kann man auch nicht verleugnen. Die ganz aktuellen Zahlen, geschätzte liebe Kolleginnen und Kollegen, zu allen familienpolitischen Fragen, da möchte ich jetzt meine Wortmeldung dazu nutzen, euch das zu sagen und zu zeigen, ist der 6. Österreichische Familienbericht, der vorgestern der Presse präsentiert wurde und nächste Woche dann auch offiziell auch von der Frau Bundesministerin Raab und dem Chef des Institutes für Familienforschung, Professor Mazal, präsentiert wird. Alle zehn Jahre erscheint der Familienbericht und beleuchtet alle familienrelevanten Themen, natürlich auch das Thema Gewalt in der Familie. Da darf ich doch darauf hinweisen, dass der Gesetzgeber in letzter Zeit nicht untätig war. Wir haben das zweite Gewaltschutzgesetz und das Gewaltschutzgesetz von 2019, das zwei ganz wesentliche Punkte beinhaltet, nämlich einerseits eine wesentliche Erneuerung beim Betretungsverbot, das heißt, ein Gefährder darf, wenn er weggewiesen wurde, sich der Wohnung seine Familie nicht nähern in einem Umfeld von 100 m. Das gibt den Frauen mehr Sicherheit, das ist ein ganz wesentlicher Punkt, ich möchte nur erinnern, im Vorjahr wurden in der Steiermark 1.182 Betretungsverbote ausgesprochen, das heißt, es ist keine kleine Zahl. Das Zweite, und uns auch ein großes Anliegen, Claudia Schönbacher betont es auch immer wieder, ist die Prävention, die Gewaltprävention, Primärprävention. Aber auch wenn es schon zu einem Gewaltakt gekommen ist, ist hier jetzt im Gesetz klar festgelegt, dass der Gefährder innerhalb von fünf Tagen, ab Anordnung des Betretungs- und Annäherungsverbotes, ein Gewaltpräventionszentrum

aufsuchen muss und die Beratung in Anspruch nehmen muss. Wir wollen ja alles tun, damit diese Gewaltakte sich reduzieren bzw. vielleicht einmal ziemlich aufhören. Bedanken möchte ich mich beim Herrn Stadtrat Hohensinner, dass er spontan bereit war, diese Aktion zu unterstützen, die Übergangswohnungen für Frauen, die aus dem Frauenhaus kommen mit ihren Familien, aber doch noch Unterstützung und Betreuung brauchen, bis sie dann wieder ganz selbstständig leben können. Danke auch für das Angebot, auch an die Frau Stadträtin Schwentner, diese Möglichkeit bei Bedarf auszuweiten, aber Zahlen zeigen uns doch, dass man überlegen muss, auch im Raum Graz oder im Großraum Graz eine zweite sichere Wohnmöglichkeit für Frauen mit ihren Kindern zu schaffen, die von Gewalt bedroht sind. Deswegen unterstützen wir als familienfreundliche ÖVP-Fraktion selbstverständlich die Dringlichkeit und diesen Antrag (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer:**

Auch als KPÖ werden wir natürlich der Dringlichkeit und dem Inhalt des vorliegenden Antrages zustimmen. Ein zweites Frauenhaus ist ganz, ganz wichtig, und es hat sich ja über die Medien und auch sonst durch Nachfragen ist es sehr deutlich gewesen, wie überlastet das einzige Frauenhaus in Graz ist. Gilt aber auch für das Frauenhaus im Kapfenberg; also in der Stadt Kapfenberg, das innerhalb der Steiermark von Relevanz ist, und es ist einfach offensichtlich, dass also die Corona-bedingte Krisensituation schon, es ist eben Tatsache, dass gerade in der Situation z.B. beengte Wohnverhältnisse, Angst um die Existenz oder um den Arbeitsplatz, Quarantäne oder das Gefühl der Ausweglosigkeit ungeahnte emotionale Belastungen erzeugen, die dann zu einem Konflikt führen können und Grundlage für diese Konflikte eben sind, und Frauen sind eben im viel stärkeren Ausmaß von Gewalt betroffen, und das gilt für Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, genauso wie natürlich für die Täter. Und die Kollegin Sissi Potzinger hat also ja auch die Täterarbeit als eine ganz wichtige Maßnahme, die über die Männerberatungsstelle auch irgendwie läuft, genannt, auch da ist sicher mehr finanzieller Bedarf und eine Ausweitung der Möglichkeiten der

Täterarbeiten wichtig, also Täter sind auch mit und ohne Migrationshintergrund. Man sollte hier nicht in die eine Richtung das nur forcieren und die anderen ausnehmen. Also wichtig ist es, dass man mit diesem stärkeren Ausmaß von Gewalt, von der Frauen betroffen sind, dass man in dieser Situation jetzt natürlich eine schnelle und konkrete Hilfe für alle anbieten kann, die sie brauchen. Und es hat sich ja schon gezeigt, telefonisch sind ganz viele Kontakte während der Krisen- und Corona-Zeit also an die Frauenhäuser gegangen und haben Beratung oder Gespräche gesucht, auch den Weg in das Frauenhaus haben sie teilweise aufgrund der Bedingungen vielleicht noch nicht gesetzt, und deshalb ist eben konkrete Hilfe ganz wichtig, und ein zweites Frauenhaus, würde irgendwie zumindest eine ausreichende Kapazität, also Vorsorge in diese Richtung, möglich machen, und eine ausreichende Kapazität für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, also das muss gegeben sein, und deshalb werden wir mit Sicherheit auch gern dieser Forderung zustimmen (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (19.19 Uhr).***

**Bgm. Mag. Nagl:**

Danke vielmals, Frau Gemeinderätin, ich darf den Vorsitz übernehmen, und es ist mir eine große Freude, Frau Gemeinderätin Robosch das Podium zu überlassen.

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren im Livestream. Die Tatsache, dass wir heute über den begründeten Antrag auf ein zweites Frauenhaus im Graz diskutieren, macht mich persönlich eigentlich sehr traurig. Weil es bedeutet, dass es die Notwendigkeit dafür gibt, weil so viele Frauen in unserer Gesellschaft von Gewalt betroffen sind. Und das erste Frauenhaus in Graz oder das erste in Österreich wurde zwar von der Frauenbewegung als Errungenschaft gefeiert, aber die



Frauenbewegung hat auch selber gewusst, wie traurig es eigentlich ist, dass wir ein Haus brauchen mit mehreren physischen Barrieren, und Unterstützung, um Frauen vor Gewalt in ihrem engsten Umfeld zu schützen. Und leider zeigen die Zahlen der letzten Jahre, dass wir eigentlich nicht in eine positive Zukunft in Bezug auf Gewalt an Frauen blicken, sondern eigentlich steigen die Zahlen von Jahr zu Jahr. 2014 waren es 19 Frauenmorde oder Femizide und 2018 waren es 41, und ich kann mich noch erinnern, dass ich im Herbst hier gestanden habe und genau über dieses Thema geredet habe und gesagt habe, dass wir in Bezug auf Gewalt an Frauen in Österreich schon viel geleistet haben, aber noch viel zu leisten haben in Zukunft auch und 210 Mio. Euro gefordert habe, was ja auch die ExpertInnengruppe des Europarates für Österreich vorschlägt, um Gewalt wirklich ehrlich zu verhindern in Österreich und wirklich etwas entgegenzustellen. Aber nichtsdestotrotz glaube ich, dass es extrem wichtig ist, dass wir ein zweites Frauenhaus in Graz machen, aber man braucht nicht glauben, dass dieses Frauenhaus alleine Prävention genug ist, und deswegen bitte ich euch auch, quasi über diesen Antrag hinweg weiter in Bezug auf Gewalt an Frauen erstens wachsam zu sein und zweites weitere Schritte zu setzen, um Frauen wirklich zu schützen. Weil mir persönlich ist es wirklich egal, woher der Täter kommt, ob er Migrationsgeschichte hat oder nicht, Gewalt muss an Frauen verhindert werden, egal was im Pass vom Täter steht (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Schönbacher:**

Also ich bin davon überzeugt, dass wesentlich mehr Frauen von körperlicher, psychischer, sexueller, ökonomischer oder sozialer Gewalt betroffen sind, als wir momentan wissen, und gerade durch Corona konnten sie sich nicht melden, weil sie einfach nicht unbewacht waren, und deswegen glaube ich, dass durch die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen ja diesbezüglich bestimmt auch noch einiges auf uns zukommen wird. Ich finde es nur wichtig, meinen Antrag zu lesen und nochmal vorzulesen, oder überhaupt einmal vorzulesen, weil ja die Zuschauer meinen Antragstext nicht kennen. Und deswegen werde ich das jetzt auch tun, und zwar bitte

ich auf dem Petitionsweg die Landesregierung, gemeinsam mit der zuständigen Stelle der Stadt Graz die Notwendigkeit eines zweiten Frauenhauses in Graz zu prüfen, um von familiärer Gewalt betroffenen Frauen und Kindern Ruhe und Sicherheit zu garantieren und psychologische Unterstützung zu gewährleisten, das ist Punkt 1. Punkt 2: Generell muss auch die Nachbetreuung durch geschultes Personal und die Unterbringung in Übergangswohnungen gesichert und bei Bedarf ausgebaut werden, und das ist deshalb so wichtig, weil es eben im Vorjahr 1.182 Betretungsverbote gegeben hat, 1.014 Frauen waren im Frauenhaus betreut 2019, und die zuständige Landesrätin hat zwar mehr Übergangswohnungen zugesagt, aber im Endeffekt sollen es dann steiermarkweit acht sein und das finde ich in Bezug auf diese Zahlen sehr wenig und deshalb ist es mir wichtig, dass wir diese Petition gemeinsam weiterleiten durch Ihre Zustimmung. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.***

## **9.7 Altersfreundliche Stadt (GR Mag. Gerald Kuhn, Grüne)**

GR Mag. **Kuhn**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen. Mein Thema für die Dringlichkeit ist die altersfreundliche Stadt. Immer mehr Menschen werden älter. Derzeit haben wir an die 68.000 Menschen in Graz, die über die 60+ sind, das sind an die 23 % der Stadtbevölkerung, und wenn wir den Prognosen glauben dürfen, dann werden das 2030 28 % der Stadtbevölkerung sein. Wichtig ist, dass sowohl die Politik als auch die Verwaltung darauf eingeht, vorbereitet ist, eben mit der Thematik sich auseinandersetzt und zwar im Bereich der Gesundheit, im Bereich der Mobilität,

im Bereich der Teilhabe von alten und älteren Menschen, und es gibt hier auch ganz viele Punkte, und wir sehen das ja auch in verschiedenen dringlichen Anträgen, wo es auch noch hakt. Es hakt natürlich beim Verkehr, bei den Verkehrsflächen und der Aufteilung Gehwege, Radwege, größere und bereitere Gehwege, dann die öffentlichen Verkehrsmittel, die Taktung, dann aber sehr wohl auch der Grünraum, die Bepflanzung in der Stadt, die Sitzgelegenheiten, aber auch die Einkaufsmöglichkeiten. Der Trend der letzten Jahrzehnte war ja so, dass immer mehr Einkaufszentren entstanden sind und leider kleinere Geschäfte an den Rand gedrängt wurden oder viel weniger geworden sind; da ist es dringend und wichtig, einen Umkehrschwung hier einzuleiten, weil wir auch sehen, dass vor allem ältere Menschen in ihrem Bewegungsgrad, wenn sie 70, 80 oder 90 sind, dann der Bewegungsgrad auch kleiner ist, also im Spaziergehen bzw. auch im Einkaufen, dass das ganz wichtig ist, das nähere Umfeld hier zu beachten. Auch ganz wichtig, wenn ältere Menschen alleine sind oder nicht wissen wohin, dass man auch verstärkt auf Stadtteilzentren setzt, wo sich auch Leute treffen können und konsumfrei hier eine Zeit verbringen können. Auch ganz wichtig natürlich Trinkbrunnen oder auch WC-Anlagen. Da werden wir auch einen dringlichen Antrag heute noch hören, auch da ist ganz wichtig, dass hier vorgesorgt wird, und was auch dazu zu sagen ist, dass man eben auch vorbereitet ist, man fängt natürlich nicht bei null an. Es gibt natürlich auch im Bereich der Barrierefreiheit oder in dem Gedanken, dass man bauliche Maßnahmen trifft, da ist man ja auch schon am Weg, aber man könnte auch sehr gute Impulse noch aufnehmen und deshalb zielt ja auch mein dringlicher Antrag darauf hin auf diese altersfreundliche Stadt. 2010 hat die WHO, die Weltgesundheitsorganisation, ein Netzwerk gegründet, die altersfreundliche Stadt – „Age-friendly Communities“ und da sind an die 1.000 Kommunen und Städte schon Mitglied, also relativ viele schon, z.B. Amsterdam, Brüssel, London, New York, aber auch Lausanne oder Bern; im restlichen deutschsprachigen Raum sind da noch sehr wenige noch dabei. In Österreich, wenn ich mich nicht irre, ist gar keine Stadt dabei, da könnten wir innovativ sozusagen voranschreiten. Was ganz wichtig ist, es gibt keine Mitgliedschaft, also man muss nicht in dem Sinn etwas zahlen, sondern da gilt es, und das ist ja das ganz Wesentliche daran, einen Austausch hier mit den anderen

Kommunen zu haben; die schreiben auch nicht vor, was man tun soll, sondern der wichtige Punkte ist hier einfach, dass das Bewusstsein des Alterns und die ältere Generation wieder in den Fokus rückt und deshalb wäre es auch so wichtig oder toll, wenn man hier auch Mitglied wird und eben von den positiven, aber auch, was auch ganz wichtig ist, von den negativen Beispielen von anderen Städten da auch lernen kann. Und ganz wichtig ist, auch zu betonen, dass wenn es jetzt heißt altersfreundliche Stadt, das betrifft ja nur ältere Menschen, nein, wenn wir mehr Raum und mehr Fläche haben für Spaziergehen, ich habe schon ausgeführt Toilettenanlagen, ist das natürlich auch ganz ein zentraler Punkt für die gesamte Bevölkerung, und wir machen gleichzeitig aufmerksam auf das Älterwerden und eben, dass wir auch barrierefrei sozusagen bauen und das Ganze eben darauf achten. Deshalb eben mein

**dringlicher Antrag:**

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass die Bedürfnisse von älteren Menschen laufend in die Planung und Umsetzung von Projekten und Vorhaben der Stadt einfließen und innovative Modelle entwickelt werden, die es älteren Menschen in unserer Stadt ermöglichen, selbstbestimmt zu leben und am öffentlichen Leben teilzuhaben.
2. Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, eine Mitgliedschaft der Stadt Graz beim Netzwerk der „Age-friendly Cities and Communities“ der WHO zu prüfen und dem Gemeinderat bis Juni 2021 darüber Bericht zu erstatten.

Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Der Bevölkerungsanteil von älteren Menschen wächst. In Graz leben derzeit an die 68.500 Menschen, die älter als 60 Jahre sind, das sind 23% der Stadtbevölkerung. Bis*

*zum Jahr 2030 soll der Anteil auf rund 28% steigen<sup>1</sup>. Damit wird es auch immer bedeutsamer, dass Politik und Verwaltung die Bedürfnisse älterer Menschen in ihr Planen und Handeln miteinbeziehen. Neben der Gesundheit sind insbesondere die Bedürfnisse nach Selbständigkeit, nach sozialen Kontakten und nach Teilhabe am öffentlichen Leben zentral.*

*Mobilität, sowohl innerhalb als auch außerhalb der eigenen vier Wände, erlaubt es den Menschen, auch mit zunehmendem Alter sich Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu erhalten. Hier besteht jedoch eine Vielzahl von Defiziten, die es älteren Menschen erschwert, selbstbestimmt am öffentlichen Leben teilzunehmen. Beispiele dafür sind unzureichende ÖV-Verbindungen, mangelnde Barrierefreiheit in Bussen und Straßenbahnen, zu schmale Gehsteige, kurze Ampelphasen oder zu wenige gesicherte Möglichkeiten, die Straßen zu queren. Im öffentlichen Raum gibt es noch zu wenige altersgerechte Sitzmöglichkeiten, zu wenige Bäume und Grünoasen, Trinkbrunnen und barrierefreie öffentliche Toiletten.*

*Viele Gefahren, die alle StadtbewohnerInnen tangieren, sind für ältere Menschen aufgrund körperlicher Beeinträchtigungen besonders bedrohlich. Das Sicherheitsbedürfnis von älteren Menschen ist dementsprechend höher als jenes von jüngeren. Sie erleben teilweise das Tempo des Autoverkehrs oder auch die Straßenbeleuchtung anders, weil sie verletzlicher sind.*

*Die Gesundheit und das Wohlbefinden von älteren Menschen hängen auch maßgeblich von sozialen Kontakten und der Teilhabe am öffentlichen Leben ab. Oft fehlen jedoch Möglichkeiten, sich zu treffen und Kontakte zu knüpfen, aber auch innovative Wohnmodelle, die Nachbarschaftshilfe und Austausch ermöglichen und fördern, sind Mangelware. Hinzu kommt die rasante Digitalisierung unserer Gesellschaft, die ältere Menschen immer öfter von wichtigen Kommunikationskanälen abschneidet. Einkaufszentren und Online-Handel verdrängen zunehmend die NahversorgerInnen in der Wohnumgebung. Damit werden die Wege für die alltäglichen Einkäufe länger.*

---

<sup>1</sup> Bevölkerungsprognose Graz 2015-2034, Referat für Statistik der Stadt Graz

*Auch fehlen Serviceangebote beim Einkaufen in der Innenstadt wie z.B. die Möglichkeit, Einkäufe zwischengelagern zu können oder Rastmöglichkeiten ohne Konsumzwang. Ziel muss es sein, dass bei allen Projekten und Vorhaben der Stadt die Bedürfnisse von älteren Menschen mitberücksichtigt werden. Natürlich starten wir hier nicht bei Null. Das Referat für barrierefreies Bauen oder das SeniorInnenreferat sind z.B. wichtige Angebote der Stadt. Bei neuen Stadtentwicklungsgebieten wird erfreulicherweise Barrierefreiheit stark mitgedacht und auch im Bereich von altersgerechter Stadtmöblierung gibt es gute Ansätze. Graz hätte aber auch die Möglichkeit, von anderen Städten und Kommunen zu lernen, sich auszutauschen und erfolgreiche Maßnahmen zu übernehmen.*

*Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat im Jahr 2010 das Netzwerk der altersfreundlichen Städte und Kommunen ins Leben gerufen, die „Age-friendly Cities and Communities“ (ACF).<sup>2</sup> Derzeit sind an die 1.000 Städte aus über 40 Ländern, u.a. Amsterdam, Bern, Brüssel, Lausanne, New York oder Stockholm Mitglieder in diesem Netzwerk. Kanada ist sogar als gesamtes Land beigetreten. Die Mitgliedsstädte und -kommunen verpflichten sich, den Bedürfnissen älterer Menschen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, sie tauschen sich zum Thema aus, diskutieren sowohl positive als auch negative Beispiele aus dem Alltag und lernen so voneinander. Konkrete Maßnahmen und Empfehlungen können in einer Datenbank eingesehen werden.*

*Inhaltlich entscheidet natürlich jede Gemeinde selbst, welche Schwerpunkte sie setzt. Diese können sich der Barrierefreiheit bei Wohnen und Mobilität, den Nachbarschaftshilfen, der gesundheitlichen Versorgung oder Treffpunkten im Stadtteil (Stichwort Stadtteilzentren) widmen, es kann aber auch um die Versorgung mit Grünflächen, die fußläufige Erreichbarkeit von Nahversorgung oder um günstige, altersgerechte Sportangebote gehen.*

---

<sup>2</sup> <https://extranet.who.int/agefriendlyworld/age-friendly-cities-framework/>

*Die Mitgliedschaft beim Netzwerk der „Age-friendly-Cities and Communities“ wäre eine Chance, um neue Ideen und Konzepte nach Graz zu holen und würde einen Innovationsschub in der SeniorInnenpolitik bedeuten. Die Instrumente, die das Netzwerk zur Verfügung stellt, wie beispielsweise Checklisten, ermöglichen es Politik und Verwaltung außerdem, laufend das Bewusstsein für die Bedürfnisse der älteren BürgerInnen zu schärfen.*

*In diesem Sinne stelle ich folgenden*

***dringlichen Antrag:***

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass die Bedürfnisse von älteren Menschen laufend in die Planung und Umsetzung von Projekten und Vorhaben der Stadt einfließen und innovative Modelle entwickelt werden, die es älteren Menschen in unserer Stadt ermöglichen, selbstbestimmt zu leben und am öffentlichen Leben teilzuhaben.*
- 2. Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, eine Mitgliedschaft der Stadt Graz beim Netzwerk der „Age-friendly Cities and Communities“ der WHO zu prüfen und dem Gemeinderat bis Juni 2021 darüber Bericht zu erstatten.*

**StR Hohensinner:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, danke für den dringlichen Antrag. Er bietet mir die Möglichkeit, auch einmal danke zu sagen zur Arbeit der Seniorenbüros. Das Seniorenbüro feiert diesen Herbst das 25-jährige Jubiläum. Inhaltlich kann ich deinem Antrag sehr viel abgewinnen, der Antrag ist aber nicht dringlich. Zum einen suggeriert der Antrag, dass wir sehr wenig in Graz machen und das wäre all jenen gegenüber unfair, die tagtäglich Seniorenprojekte neu ins Leben rufen und ältere Menschen begleiten. Zum anderen suggeriert der Antrag, dass es zu wenig Vernetzung gibt, und

genau das Gegenteil ist der Fall. Wir haben erst kürzlich im Sozialamt den Fachbereich beauftragt, eine eigene Seniorenstrategie zu erarbeiten, also da wird der Ausschuss auch ordentlich miteinbezogen und da können sich alle Fraktionen miteinbringen. Und du hast auch angesprochen, dass es gut wäre, sich bei einem internationalen Netzwerk zu beteiligen. Wir haben erst im Jahr 2019 im Stadtsenat beschlossen, dass wir uns beim European Innovation Partnership on Active and Healthy Ageing-Projekt beteiligen, das ist leider nur aufgrund von Covid noch nicht so richtig ins Laufen gekommen, ich werde aber, obwohl wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, deine Idee aufgreifen und werde schauen, ob dieses andere Netzwerk, das internationale Netzwerk, was für die Stadt Graz ist und werde auch den Ausschuss und dich darüber informieren. Aber was machen wir alles in der Stadt Graz? Ich könnte jetzt wahrscheinlich hier drei Stunden reden. Ich möchte drei Punkte herausgreifen, der Michi Ehmans spitzt auch schon die Ohren, er war ja auch zuständig für den Bereich, die Freizeitangebote, die über das Seniorenbüro laufen, die sind wirklich sensationell. Leider kann das Café Graz derzeit nicht stattfinden, aber wenn man da einmal mit dabei ist, im Kammersaal, da treffen 800 bis 1.000 Senioren zusammen einmal im Monat am Sonntag. Wir haben ein Seniorenprogramm für den Sommer, wir haben ein eigenes Monatsprogramm, die Zusammenarbeit mit den Nachbarschaftszentren funktioniert sehr gut und die Senioren organisieren sich auch sehr gut selbst, da gibt es so eine Gruppe von ehrenamtlichen Senioren, die bieten sich gegenseitig Kurse an, also vom Sprachkurs bis zum Kochkurs, da ist alles dabei. Der zweite Punkt, wir haben ganz viele tolle Generationenprojekte. In der Covid-Krise haben wir eines auch erlebt, wo die ÖH sofort bereit war, ein Einkaufsservice bereitzustellen. Die haben gesagt, die Uni hat zu und sie haben ein Aufruf gestartet und 500 Studierenden waren sofort bereit, älteren Menschen und Risikopatienten Arzneien und Lebensmitteln nachhause zu bringen. Also das war wirklich ein großartiges Projekt. Wir haben auch eine Fachtagung gegen Vereinsamung stattfinden lassen und haben daraus resultierend einen Maßnahmenkatalog gegen die Vereinsamung auch der Stadt Graz auferlegt, und diese Maßnahmen werden jetzt Schritt für Schritt auch umgesetzt. Der dritte Schwerpunkt das sind die Hilfestellungen für Seniorinnen und Senioren. Mitreden in



der Stadtplanung ist z.B. ein Thema, wo sich das SeniorInnenbüro auch einschaltet. Wenn es um Zukunftsthemen geht, da ist das SeniorInnenbüro beispielsweise bei der Arbeitsgemeinschaft Reininghaus mit dabei und weist halt auch die Verantwortlichen darauf hin, worauf zu achten ist, dass sich ältere Menschen wohlfühlen. Wir haben einen Taxigutschein, den wir bereitstellen, der wahrscheinlich österreichweit einzigartig ist. Wie wir den einmal erneuert haben, habe ich einen österreichweiten Vergleich angestellt und haben wir wirklich das beste Angebot für mobilitätseingeschränkte Personen. Und in der Covid-Krise haben wir hier auch zusätzliche Services bereitgestellt, damit ältere Leute zu den Testungen fahren können, zu den Impfungen, also das war, glaube ich, ganz gut. Und wir haben jetzt, und das ist in deinem Antrag auch vorgekommen, das barrierefreie und seniorenrechtliche Bankerl gesucht, gemeinsam mit der Kleinen Zeitung ausgeschrieben, die Leute haben mitbestimmen können. Die CIS hat hier auch einen Wettbewerb ausgeschrieben mit Designern und die Fachbeiräte für Senioren und behinderte Menschen habe hier auch mitbestimmt. Ich bin schon fertig, ich könnte hier wahrscheinlich über die Tätigkeiten des Seniorenbüros stundenlang erzählen, das ist wirklich eine tolle Einrichtung. Deshalb, es passiert so viel, lieber Herr Gemeinderat, es ist nicht dringlich, aber ich nehme deine Ideen gerne mit (*Appl.*).

GR Mag. **Moser:**

Werte Damen und Herren im Livestream, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Antragsteller. Ich bin selbst schon aus der älteren Generation, also quasi ein Senior, und bin Obmann des Steirischen Seniorenringes mit rund 500 Mitgliedern und Interessierten. Ich habe Ihren Antrag gelesen, musste eigentlich schmunzeln und habe mich eigentlich gewundert. Ich habe geglaubt, Sie sprechen von einer anderen Stadt. Ich kann das, was der Herr Stadtrat ausgeführt hat, nur ausführlichst bestätigen und ich selbst habe ständig Kontakt und wir haben einen Austausch mit unseren Mitgliedern, und kann mit Sicherheit sagen, dass also die Stadt Graz eine der seniorenfreundlichsten Städte überhaupt ist. Es gibt

vielleicht da und dort noch Verbesserungswünsche, aber das wird ja auch laufend gemacht, muss allerdings dazusagen, dass Sie mit Ihrem Antrag unseren Mitarbeitern und der Stadt Graz selbst kein positives Zeugnis ausstellen, die bemühen sich, da werden den Leuten die Wünsche von Augen abgelesen. Und ich habe gerade aufgrund dieser Anfrage auch meine Stammtischobleute angesprochen und die haben mir das bestätigt, es gibt da und dort kleinere Fragen, die gelöst werden. So etwa die Diskussion über Sicherheit, das bewegt die Senioren, aber da bieten wir von der FPÖ Kurse an, da bietet die Stadt Kurse an, das ist also bestens ausgefüllt, und auch die Unterstützung bei Senioren ist sicher sehr gut. Ich kann Ihnen nur eines sagen, ich stelle den Mitarbeitern und der Stadt Graz und der Stadt Graz selbst und auch dem Herrn Stadtrat ein sehr positives Zeugnis aus, Ihnen allerdings muss ich allerdings ein negatives ausstellen (*Gelächter im Saal*).

Ja, ich kann Ihnen nicht zustimmen. Ich muss Ihnen ein negatives Zeugnis ausstellen, indem die FPÖ die Dringlichkeit und auch den Inhalt ablehnt. Danke (*Appl.*).

**Bgm. Mag. Nagl:**

Danke vielmals, möchte noch jemand an der Zeugnisverteilung teilnehmen (*Gelächter im Saal*)?

Das ist nicht der Fall, dann darf ich den Antragsteller gleich zum Schlusswort bitten.

**GR Mag. Kuhn:**

Da ich mich jetzt nicht als Schüler fühle, finde ich diese Zeugnisverteilung ein bisschen eigenartig. Ich habe ja nicht die Leute angegriffen, das stelle ich schon einmal fest, man kann aber immer mehr tun. Wir sehen das auch sehr auch bei den WC-Anlagen, wenn da jetzt zum Glück auch im Augarten eine zweite gebaute wird, weil sich eben auch so viele anstellen. Dann natürlich auch geht es auch darum, dass ältere Menschen, aber auch andere, ja auch WC-Anlagen einfach auch mehr brauchen, dass auch, ich wiederhole es nur noch einmal auch, bei den Parkbänken, dass das jetzt ins Rollen

kommt natürlich, aber natürlich gibt es noch an allen Ecken und Enden etwas zu tun. Und eine Vernetzung kann noch immer gut sein, das heißt, eine internationale Vernetzung, eine zusätzliche internationale Vernetzung kann nur gut sein und wichtig sein, das ist allen Bereichen so. Ein zentraler Punkt, dass man immer wieder auf neue Sachen oder auf Fehler oder auf Fehlentwicklungen draufkommen, wenn in anderen Städten das so oder so gehandhabt wird, macht es ja einen Sinn, und das wäre eine zusätzliche Sache gewesen, hier für die Zukunft hier Schritte zu machen, und dass wir in Bewegung kommen müssen und zusätzliche Informationen uns auch einholen, man lernt ja nie aus, zum Glück lernt man nie aus und auch sich, wie gesagt, von Partnerinnen-Städte das holt, ist auch gut. Und ein weiterer Punkt wäre natürlich auch wichtig gewesen, diese altersfreundliche Stadt, dass man auch in der Öffentlichkeit wieder ein bisschen einen stärkeren Diskurs hat. Wenn man sagt, man ist eine altersfreundliche Gemeinde/Kommune, schafft das natürlich Sensibilisierung in der Gesellschaft und in der Bevölkerung noch zusätzlich zu dem, was man tut, und das wären ja alles zusätzliche wichtige Schritte dazu. Das wäre es eigentlich gewesen, das war ja auch die Dringlichkeit, weil man natürlich irgendwann anfangen sollte, noch stärker, noch stärker zu sensibilisieren. Das ist ja der wichtige Punkt, das ist ja so wie bei der Menschenrechtsstadt, dass man einfach auch das als wichtiges Symbol nimmt und diese Symbole natürlich mit Handlungen verstärkt und ausführt. Schade, aber trotzdem ist das ein wichtiger Punkt und ich hoffe, wir werden dranbleiben, und vielleicht werden wir es schaffen, zum altersfreundlichen Netzwerk beizutreten. Vielen Dank (Appl.).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

**9.8 Die Kaiserfeldgasse oder Verkehrswende ganz konkret: Begegnungszone und abendliche FußgängerInnenzone ab Sommerferien 2021 umsetzen (KO GR Karl Dreisiebner, Grüne)**

**KO GR Dreisiebner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe KollegInnen im Gemeinderat, falls im Livestream noch ZuseherInnen sind, auch sie seien begrüßt. Es ist relativ spät heute schon und wird noch etwas dauern. Mein Antrag befasst sich mit der Kaiserfeldgasse bzw. mit dem allseits und von vielen schon sehr lange und immer wieder geäußerten Wunsch, die Kaiserfeldgasse zwischen der Neutorgasse im Westen und dem Eisernen Tor im Osten verkehrszuberuhigen, um so den Menschen mehr Raum und mehr Platz zur Verfügung zu stellen. Das ist nichts, was erst seit einigen Tagen da ist. Auch am letzten Wochenende ist ein toller Aufruf von, ich glaube, mindestens zwölf Unternehmerinnen und Unternehmern aus der Kaiserfeldgasse medial verbreitet worden, die diese Verkehrsberuhigung intensiv wünschen. Es ist schon vor knapp zehn Jahren das Thema am Tisch gewesen und ich selbst habe auf Basis solcher Gespräche mit dem einen oder anderen Gastronomen, mit der einen oder anderen Unternehmerin schon 2014 und 2015 diesbezüglich Anträge eingebracht, also wir sind hier nicht auf frischem Feld, sondern wir sind hier schon sehr lange damit befasst. Es ist auch so, dass es mittlerweile seitens der Verkehrsplanung, und ich schicke jetzt eingedenk der mahnenden oder eher zeugnisverteilenden Worte des Kollegen Moser voraus: Nein, ich will niemanden in der Verkehrsplanung irgendwie schlecht bewerten oder beschuldigen, die machen gute Arbeit, dort wird nämlich an einem Verkehrskonzept für die Innenstadt West gearbeitet. Ein Teil davon ist die Kaiserfeldgasse, dieser Teil der Kaiserfeldgasse, ich meine aber, wir meinen aber, die UnternehmerInnen, viele AnwohnerInnen meinen aber, man könnte das herausnehmen und schon vorziehen. Warum könnte man das? Diese Straße hat keine wichtige Verbindungsfunktion, sie ist eigentlich nur durch Parksuchverkehr bzw. einzelne Zufahrten von Menschen, die dort im Gebäudeinneren oder Hofteilen Parkplätze haben bzw. Anwohnerberechtigungen dort haben, und alles andere ist nur permanent sich wiederholender Parksuchverkehr, der diese Straße sehr

belastet und das könnten wir beenden. Es würde keine Auswirkungen, keine großen zumindest, auf weitere Straßen haben, das ist unsere Annahme, das ist meine Annahme, und deswegen stelle ich hier zur Diskussion und zum Antrag, dass wir diesen letzten sehr lauten Aufruf der anrainenden UnternehmerInnen und vieler AnwohnerInnen hier aufnehmen und im Sommer, mit dem Beginn der Sommerferien, eine Begegnungszone quasi als Probe einführen, um dort den Durchzugsverkehr einerseits wegzubekommen, Parkplätze möglicherweise zu reduzieren, Ladezonen und Ähnliches mehr, Behindertenparkplätze sind natürlich zu erhalten, aber vor allem diesen Parksuchverkehr zu reduzieren und das Tempo zu reduzieren. Die wunderschöne Straße mit dem wunderschönen Baumbestand, mit dem bunten Leben in den Erdgeschosszonen und auf der Straße, das könnte in diesem Sommer weiter aufblühen, das könnte gut genutzt werden und das ist der Sinn und Zweck dieses Antrags. Ich bin mir sicher, dass eine solche Begegnungszone in der Überprüfung und in der Einschätzung der Betroffenen, der KundInnen, der AnwohnerInnen, der UnternehmerInnen eine Dauerlösung werden könnte, und in diese Richtung ist mein

### **Antrag**

formuliert:

Die Verkehrsstadträtin möge in den nächsten Wochen die Vorbereitungen treffen, um das mit dem 10. Juli, das ist der Ferienbeginn, umzusetzen, entsprechend zu prüfen, ob Parkplätze aufgelassen werden können, um sie z.B. für die Bespielung durch die Menschen, die dort sind, zur Verfügung zu stellen, den einen oder anderen Sessel oder Bank oder Tisch hinauszustellen, anderes möglich zu machen in dieser Straße. Es soll aber auch Erhebungen geben über diese probeweise sommerliche Beruhigung und es soll dann, der letzte Punkt des Antrages, diese begleitende Bewertung und Evaluierung dem Verkehrsausschuss spätestens in der Oktobersitzung zur Information vorgelegt werden. Und dann hoffe ich auch, dass wir eine weitere Empfehlung zumindest für

eine dauerhafte Begegnungszone, eventuell mit einem entsprechenden Umbau auch schon im nächsten Jahr, erreichen können. Ich ersuche um Annahme (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Mindestens einmal im Jahr wird in Graz zu Recht die Frage aufgeworfen, ob denn die wunderschön baumbestandene und sehr belebte Kaiserfeldgasse nun denn schon autofrei oder zumindest stark parkplatz- und verkehrsreduziert worden sei. Und jedes Mal, wenn diese Frage gestellt wird, verweist die Grazer Stadtpolitik auf einen späteren Zeitpunkt. Es erinnert ein wenig an das Ritual um das Murmeltier Phil in Punxsutawney, das Jahr für Jahr das Winterende verkündet. Aber ganz anders als beim frustrierenden Ritual um die Grazer Kaiserfeldgasse sagt Phil in aller Regel den baldigen Beginn des Frühlings für Pennsylvania voraus. Aber zurück vom fernen Pennsylvania nach Graz und in unsere schöne, leider von zu vielen Autos zugeparkte Innenstadt.*

*Die Wirtschaftstreibenden vor Ort, die Regionalstelle der Wirtschaftskammer, AnwohnerInnen, BesucherInnen, TouristInnen und KundInnen wünschen sich eine andere, eine verkehrsberuhigte Kaiserfeldgasse. Sogar die meisten StadtpolitikerInnen – nicht aller, aber beinahe aller Couleurs – haben in den letzten Jahren zumindest einmal von einer anderen Kaiserfeldgasse, von einer verkehrsarmen Kaiserfeldgasse, öffentlich gesprochen. Und es gab dazu auch schon Aussagen, die man sogar als Zusagen für eine Fuzo oder eine Bezo deuten konnte.*

*Klingt gut, ist es aber nicht. Denn statt das Zugesagte umzusetzen, wird auf die Arbeit an einem Gesamtverkehrskonzept für das Joanneumviertel verwiesen. Wenn es um die gesamte Verkehrsabwicklung in der Innenstadt-West bzw. im Joanneumviertel geht, kann und soll man das machen. Was dabei aber so gar nicht nachvollziehbar ist: Warum kann eine kleine, für die Verkehrsabwicklung so gut wie bedeutungslose Gasse nicht vorgezogen werden? Warum kann eine Gasse, die keine Verbindungsfunktion hat und nur aufgrund des Parksuchverkehrs von Autofahrten betroffen ist, nicht*

*vorgezogen verkehrsberuhigt werden? Und sei es nur als Probelauf, als Test, der – wie ich annehme – äußerst geringfügigen Auswirkungen auf umliegende Straßen messbar machen und die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die verkehrsberuhigte Gasse aufzeigen wird.*

*Ein solch vorgezogener Test, gerade in der Kaiserfeldgasse, wo es sehr viele BefürworterInnen gibt, wo man sich auf einen solchen Praxistest Richtung Verkehrswende und urbanes Leben mehr als nur freut, kann, verbunden mit einer Befragung von Stakeholdern, AnwohnerInnen und BesucherInnen, auch neue und bessere Grundlagen für weitere Überlegungen und Konzepte schaffen. Die Stimmung für eine probeweise Begegnungszone ist gerade jetzt gut. Ohne aufwendige Konzeptionsarbeit und ohne kostenwirksame Umbauten könnten die Kfz-Durchfahrten und der Parksuchverkehr reduziert, sozialer Raum und menschliche Begegnungsmöglichkeiten – konsumfrei aber auch mit Konsum bei den lokalen Unternehmen – maximiert und so ein neues Stadtgefühl ausprobiert werden. Ich bin überzeugt, dass aus dem Ausprobieren eine dauerhafte Lösung und ein fester Bestandteil einer gut besuchten und stark belebten Innenstadt wird. In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden*

**dringlichen Antrag:**

- 1. Der Gemeinderat beauftragt Verkehrsstadträtin Elke Kahr, in der Kaiserfeldgasse – östlich der Neutorgasse und westlich der Einmündung am Eisernen Tor - mit Beginn der Sommerferien eine Tempo-20-Begegnungszone inkl. abendlichem und sonntäglichem allgemeinen Fahrverbot (ausgenommen Berechtigte im Schritttempo) fachlich und rechtlich vorzubereiten.*
- 2. Weiters beauftragt der Gemeinderat Verkehrsstadträtin Elke Kahr, die Auflassung der Kurzparkzone-Stellflächen – ausgenommen Behindertenparkplätze, Ladezonen, AnwohnerInnen-Stellflächen und dgl. - mit*

*Ferienbeginn ab 10. Juli 2021 unter Einbeziehung der Bezirksvertretung, der Handels- und Gastronomiebetrieben und weiterer zu befassender Institutionen zu prüfen.*

- 3. Des Weiteren wird Stadträtin Elke Kahr ersucht, eine Befragung von Stakeholdern, AnwohnerInnen und NutzerInnen im Spätsommer/Frühherbst 2021 durch die zuständige Abteilung zu veranlassen.*
- 4. Über die gesetzten Maßnahmen und über die Ergebnisse begleitender Evaluierungen und Befragungen ist dem Ausschuss für Verkehr in der Oktober-Sitzung 2021 ein Informationsbericht vorzulegen.*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Lieber Herr Gemeinderat Dreisiebner, ich kann es für meine Fraktion und auch für mich als Person ganz kurz machen. Wir stimmen der Dringlichkeit zu, und ich kann auch allen vier Punkten zustimmen inhaltlich, und weil tatsächlich, so wie du es beschreibst, eine Begegnungszone dort tatsächlich auch rasch machbar ist, und alle anderen Punkte hier prüfe ich gerne mit meiner Abteilung, ob man das auch mitmachen kann, aber es spricht inhaltlich überhaupt nichts dagegen. Zum Motivenbericht möchte ich nur sagen, die bisherigen Wünschen, die immer kommuniziert wurden, haben sich immer auf eine Fußgängerzone bezogen, auf die Kaiserfeldgasse, und da habe ich immer geantwortet, dass wir natürlich das miteinbauen wollen und den gesamten Innenstadtbereich im Westen anschauen möchten und hier die Ergebnisse abwarten möchten, aber gegen eine Begegnungszone und die Einrichtung einer Begegnungszone in der Kaiserfeldgasse spricht aus meiner Sicht nichts, deshalb stimmen wir Dringlichkeit und Inhalt zu (*Appl.*).

**Bgm. Mag. Nagl:**

Dankeschön, der nächste Redner am Rednerpult ist der Gemeinderat mit der roten Maske, Ewald Muhr.



GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Antragsteller, lieber Karl. Dein pointierter Antrag, ich beziehe mich jetzt auf den „Täglich grüßt das Murmeltier“, da ist im Grunde ja nicht viel hinzuzufügen. Ja, auch wir von der SPÖ fordern ja schon seit langem eine Lösung für die Kaiserfeldgasse bzw. eine Beruhigung, die diese attraktiver macht und das Innenstadtfair, das ja schon bereits vorhanden ist, ja noch weiter steigern kann. Gerade diese Gasse, das hast du ja auch schon gesagt, hat hinsichtlich ihrer Begrünung und in Verbindung mit den Lokalen und mit den Gewerbetreibenden sicherlich ein ganz großes Potential und würde sich als wunderbare Flaniermeile mit Erholungsfaktor ausgezeichnet eigenen. Für uns ist es auch unverständlich, warum die zuständige Stadträtin dieses Projekt nicht schon lange in Angriff genommen hat und bereits im Vorfeld die Meinungen der Betroffenen oder Stakeholder, wie du sie nennst, eingeholt hast. Wir haben diesen Punkt ja schon sehr lange auf der Agenda und wir haben da schon sehr oft darüber diskutiert bzw. das in den Raum gestellt, dass dort etwas in diese Richtung passieren könnte. Derartige verkehrsberuhigte Zonen sind ja aber auch in anderen Stadtteilen möglich, wie z.B. im Univiertel gäbe es sicherlich auch noch einige Straßenzüge, die so etwas verdienen würden und daher wäre so ein Test in der Kaiserfeldgasse ein wichtiger Test, weil bei einem entsprechenden Ergebnis wäre das auch die Grundlage für einen möglichen sogenannten Rollout über andere Grazer Stadtgebiete, und aus diesem Grund werden wir deinem Antrag zustimmen.

GR DI **Topf:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ja, wir sind für die Dringlichkeit, und ich bringe aber zur Beschleunigung des Pilotprojektes in der Kaiserfeldgasse einen

**Abänderungsantrag**

ein:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die zuständige Verkehrsstadträtin wird aufgefordert, den im dringlichen Antrag angeführten örtlichen Bereich, nämlich Kaiserfeldgasse im engeren Sinn, aus dem Gesamtverkehrskonzept für die Innenstadt in Form eines zeitlich limitierten Pilotprojektes vorzuziehen, die Auswirkungen dieser im vorliegenden dringlichen Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen, Punkte 1 bis 4, so wie Karl Dreisiebner das vorgetragen hat, in den zuständigen Ämtern und Abteilungen prüfen zu lassen und sodann das Ergebnis im Vorfeld der kommenden Gemeinderatssitzung, damit wir wirklich in Schwung kommen, wenn ich das so sagen darf, in einem hiezu einzuberufenden Verkehrsausschuss zur Diskussion vorzulegen.

Im Falle einer positiven Beurteilung eines solchen zeitlich limitierten Pilotprojektes möge hierüber ein Stück für die nächste Gemeinderatssitzung im Mai 2021 vorgelegt werden, weil die Vorbereitungszeit war lange genug und man könnte für diesen eng abgefassten oder den eingeschränkten Bereich das relativ rasch in ein Pilotprojekt darstellen und aufzeigen (*Appl.*).

***Originaltext des Abänderungsantrags:***

*Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich den*

***Abänderungsantrag,***

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

*Die zuständige Verkehrsstadträtin wird aufgefordert, den im dringlichen Antrag angeführten örtlichen Bereich aus dem Gesamtverkehrskonzept für die Innenstadt in Form eines zeitlich limitierten Pilotprojektes vorzuziehen, die Auswirkungen dieser im vorliegenden dringlichen Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen (Punkte 1 bis 4) in den zuständigen Ämtern und Abteilungen prüfen zu lassen und sodann das Ergebnis im*

*Vorfeld der kommenden GR-Sitzung in einem hiezu einzuberufenden Verkehrsausschuss zur Diskussion vorzulegen.*

*Im Falle einer positiven Beurteilung eines solchen zeitlich limitierten Pilotprojektes möge hierüber ein Stück für die nächste Gemeinderatssitzung im Mai 2021 vorgelegt werden.*

GR Ing. **Lohr**:

Sehr geehrte Damen und Herren. Im Motivenbericht hast du ja eben dieses Murmeltier Phil aus Pennsylvania strapaziert, machen wir, glaube ich, auch, ich befinde mich in einer Dauerschleife, vor allem bei manchen Redebeiträgen. Aber ich habe mir vorgenommen, ich werde freundlich sein. Ihr habt meinem Antrag zugestimmt, den Gefallen können wir euch nicht tun, wir werden eher dem Abänderungsantrag nähertreten. Bei der Attraktivierung der Kaiserfeldgasse hast du Recht, da kann man Verbesserungen anstreben; aber auch nicht überraschend, wir sehen auch hier nicht die Lösung in Streichung der Parkplätze. Es gibt dann doch noch manches Geschäft, die dort angewiesen sind, dass Kunden zufahren können. Wir haben sie gezählt, es geht hier nämlich um 65 Parkplätze, das wird man nicht so schnell kompensieren können. Und es geht vor allem auch darum, und das ist zu bedenken, es wird ja die Straßenbahnlinie in der Neutorgasse kommen, auch hier gibt es dann in diesem Bereich noch einen großen Veränderungsbedarf oder wird es Veränderung geben. Wir sehen auch eher eine Gesamtlösung in dem Bereich, wir sollten jetzt nicht punktuell irgendwas herausgreifen, auch den Wunsch nach Anrainerparkplätzen, das würde, glaube ich, Begehrlichkeiten auslösen. Wenn wir das dort zulassen, kommen dann Anrainer aus anderen Bezirken und werden dann dort Anrainerzonen haben wollen. Der Schlusspunkt noch, das, was gut funktioniert, der Radweg in der Kaiserfeldgasse kann aus unserer Sicht beibehalten werden, der funktioniert gut.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

Bgm. Mag. **Nagl**:

Wünscht noch jemand zum Antrag das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, erlaube ich mir, noch einige Anmerkungen zu machen. Die erste ist, dass ich auch als zuständiger Stadtplanungsreferent niemals eine große Freude habe, wenn wir mittels dringlicher Gemeinderatsbeschlüsse in die Verkehrsplanung aktiv eingreifen, weil das würde, wenn wir das dauerhaft tun, wahrscheinlich kein gutes Ergebnis für Graz werden. Jetzt kann man sagen, ja, es gibt schon eine große Zustimmung und auch politische Übereinkunft, dass wir die Kaiserfeldgasse auch mit dem Gesamtprojekt Innenstadt West verändern wollen, auch zum Positiven hin verändern wollen. Aber was ich auch noch anmerken möchte, Herr Gemeinderat, ist, dass wir nicht Begehrlichkeiten wecken oder glauben, dass aufgrund des Beschlusses, den wir hier jetzt oder im Mai wirklich fassen, eine große Veränderung wirklich herbeiführen, weil was herauskommen wird ist, aus meiner Sicht, solange wir nicht ein Gesamtkonzept haben und auch nicht eine räumliche Umgestaltung vornehmen, und das möchte ich wirklich hier noch dazulegen, wir haben es erlebt bei der Schmiedgasse. Wir haben bei der Schmiedgasse auch gesagt: „So, Schluss! Fußgängerzone.“ Eineinhalb bis fast zwei Jahre war das, wenn ich das so sagen darf, nicht umgestaltet und auch nicht angenommen, irgendwie hat jeder gedacht, es ist halt eine Veranstaltung oder es ist für Hochzeiten rund um das Rathaus reserviert – es hat nicht gepasst. Das heißt, wenn man wirklich Erwartungshaltungen im Vorfeld weckt, dann muss man vielleicht den Bürgerinnen und Bürgern auch vor Ort gleich dazusagen, das wird heuer im Sommer um die Spur besser, aber es wird einiges sein wie immer, es wird tagsüber Autoverkehr geben, der ist in der Kaiserfeldgasse eigentlich schon relativ langsam und ruhig, weil die meisten die dort sind, einen Parkplatz suchen. Das Zweite ist, wir werden am Abend, solange wir noch keine Lösung finden, wie die Bewohner auf den Bäumen, nämlich die Krähen, die dort sind, die unterhalten sich ja köstlich am Abend, aber leider Gottes kann jeder dort im Gastgarten fast nur mit einem Regenschutz sitzen, weil die, nicht in allen Bereichen, aber in vielen Bereichen, auch keine Veränderung herbeiführen. Und wenn am Abend ein Großteil der Bewohnerinnen und Bewohner dort einen Parkplatz findet, dann haben wir, wenn ich es so sagen darf, auch nicht allzu

viel Platz. Das heißt, die Bitte ist, wenn wir jetzt auch dort beschleunigt zugehen wollen auf die Kaiserfeldgasse und das verändern wollen, bitte auch den Menschen auch gleich dazusagen, das ist heuer ein Testversuch, der noch nicht das darstellen kann, was wir eigentlich wollen und das wird wieder nur Hand in Hand gehen, wenn die Verkehrsplanung dann auch über das Datenmaterial verfügt. Ich habe auch mit dem Abteilungsvorstand heute darüber gesprochen, der gesagt hat: Naja, es gibt Veränderungen, wir haben es gerade gehört, wenn wir die Neutorgasse planen. Er selbst hat jetzt keine Daten, weil die Corona-Daten natürlich noch nicht das gesamte Verkehrsaufkommen widerspiegeln und, und, und. Das heißt, bitte nicht der Bevölkerung jetzt schon quasi sagen, das wird heuer ein besonderes Erlebnis im Sommer werden. Solange wir nicht umgestalten, solange wir nicht die neue Gestaltung dann auch wirklich fertig haben, ist das eben nur ein Provisorium und als solches sollten wir das auch jetzt angehen, ob direkt gleich oder mit dieser noch, aus meiner Sicht, auch vernünftigen Phase Richtung Ausschuss hin und dass man auch unseren Mitarbeitern und dem Abteilungsvorstand der Verkehrsplanung Zeit gibt, über all das nachzudenken, will ich dann einfach nur dazusagen. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig, die Erwartungshaltung, dass das heuer gleich eine Straße wird, die so wie beim Festival, wo sie wirklich gesperrt ist und wo alle tanzen, sein wird, das werden wir wahrscheinlich noch nicht zustande bringen.

**KO GR Dreisiebner:**

Herr Bürgermeister, den Mutigen gehört die Welt, also Ihnen, uns allen, den Unternehmerinnen und Unternehmern in der Kaiserfeldgasse und vielen Menschen, die das nutzen werden. Und ich bin mir sehr sicher, dass es gerade aufgrund dieses schon jahrelangen Wunsches gerade sehr kreativer Unternehmerinnen und Unternehmer, wenn man ihnen auch in diesem Sommer und auch in dieser Testphase den Raum lässt und die Möglichkeiten gibt, sehr kreative Interventionen geben könnte und wird, die auch diese provisorische Begegnungszone, diesen provisorischen Bereich gut zur Umsetzung bringen und interessant für Besucherinnen und Besucher machen.

Und ich bin sehr dafür, dass das möglichst bald auch dementsprechend in eine Umgestaltung geht, dass es dort noch grüner werden kann, dass es dort Möglichkeiten zum konsumfreien Verweilen, aber natürlich auch zum Aufenthalt bei einem guten Glas oder einer Tasse oder einem Essen geben soll und dass man dort vielleicht auch vor dem Friseur oder irgendwo in der Nähe des Eissalons auch sich zum Quatschen treffen kann, mit oder ohne Eis, mit oder ohne Haarschnitt. Und ich glaube, dass genau diese Menschen, die das wollen, sich auch sehr viel überlegt haben, und dieses Vertrauen nehme ich mit und ich hoffe, dass wir alle dieses Vertrauen auch haben, und ich danke ganz speziell allen, die Unterstützung signalisiert haben. Ich bedanke mich insbesondere bei Verkehrsstadträtin Elke Kahr, dass sie das unterstützen möchte, diese politische Unterstützung ist auch natürlich sehr wichtig, und ich danke vor allem noch einmal den UnternehmerInnen, die jetzt wirklich alle rausgegangen sind zu einem Foto, das ein bisschen an einen Italo-Western erinnert hat, und dieses Duell, das sollen sie gewinnen, dafür wäre ich im Sinne einer guten Kaiserfeldgasse für Menschen, für Aufenthalt vor dem Umbau und dann natürlich auch mit einem entsprechenden Platzumbau. Vielen Dank für die Annahme (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Neos) angenommen.***

***Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (20.02 Uhr).***

**9.9 Toiletten im öffentlichen Raum, speziell auf Spielplätzen und  
Bezirkssportplätzen  
(KO GR Michael Ehmann, SPÖ)**

KO GR Ehmann:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Damen und Herren ZuhörerInnen im Livestream, so Sie noch dabei sind. Ja, ein dringlicher Antrag, der sprichwörtlich aus der Not gekommen ist, nämlich das eine Mal aus der kleinen, das andere Mal aus der großen, wie auch immer. Es gibt große Betroffenheit. Wir haben uns das angesehen und recherchiert und sind zu dem Schluss gekommen, es gibt in Graz in etwa 99 Bezirkssportplätze, inklusive der Spielplätze, und davon gibt es aber nur 12, die mit Toilettenanlagen ausgestattet sind. Das ist natürlich viel zu wenig und das ist natürlich nicht sehr förderlich für die Betroffenen vor Ort, wenn sie in „Notlage“ geraten. Wir haben diese Gemeinderatsinitiative schon das eine oder andere Mal gebracht hier. Wir haben auch schon Antworten dazu bekommen, das war teilweise auch ein bisschen abenteuerlich. Nämlich einmal haben wir eine Antwort bekommen, dass nach Möglichkeit die Errichtung von öffentlichen Toiletten auf Bezirkssportplätzen einvernehmlich vermieden werde. Leider wurde nicht ausgeführt, mit wem das Einvernehmen gesucht werden sollte oder gefunden wurde, denn es ist eher unwahrscheinlich, dass BezirkssportplatznutzerInnen auf die Toiletten verzichten. Es ist auch weniger wahrscheinlich, dass die Mutter des kleinen Maxi für Spielplätze diese Meinung teilt. Also daher war es uns wichtig, hier einen neuerlichen Anlauf zu nehmen, um insgesamt die Situation für die Grazerinnen und Grazer in diesem Bereich zu verbessern und wir sind auch fündig geworden. Wir haben uns Modelle international auch angesehen und da gibt es viele Beispiele aus Deutschland, aber auch aus der Schweiz, wo es diese, es wird benannt als „Die nette Toilette“, quasi ein Projekt, es klingt recht witzig, ist es auch irgendwie und doch relativ einfach, denn in Wahrheit werden in der Nähe, in der unmittelbaren Umgebung von Spielplätzen oder auch von Bezirkssportplätzen geht es quasi um die Gastro, also man hilft auch dem Wirt ums Eck in letzter Konsequenz mit dieser Geschichte, wo wir ja auch schon

Initiativen eingebracht haben. Und die Stadt Graz würde beispielsweise einen kleinen Obolus an diese Gastrobetriebe zahlen und dafür bekommen sie eine Auslobung, dass sie eben als „nette Toilette“ zur Verfügung stehen und das ist dann mit einem Sujet außen angebracht und gleichzeitig können Betroffene bzw. Bewohnerinnen und Bewohner, die den Spielplatz oder den Bezirkssportplatz nutzen, dort auch das WC aufsuchen, ohne mit Scham geduckt ins Lokal zu gehen und sich einen Kaffee zu bestellen und dann wieder das zu verlassen, sondern man kann ganz normal dann das WC benutzen. Und der Vorteil wäre natürlich auch, dass die Gastrobetriebe den einen oder anderen Gast dazugewinnen könnten, also das wäre ja durchaus eine Win-win-Situation für alle, wobei wir natürlich auch plädieren, dass in einigen Bereichen, wo es notwendig ist, auch neue Toilettenanlagen natürlich errichtet werden. Also das heißt, es soll summa summarum eine Mischung von beidem sein, aber wie gesagt, dieses Modell auf jeden Fall auch zur Anwendung zu bringen, zumindest zu prüfen, wie das aussieht. Sogar die PPC hat sich um dieses Thema angenommen und über diese „nette Toilette“, das gibt es auf YouTube, das ist dort abrufbar, einen Bericht gemacht und das dürfte offensichtlich tatsächlich ein sehr erfolgreiches Modell sein.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

**dringlichen Antrag:**

Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden ersucht,

1. in Abstimmung mit den jeweiligen Bezirksvertretungen und unter Einbindung interessierter AktivbürgerInnen den Bedarf an Toilettenanlagen im öffentlichen Raum in Graz – speziell natürlich auf städtischen Spielplätzen, Bezirkssportplätzen, in Parks, an Öffi-Knotenpunkten – zu erheben und



2. entsprechende Modelle/Vorschläge auszuarbeiten, auf welche Weise dieser Bedarf gedeckt werden könnte, wobei auf jeden Fall das Modell „Die nette Toilette“ in allen Überlegungen mitberücksichtigt werden sollte.

Ich darf noch hinzufügen, es hat eine Untersuchung gegeben und eine Befragung in einer Gruppe von sehr engagierten MitbürgerInnen, da gibt es eine Gruppe, die beinhaltet ungefähr 12.000 Mitglieder, und die Befragung hat ergeben, dass die Toilettenanlagen oder der Bedarf an Toilettenanlagen das größte Problem an Spielplätzen bzw. Bezirkssportplätzen darstellt. Nur so viel dazu, also es ist echt ein wichtiges Thema und daher hoffen wir auch auf breite Zustimmung im Sinne der Grazerinnen und Grazer. Danke (Appl.).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Es sind oft nur Kleinigkeiten, die am Ende für die Betroffenen zur großen Not werden: Etwa, wenn Kinder auf Spielplätzen auf die Toilette müssen, wenn NutzerInnen von Bezirkssportplätzen ein dringendes Bedürfnis verspüren. Denn: WC-Anlagen auf unseren städtischen Spiel- und Bezirkssportplätzen sind leider eher Seltenheit.*

*Urgiert wurde das Problem von uns in Gemeinderatsinitiativen schon mehrmals, einmal bekamen wir daraufhin sogar eine Antwort, in der unter anderem zu lesen war, dass „nach Möglichkeit die Errichtung von öffentlichen Toiletten auf Bezirkssportplätzen einvernehmlich vermieden“ werde. Leider wurde nicht ausgeführt, wer da mit wem das Einvernehmen gesucht haben soll – eher unwahrscheinlich ist es, dass Bezirkssportplatz-NutzerInnen auf Toiletten verzichten, wie es auch wenig wahrscheinlich ist, dass die Mutter des kleinen Maxi für Spielplätze diese Meinung teilt.*

*Tatsache jedenfalls ist, dass aktuell von in Summe 99 Spielplätzen und Bezirkssportplätzen lediglich zwölf mit Toiletten ausgestattet sind – für eine Stadt, die ein Sportjahr ausgerufen hat, die sich als kinderfreundliche Gemeinde zu präsentieren*

*pflegt, ein nicht gerade glänzendes Ergebnis. Wobei es um Toilettenanlagen im öffentlichen Raum in Graz insgesamt eher schlecht bestellt zu sein scheint, wie die Warteschlangen im Augarten zeigen, wie man von vielen verärgerten BürgerInnen etwa in Hinblick auf ÖV-Umsteigeknoten bzw. Tram- und Bus-Endhaltestellen weiß.*

*Jetzt mag das Thema manch einem vielleicht zu minder sein. Tatsache ist aber, dass – zurückkommend auf die Spielplätze – bei einer jüngst von engagierten Grazerinnen durchgeführten Spielplatz-Umfrage und Bestandsaufnahme hinsichtlich Spielplatzausstattungen die Toiletten als eine der wichtigsten Kriterien, wenn nicht gar als der wichtigste Punkt angeführt waren. Und Tatsache ist auch, dass die Frage von Toilettenanlagen im öffentlichen Raum in sehr vielen Städten ein durchaus gewichtiges Thema ist sowohl in Hinblick auf die BewohnerInnen als auch – diesen Aspekt darf man ebenfalls nicht vergessen – als Service für den Städtetourismus. Denn sich beim Stadtbummel auf die Suche nach einem WC machen zu müssen, ist nun eben einmal alles andere als angenehm; und sich – wenn ein Kind einmal muss – gezwungen zu sehen, im nächsten Café etwas konsumieren zu müssen, ist auch nicht jedermanns und jederfraus Sache.*

*Und weil die Causa „öffentliche WC-Anlagen“ eben alles andere als unwichtig ist, hat sich sogar eine Masterarbeit an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn dem Thema „Bereitstellung von öffentlichen Toiletten in Städten – Herausforderungen für Kommunen und neue Lösungsansätze“ gewidmet.*

*Jetzt wissen wir, dass es unterschiedliche Herangehensweisen, unterschiedliche Lösungsansätze, eine ganze Reihe von durchaus interessanten Modellen gibt, die Bandbreite weit über die herkömmlichen Anlagen hinausreicht. Wobei deutsche Städte und Kommunen in der Schweiz mit dem Modell „Die nette Toilette“ sogar einen ganz neuen Ansatz wählten und Kooperationen mit Gastronomiebetrieben eingingen: Für einen kleinen Unkostenbeitrag durch die Kommune können die Toiletten in den entsprechenden, natürlich mit einem Sujet ausgewiesenen Gastronomiebetrieben*

*konsumationsfrei aufgesucht werden. Sogar der BBC war die „Nice Toilets everywhere“ ein Bericht wert, der heute noch auf YouTube abrufbar ist. Stellt das Modell doch tatsächlich eine Win-win-Situation für alle dar: Die teilnehmende Gastronomie bekommt ja nicht nur einen kleinen Unkostenbeitrag, viele gewinnen dadurch zusätzliche Gäste, machen somit zusätzlichen Umsatz; die Städte wiederum ersparen sich hunderttausende Euro jährlich, weil sie weniger Toiletten errichten bzw. warten müssen – und natürlich empfinden es jene vielen als Erleichterung, die ein dringendes Bedürfnis verspüren und „Die nette Toilette“ beim Wirt ums Eck vorfinden. So kommt es nicht von ungefähr, dass bereits einige hundert Städte in Deutschland und in der Schweiz auf dieses Modell zurückgreifen.*

*Unterm Strich sollte es jedenfalls heißen: Ein geht nicht, gibt's nicht –dieses „kleine Problem“ zu bewältigen, stellt keine Schwierigkeit dar, ist bestenfalls eine Herausforderung, die sich durch einen Blick in andere Städte, durch das Ausloten der Umsetzungsmöglichkeiten einer Aktion wie „Die nette Toilette“ und unter Einbeziehung der Bezirke sicher lösen lässt.*

*Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den*

**dringlichen Antrag:**

*Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden ersucht,*

- 1. in Abstimmung mit den jeweiligen Bezirksvertretungen und unter Einbindung interessierter AktivbürgerInnen den Bedarf an Toilettenanlagen im öffentlichen Raum in Graz – speziell natürlich auf städtischen Spielplätzen, Bezirkssportplätzen, in Parks, an Öffi-Knotenpunkten - zu erheben und*
- 2. entsprechende Modelle/Vorschläge auszuarbeiten, auf welche Weise dieser Bedarf gedeckt werden könnte, wobei auf jeden Fall das Modell „Die nette Toilette“ in allen Überlegungen mitberücksichtigt werden sollte.*

GR Mag. **Kuhn:**

Lieber Kollege Michi Ehmann, ja, es ist eine ganz wichtige Sache, ich habe es eh schon vorher auch in meinem dringlichen Antrag auch schon gesagt. Bei Toilettenanlagen gibt es eben schon die Rückmeldung, dass es dringend und notwendig ist, und man sieht das jetzt auch in den Parks, wo auch die bestehenden Toilettenanlagen, wo dann schon in langen Reihen die Leute anstehen. Und das mit dieser netten Toilette ist ein ganz wichtiger Impuls, denke ich mir, barrierefrei etc., auch wenn wir neue WCs haben mit Wickeltisch etc. Aber auch bei Wanderwegen, jetzt, wenn Leute eher im näheren Umfeld wandern gehen, ist das ein wichtiger Punkt, und manchmal wird natürlich so getan, als ob das keine Wichtigkeit hat. Aber ich habe mir angeschaut eine Parlamentswahlkampfdiskussion in den Niederlanden im März, da ist es um Toiletten und um günstigen oder Gratis-Zugang zu den Toiletten gegangen, also dort war es sogar auf nationaler Ebene ein wichtiges Wahlkampfthema bei verschiedenen Parteien. Also wichtig und unterstützenswert (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler:**

Naja, für historisch gebildete Leute darf ich ergänzen, dass ja der Kaiser Vespasian dadurch Bekanntheit erlangt hat, dass er eben als Erster Bezahl-Toiletten in Rom eingeführt hat, im antiken Rom, und das mit dem bekannten Spruch: „Pecunia non olet“. Aber ich bemerke schon, dass es hier im Gemeinderat eine allgemeine Kenntnis dieser historischen Zusammenhänge gibt (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Heuberger:**

Ja, schauen wir mal, wer es eiliger hat. Geschätztes Team im Gemeinderat und auf der Regierungsbank und wer noch zuschaut vom Livestream. Lieber Michi, in diesem Rahmen darf ich danke sagen für deinen Antrag, den ich zugleich auch als Unterstützung für mich sehe, für eine jahrelange Odyssee, wo ich schon immer rufe: Wir brachen Toilettenanlagen. Und dass wir nicht immer nur das Augenmerk auf

Hunde-Gacki-SackerIn legt, weil da gibt es unzählige Automaten, aber man sollte sich endlich auch besinnen, dass es eine natürliche und menschliche Notdurft gibt, die wir alle hin und wieder verspüren, und wir haben einfach in Graz zu wenige Toilettenanlagen. Unsere großartigen Freizeit- und Sportgebiete haben nicht nur zu wenig, sie sperren auch viel zu spät auf, und ich habe heuer zweimal angerufen bei einem tollen Ex-Kollegen von dir, von uns, beim Bernd Weiss, der dann sofort tätig wird und dem ich an dieser Stelle auch danke sagen will. Er reagiert sofort und er achtet auch mit großen Argusaugen, dass diese Toiletten auch immer wieder sauber sind. Aber dennoch darf ich einmal auch hinweisen, dass die Stadt Graz sehr großartig im Hintergrund arbeitet und weiß von der Abteilung der Immobilien, dass man bemüht ist, sämtliche Promenadenwege an der Mur jetzt auszustatten, weil da gehen unzählige Menschen spazieren, es fahren irrsinnig viele Radfahrer, aber es gibt zwischen der Murinsel und dem Murfeld keine einzige Toilette. Es gibt auch nach Norden keine einzige Toilette. Jetzt haben wir dann so viele Mamas, die kleinen Kinder können wenigstens ins Gebüsch gehen, aber im Sommer ist da, im Winter nicht. Unsere Parkhäuser der Stadt Graz haben alle eine Toilettenanlage, aber keine einzige in der Innenstadt, die einem Privatbetrieb gehört, hat eine offene Toilette. Wo man dann hingeht, wenn man lange in der Stadt spazieren geht, weiß ich nicht. Ich weiß auch, und das möchte ich jetzt schon einmal anbringen auch, dass nicht nur die Stadt Graz alleine im Verzug darin ist, und wir haben das heute auch im Klub besprochen, es gibt unzählige Wirtschaftsbetriebe wie Hofer, Lidl, Merkur, Spar, die alle im Einzelhandel, also das heißt jetzt im Einzelgeschäft, nicht in einem Einkaufszentrum, keine einzige Toilette haben. Und da würde ich schon einmal bitten, dass wir gemeinsam mit der Stadt Graz und dem Handel in diesen Bereichen einmal ansetzen, was können wir anbieten, wenn dort unzählige Kunden, manchmal stundenlang, mit kleinen Kindern auch einkaufen, viel Geld hintragen und dann doch eine Not verspüren. Wo gehen sie hin? Das haben wir nicht. Dass zu wenig ist, erlebe ich fast tagtäglich an der Auwiese, da gehe ich mit meinem Hund spazieren. Die Auwiese hat mittlerweile direkt an der Wiese eine Toilette mit drei Zellen und eine ein Stückel weiter weg, aber die Wiese ist ca. 500 bis 700 m lang, kann ich nicht genau sagen. Die

grillenden Menschen am Ende der Wiese gehen in den Wald, mittlerweile sind die Bauern dort so verzweifelt, dass sie eigentlich alles einzäunen, das ist auch nicht unbedingt der Sinn unserer Naturerhaltung. Und am Rand der Einzäunung gibt es wieder ein offenes Pissoir, eine Latrine, ich weiß nicht, wie ich es bezeichnen soll, und deshalb ersuche ich jetzt alle gemeinsam um Zusammenarbeit und um vielleicht einen richtigen Weg zu finden, eben gemeinsam mit dem Handel und mit der Stadt Graz, um endlich diese Selbstverständlichkeit, die höchst notwendig ist, bei neuen Richtungen von neuen Gebieten und bei bestehenden eine Aufrüstung mit Toiletten zu schaffen, natürlich gehen wir da mit, sowohl in im Inhalt als auch in der Dringlichkeit. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte KollegInnen, man hat es eh gerade aus den Wortmeldungen rausgehört, das Problem, das so ein bisschen lächerlich gemacht wird, das hat schon die Gerti Schloffer erfahren, die ziemlich viele Anträge auf öffentliche Toiletten gestellt hat und die es auch wirklich geschafft hat, dass die Parks hier ein bisschen besser ausgestattet sind jetzt, aber die ist oft verlacht worden. Das Problem ist aber tatsächlich ein nicht unwesentliches, weil wir reden oft, oder wir sollten eigentlich viel mehr reden über das Thema auch der Gender-gerechten Stadt und das hat mit Toiletten sehr viel zu tun. Weil der kleine Maxi, der im Antrag erwähnt ist, der, wenn er keine Toilette findet, auf den Spielplatz, dann lernt er es zu machen wie der große Max, nämlich er pinkelt einfach in die Büsche. Ich gehe jeden Tag, eigentlich oft mehrmals, am Sportplatz in der Muchargasse vorbei, da kapieren viele nicht, dass eigentlich hinter dem Gebüsch direkt der Maschendrahtzaun und der Gehsteig ist und dass man ihnen dabei zuschauen kann. Das ist erstens einmal nicht unbedingt sehr ästhetisch und es riecht auch nicht gut, aber größer ist das Problem eigentlich für die kleine Maxi oder auch die große Maxi, weil die findet nämlich nichts, die wird sich nämlich nicht in die Büsche setzen, und das ist laut einer Umfrage von dem Grazer Jugend-Streetwork nämlich auch eines der Hauptprobleme, weshalb auf den öffentlichen Sportplätzen der Stadt

Graz kaum, oder eigentlich fast, null Mädchen und Frauen zu finden sind. Und das ist eigentlich gerade in einem Sportjahr eine sehr traurige Bilanz, deswegen wäre das vielleicht auch eine ganz gute Anregung für den Herrn Sportstadtrat, der jetzt nicht das ist, aber vielleicht kann es ihm weitergegeben werden von seiner Fraktion, dass nämlich nicht nur in neue Sportgeräte, vor allen Dingen auch diese ganzen Outdoor-Fitness-Parks gesetzt wird, sondern dass es da nämlich zu diesen Sportparks nämlich auch etwas braucht, nämlich die Toiletten. Weil sonst werden wir das nie schaffen, dass wir den ohnehin schon geringen Anteil von Mädchen und Frauen im öffentlichen Raum, der sich in Corona eigentlich nochmal verringert hat, dass wir den steigern, weil ich finde, der öffentliche Raum gehört Mädchen und Frauen genauso zum großen Anteil wie Männern und sie haben auch wirklich das gleiche Interesse, Sport zu machen, es wird ihnen aber damit halt nicht unbedingt sehr freundlich entgegengekommen. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

KO GR **Ehmann:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für diesen umfassenden Zuspruch, einstimmigen Beschluss offensichtlich. Ich glaube, es muss Anliegen natürlich für uns alle sein, hier den Grazerinnen und Grazern die besten Möglichkeiten auch in diesem Bereich der Notwendigkeit zu bieten um die kleine oder die große Not lindern und lösen zu können. In dem Sinn vielen herzlichen Dank. Ich glaube, das ist wirklich ein guter Beschluss und wir werden hier gut vorankommen. Danke (*Appl.*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

StR Dr. **Riegler**:

Damit ist dem Anliegen zum Durchbruch verholfen. Wir haben noch zwei dringliche Anträge, der nächste kommt von Frau Gemeinderätin Anna Robosch und betrifft, wir haben es schon auf Facebook gelesen, die Annenstraße.

### **9.10 Verkehrsberuhigung Annenstraße (GR<sup>in</sup> Anna Robosch, SPÖ)**

GR<sup>in</sup> **Robosch**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren im Livestream ...

*Zwischenruf GR **Haberler**: Steht eh alles schon auf Facebook.*

GR<sup>in</sup> **Robosch**:

... genau, wir haben es schon auf Facebook stehen – warum machen wir das eigentlich noch? Ich glaube, unabhängig von gewissen Facebook-Postings ist, glaube ich, nur wichtig, dass wir darüber diskutieren, was die Vorteile meines Antrages wären und auch was das Damals und was das Heute der Annenstraße ist. Damals war die Annenstraße nämlich ein Aushängeschild unserer Stadt, gut florierende Geschäfte, eine Straße, die zum Flanieren und zum Zeit-Verbringen einlädt. Und seit Jahren geht der Trend aber in eine andere Richtung. Seit Jahren hat sich die Lage extrem verschlechtert, der Verkehr dort ist immens gestiegen, Geschäfte stehen leer. Wir haben auch jetzt die Situation, dass wir fast in dieser Straße mehr Autos vorfinden als Menschen und es ist auch der Platzverteilung zuzuschreiben, dass es z.B. solche Dinge wie den Annenstraßen-Flohmarkt nicht mehr gibt, weil einfach der Platz nicht mehr da ist. Sowohl aus Klimaschutz-Sicht als auch aus wirtschaftspolitischer Sicht ist das ein



großes Problem. Es stehen derzeit 27 Geschäfte leer und der belastende Individualverkehr belastet die Luftqualität der Menschen, die dort leben und der Menschen, die sich dort bewegen. Die unmittelbaren AnrainerInnen und auch die Wirtschaftstreibenden haben sich schon lange für eine Verkehrsberuhigung ausgesprochen und wollen auch wirklich, dass diese bald kommt. Die Kleine Zeitung titelte: „Es könnte die Verkehrsberuhigung und die autofreie Annenstraße endlich kommen“, denn die wirkt sich positiv auf die Menschen in dieser Straße aus, auf die AnrainerInnen, aber auch auf den Konsum in dieser Straße. Wer sich noch an die hitzigen Diskussionen rund um die Verkehrsberuhigung in der Wiener Mariahilfer Straße erinnert, der weiß, dass sich vor allem die Befürchtungen der Wirtschaftskammer und auch der Wirtschaftstreibenden vor Ort nicht bewahrheitet haben, eigentlich im Gegenteil, die Fußgängerzone, die damals dort ausgeweitet wurde, hat maßgeblich dazu beitragen, dass der Konsum dort gestiegen ist. Und das belegt letztlich auch eine Studie, die sogar von der Wirtschaftskammer selbst getätigt wurde. Die Wiener Innenstadtprojekte bringen 1,9 Mio. an Wertschöpfung. In der Bauzeit wurden 277 Vollzeitjobs geschaffen und zwei Drittel der Investition der Stadt sind selbst wieder in die städtischen Budgets zurückgeflossen. In Graz haben wir glücklicherweise, wie schon gesagt, die andere Situation, bei uns sagen Wirtschaftstreibende selbst, AnrainerInnen selbst und auch zwei Bezirksräte, dass sie diese Verkehrsberuhigung wollen. Der Bezirksrat in Lend hat diesen Antrag sogar mehrheitlich bestimmt, sogar mehrheitlich mit den Stimmen der ÖVP-Bezirksräte abgestimmt. Die Annenstraße ist, wie schon gesagt, ein Konflikt-Ort zwischen verschiedenen VerkehrsteilnehmerInnen, vor allem ein Konflikt-Ort zwischen FußgängerInnen und RadfahrerInnen, die sich eine Fläche teilen und es kann vor allem an Orten der Einstiegstellen zur Bim ein echtes Problem sein. Die positiven Effekte, die eine FußgängerInnenzone oder auch eine Verkehrsberuhigung im Allgemeinen haben kann in Bezug auf die Menschen und in Bezug auf den Wirtschaftsstandort, zeigen auch andere Städte. Wien ist ein Beispiel, Madrid ist ein Beispiel, Mailand ist ein Beispiel. Mailand geht sogar so weit und sagt, das ganze historische Zentrum soll in Zukunft eine FußgängerInnenzone sein und das weltberühmte Opernhaus und weitere

Plätze sollen langsam in eine riesigem FußgängerInnenzone zusammenwachsen. Sogar autofixierte Länder wie die USA haben in großen Städten eingesehen, dass Verkehrsberuhigung nicht nur trendy, sondern auch notwendig in dieser Zeit ist. Immer mehr Autostraßen werden von FußgängerInnenzonen aufgewertet, und die Lebensqualität der GrazerInnen und der wirtschaftlichen Zukunft muss uns wichtig sein, deswegen stelle ich heute den Antrag im Zuge der Bezirksratsanträge von Lend und von Gries, die große Zustimmung gefunden haben, auch von ÖVP-Seite, wie schon gesagt, als auch auf die wirklich, wirklich massiven Forderungen der Wirtschaftstreibenden in der Annenstraße: Machen wir eine echte Verkehrswende, fangen wir in der Annenstraße an und machen wir sie autofrei. Deshalb stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

**dringlichen Antrag:**

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen aufgefordert werden, Möglichkeiten für eine Verkehrsberuhigung in der Annenstraße zu prüfen.
- Ausnahmen für die Zulieferung, Taxis und AnrainerInnen sollen bestehen bleiben.
- Die neu geschaffene verkehrsberuhigte Zone soll ausreichend Sitzgelegenheiten bieten und stark begrünt sein. Danke (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Die Annenstraße war einst ein echtes Aushängeschild für Graz. Gut florierende Geschäfte und ein Umfeld, in dem sich Menschen gerne getroffen und Zeit verbracht haben. Seit Jahren hat sich die Lage aber zusehends verschlechtert. Immer mehr Geschäfte haben geschlossen, Gebäude stehen leer und mittlerweile sieht man fast mehr Autos als Menschen in der Annenstraße.*

*Das ist sowohl aus Sicht des Klimaschutzes als auch aus wirtschaftlicher Sicht ein großes Problem. Die Luftqualität ist durch den belastenden Individualverkehr noch*

*schlechter als in den meisten Teilen von Graz. Dieser Umstand wirkt sich unmittelbar negativ auf AnrainerInnen und auch auf Wirtschaftstreibende aus. Denn die Straße lädt nicht zum längeren Verweilen ein, was weniger Konsum bedeutet. Die Verödung der Innenstädte ist eine direkte Folge der autofixierten Stadtplanung. Wer sich noch an die hitzigen Diskussionen rund um die Umgestaltung und Verkehrsberuhigung der Wiener Mariahilfer Straße erinnern kann, weiß, dass die Befürchtungen der Wirtschaftstreibenden sich nicht bewahrheitet haben. Eher im Gegenteil: Die FußgängerInnenzone, welche damals ausgeweitet wurde, trug maßgeblich dazu bei, dass auch der Konsum in der Gegend anstieg. Das ist mittlerweile auch durch eine Studie belegt, die ausgerechnet von der Wirtschaftskammer in Auftrag gegeben wurde. Die Wiener Innenstadtprojekte bringen rund 9,1 Millionen Euro Wertschöpfung zusätzlich pro Jahr. Außerdem sind in der Bauzeit 277 Vollzeitjobs entstanden und zwei Drittel der Investitionen sind ins städtische Budget zurückgeflossen.*

*In Graz ist die Situation umgekehrt. Hier fordern die Betriebe und Geschäftsleute diese Verkehrsberuhigung sogar aktiv ein, die Stadtregierung legt sich aber quer.*

*Die Annenstraße ist außerdem zunehmend Konfliktort zwischen FußgängerInnen, RadfahrerInnen vor allem im westlichen Teil der Straße. Das beste Beispiel dafür sind zwei Straßenbahneinstiegsstellen, die sich FußgängerInnen mit RadfahrerInnen und Autos teilen müssen. Darunter leidet die Verkehrssicherheit.*

*Es ist also dringend Zeit, hier politisch aktiv zu werden, im Sinne der AnrainerInnen und Wirtschaftstreibenden und im Blick auf die Verkehrswende. Vorbilder für die positiven Auswirkungen einer Verkehrsberuhigung gibt es genug. Ausnahmen für Zuliefernde, Taxis und AnrainerInnen bleiben dabei bestehen. Ebenfalls erhalten werden die Verbindungen ab der Traungauergasse quer über die Annenstraße zwischen Hans-Resel-Gasse und Idlhofgasse, zwischen Elisabethinergasse und Volksgartenstraße und zwischen Vorbeckgasse und Sankt-Georgen-Gasse. Die Quergasse wird dann zu einer Sackgasse.*

*Die positiven Effekte kann man auch in anderen europäischen Großstädten beobachten. In Madrid heißt es schon länger „Fußgänger zuerst!“ Autos sollen möglichst aus dem Stadtzentrum verschwinden. In bestimmten Bezirken dürfen nur noch AnwohnerInnen oder InhaberInnen einer Parkberechtigung fahren. Aktuell umfasst das Sperrgebiet rund 3,5 Quadratkilometer. Künftig soll das Gebiet noch einmal um rund ein Viertel wachsen.*

*Die zweitgrößte Stadt Italiens, Mailand, will ihr historisches Zentrum langfristig zur kompletten FußgängerInnenzone machen. Das weltberühmte Opernhaus und weitere Plätze sollen langsam zu einer Riesen-FußgängerInnenzone zusammenwachsen.*

*Auch in den USA haben Städte gute Erfahrungen mit den dort erst seit kurzem populären FußgängerInnenzonen gemacht. Häufig lassen die Leute sogar mehr Geld in Restaurants, Boutiquen und Bars als zuvor.*

*Immer mehr Autostraßen werden zu FußgängerInnenzonen aufgewertet. Für die Lebensqualität der GrazerInnen und die wirtschaftliche Zukunft der lokalen Unternehmen macht es daher Sinn, diesen notwendigen Schritt zu setzen, um eine nachhaltige Veränderung herbeizuführen. Die Verkehrswende ist unumgänglich, wenn Graz eine Zukunft haben soll.*

*Viele andere Städte haben bereits vorgezeigt, welche großen Vorteile daraus entstehen können. Statt unbegründet Ängste zu schüren und am Status quo festzuklammern, sollte die Stadtregierung diese Chance zum Wohl der GrazerInnen ergreifen.*

*Im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den*

**dringlichen Antrag:**

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, Möglichkeiten für eine Verkehrsberuhigung in der Annenstraße zu prüfen.*
- *Ausnahmen für die Zulieferung, Taxis und AnrainerInnen sollen bestehen bleiben.*
- *Die neu geschaffene verkehrsberuhigte Zone soll ausreichend Sitzgelegenheiten bieten und stark begrünt sein.*

StR<sup>in</sup> **Kahr:**

Herr Stadtrat, liebe Anna, ich möchte auch wieder gleich für meine Fraktion und auch in meinem Namen als Verkehrsstadträtin dir zur Dringlichkeit und zum Antrag antworten. Die KPÖ wird beidem zustimmen, und ich bedanke mich auch für den Antrag, weil er durchaus genau dem entspricht, was wir auch in unseren Abteilungen schon besprochen haben, deswegen sehe ich das durchaus auch als relativ rasch umsetzbar. Vor allem im Kreuzungsbereich Eggenberger Gürtel/Bahnhofgürtel ist, wenn man die stadteinwärts fahrende Autospur wegnehmen würde, vor allem die längst überfällige Verbesserung für die wartenden Fußgänger bei der Ampel und aber auch für die Radfahrer, weil diese Querung ist äußerst dicht, da kommt es immer wieder zu Problemen, und dadurch könnten wir diesen Bereich auch ausweiten. Das ist der große Vorteil, das haben wir uns schon mehrmals angeschaut, wäre auch umsetzbar, würde dann bedingen, dass die AutofahrerInnen rechts und links, also Richtung Süden und Norden, abfahren könnten. Alle Anrainenden und auch alle GeschäftsinhaberInnen können trotzdem unabhängig zu ihren Wohnungen oder zu ihren Geschäften ja zufahren, also das ist auch wichtig, dass die Nord-/Südrelationen ja dadurch nicht gekappt sind, es ist sozusagen nur im Abschnitt zwischen Gürtel bis Elisabethinergasse sozusagen das Stadteinwärtsfahren für den Durchzugsverkehr unterbunden. Und das würde auch die bei den damaligen Planungen nicht ganz glückliche Situation für den Wartestellenbereich, das ist nämlich auch nicht unwichtig, vor allem im östlichen Bereich verbessern und wir sehen das nur positiv. Und noch einmal, es hat niemand davon einen Nachteil und das wäre nur eine Win-win-Geschichte für alle Teilnehmenden, nämlich vor allem für die Geschäftstreibenden, es

ist für die Bewohner kein Nachteil, und insgesamt für jeden, der sich dort aufhält ist in jedem Fall eine Verbesserung (*Appl.*).

GR Mag. (FH) **Egger:**

Geschätzte Stadtregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Antragstellerin. Ich muss immer wieder schmunzeln über deine Formulierungen in den Motivenberichten, weil du immer so von der Wirtschaftskammer so als, wie soll ich sagen, du bist immer wieder überrascht, welches Wissen da ist, welche Expertise da ist, und ich glaube, du solltest auch in eine Interessensvertretung der Unternehmerinnen und Unternehmer mehr Vertrauen legen. Bei der gegenständlichen Idee bin ich ein wenig skeptisch auf der einen Seite und auf der anderen Seite sehr überrascht, dass die zuständige Stadtsenatsreferentin bereits der zweiten Planungsidee des heutigen Tages zustimmt, die von einem anderen kommt, wo ich eigentlich davon ausgehen könnte, dass eine politische Referentin diese Idee schon längst in Auftrag gegeben haben könnte. Aber macht nichts, ich habe trotzdem Vertrauen in die Stadtplanung in der Zukunft bzw. in die Verkehrsplanung, dass wir für alle Bereiche, wo es notwendig ist, auch eine gute Lösung finden werden. Ich warne aber sehr davor, dass wir voreilig jetzt genau definieren, welche Lösung wir dort genau anwenden. Es ist, glaube ich, nicht so einfach, dort den stadteinwärts fließenden Verkehr, der aus dem Westen kommt, in andere Straßen zu kanalisieren, die Alternativen sind dort die Keplerstraße und die Josef-Huber-Gasse. Die Diskussionen über die Josef-Huber-Gasse darf ich nur kurz in Erinnerung rufen, das ist nicht alles ganz so einig, wie wir über den Zugang zu diesem Thema sprechen, und daher glaube ich schon, wir müssen sehr gut darüber nachdenken, wie wir mit dieser Problemsituation umgehen. Ich glaube, wir können uns gemeinsam darauf einigen, die Lösung in der Annenstraße ist nicht ganz optimal und nicht ganz zu aller Zufriedenheit. Ich darf erinnern, einer der Ersten, der dort versucht hat, eine Einbahnlösung zustande zu bringen, war 1999 ein dir wahrscheinlich nicht ganz Unbekannter, nämlich der damalige Verkehrsstadtrat Walter Ferk, der aus deiner Parteiorganisation kommt und

der nach drei Wochen eingestehen musste: Halt, das war nicht ganz so gescheit. Dann hat es weitere Anläufe Anfang 2010 gegeben, auch in einer schwarz-grünen Regierung. Man hat dort mit großem Aufwand insgesamt, glaube ich, 8,3 Mio. Euro investiert, und ich glaube, wir sollten dort sehr, sehr sorgfältig umgehen, was wir dort wirklich an Maßnahmen setzen. Und daher denke ich auch, wir sollten uns die Zeit geben, darüber nachzudenken, und diese Zeit können wir uns insofern geben, dass vielleicht die zuständige Stadtsenatsreferentin auch das mit ihrem Amt vorbereitet, das dann in den Verkehrsausschuss bringt und dementsprechend dort einer Diskussion zuführt, daher ist dieser Antrag für uns aktuell nicht dringlich (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Ja, Kollegin Robosch, die Bestandsaufnahme stimmt, die Situation ist dort unzufriedenstellend. Früher eine Einkaufsstraße, viele Generationen haben sogar noch von einer Prunkstraße gesprochen, von einer zweiten Herrengasse. Aber wir würden hier alle naiv sein, wenn wir jetzt dort ein Fahrverbot machen, dass dort plötzlich eine zweite Herrengasse entsteht, das wird hier drinnen ja wirklich keiner mehr glauben. Es gibt ja viele Gründe, und auch die Kollegin Reininghaus hat ja dann noch ein paar Fotos zum Zeigen, warum das so aussieht, wie es jetzt aussieht. Der Niedergang der Annenstraße ist sicher auch verschärft worden von einer Ex-Stadträtin, einer Ex-Verkehrstadträtin der Grünen, die eben über 8 Mio. Euro schon einmal ausgegeben hat, dass das Verkehrsregime ins Stocken gekommen ist, dass eben Kunden das nicht mehr interessant gefunden haben, dort schnell einzukaufen, das ist schon einmal passiert. Dass jetzt so viel Leerstand herrscht, und es stehen ja dort etliche Gewerbeflächen leer, der Branchenmix stimmt nicht, auch das können wir von Seiten der FPÖ leicht beantworten, das ist schon die rot-grüne Zuwanderungspolitik, die dort mitgespielt hat, dass dieser Branchenmix jetzt so ist, wie er ist.

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

GR Ing. **Lohr**:

... die Ideen auf Bundesebene sind immer in diese Richtung und ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Robosch**: Eine rot-grüne Bundesebene hat es nie gegeben.*

GR Ing. **Lohr**:

... nein, eh nicht, aber es hat auch eine große Koalition gegeben, die durchaus diese Dinge verschärft hat und diese Maßnahmen damals, und auch teilweise passiert es ja heute noch, dass immer mehr in dieser Richtung passiert ist. Aber zurück zur Annenstraße selber. Es sind dann auch Shoppingcenter natürlich außerhalb der Stadtgrenzen entstanden oder an der Stadtgrenze und das hat alles diese Situation befördert. Auch die Verkehrsstadträtin hat ein bisschen romantisch gedacht. Wenn man jetzt dort den Verkehr sperrt, ja dann ist natürlich mehr Verkehr in der Keplerstraße; auch dort gibt es Wohnviertel, auch dort gibt es Grazer, also auch das wird nicht so einfach zu lösen sein. Wir kommen zur Analyse, die Annenstraße gehört belebt, aber sicher nicht autofrei gemacht (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler**:

Weiters zu Wort gemeldet haben sich die Neos, in Gestalt von Frau Reininghaus. Ich habe mich nämlich heute schon gefragt, es war irgendeine Unterlage am Tisch mit Fotos und offensichtlich wusste der Herr Lohr schon mehr, dass die Fotos von Ihnen sind, bitte um Ihre Erläuterungen.

GR<sup>in</sup> **Reininghaus**:

Ja, ich wohne in der Annenstraße seit acht Jahren. Ich würde Sie gerne einladen, mit mir dort einen Spaziergang zu machen. Ich verstehe die Aufregung überhaupt nicht, auch nicht vom Herrn Egger. Es ist ganz, ganz wichtig, dass in dieser Annenstraße endlich etwas passiert. Ich habe mich auch als Privatperson schon eingesetzt seit



mehreren Jahren. Ich habe versucht, den ersten Weihnachtsmarkt mit dem Citymanagement zu organisieren für die Annenstraße. Das ist leider gescheitert an den hohen Investitionen, die von Geschäftsleuten, die sich dafür bereiterklärt haben, so einen Sektstand-Weihnachtsmarkt am Esperantoplatz zu schaffen, das ist also insofern dann daran gescheitert, weil die Kosten so hoch sind und weil eben auch das Citymanagement gemeint hat, so ein Christkindlmarkt, der rechnet sich erst ab dem dritten Jahr. Das war einmal das Problem, das war der erste Versuch. Ich bin im Moment auch dabei, das Annenstraßen-Gassen-Schauen wieder mit dem Citymanagement oder in Kooperation mit dem Citymanagement in die Annenstraße zu bringen. Wir haben am 12. Mai jetzt eine Sitzung, wir könnten schon längst fertig sein, allerdings lässt Corona es nicht zu, dass wir da schneller vorangekommen wären. Ich freue mich wahnsinnig über den Antrag der Anna, vielen Dank, Anna. Ich fühle mich ein bisschen unterstützt in meinem Bestreben, aus der Annenstraße etwas zu machen. Ich möchte Ihnen auch zu bedenken geben, welchen Eindruck oder ersten Eindruck Graz hinterlässt auf Menschen, die vielleicht Wien besuchen, die dann sagen: Na dann nehmen wir Graz auch gleich mit. Fahren vielleicht mit dem Zug nach und fahren dann mit der Bim vom Bahnhof zum Hauptplatz. Die denken sich, sie sind im falschen Film, oder fragen sich: Wo bin ich hier bitte hingekommen? Das kann doch Graz nicht wurscht sein, bitte. Das kann Graz nicht egal sein. So, ich finde den Antrag der SPÖ und der Anna Robosch sehr überlegenswert, könnte natürlich dazu führen, dass es hier zu einer Verbesserung der Lebensqualität, aber auch zu einer Verbesserung für die Unternehmer und Unternehmerinnen dort werden kann. Allerdings hätte ich zusätzlich noch drei Punkte, die mir als gute Möglichkeiten erscheinen, dass in der Annenstraße wirklich einmal was weitergehen kann. Der erste Punkt wäre:  
Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich lasse das jetzt alles aus, ich sage Ihnen einfach die Punkte, es ist notwendig, dass ...

*Zwischenruf StR Dr. Riegler: Es sind auch nur mehr 18 Sekunden.*

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

... ja eben. Ja, ich darf heute auch ein bisschen überziehen (*Appl. und Gelächter im Saal*).

Wir brauchen einen Wirtschaftsturbo, Nr. 1, wo es um die Leerstände geht, die gemanagte werden müssen. Seit 16. Februar, also ich bin zuletzt am 16. Februar die Annenstraße auf und abmarschiert, ich mache das öfters, ich zähle jeden einzelnen Leerstand. 26 Leerstände sind es, einige davon schon seit vielen Jahre, obwohl bereits Nachbesserungen durch Förderungen der Stadt Graz laufen. Leider scheinen diese monetären Mittel alleine nicht auszureichen, um eine gewünschte Veränderung herbeizuführen. Zweite Maßnahme: Die Annenstraße braucht einen Hygieneturbo, und deswegen habe ich Ihnen die Fotos bereitgestellt. So darf eine Straße in unserer wunderbaren Stadt bitte sich nicht präsentieren. Sie haben sich selbst davon überzeugen können. Also braucht es Reinigungsarbeiten, nicht nur mit der Kehrmaschine, die werden ja durchgeführt, allerdings geht die Kehrmaschine immer nur bis zur Gehsteigkante, sondern wir brauchen einfach eine händische, manuelle Reinigung mit Schaufel und Besen vor diesen 26 Leerständen. Warum? Weil dort kein Eigentümer kehrt, weil jedes besetzte Geschäft, da schauen die Leute, die diese Geschäfte betreiben, dass es sauber ist vor dem Geschäft, das macht niemand bei einem Leerstand. Und wie es im Bereich der Haltestellen ausschaut, in der Annenstraße, das ist auch nicht wirklich ansehnlich. Sogar das Blumenkisterl, das die Stadt Graz hinstellt, schaut total, ich weiß nicht, verwarlost und vergessen aus. Also manuelle Reinigungsstrupps, die sich genau auf diese Zonen konzentrieren. Und dann noch was Schönes, ein Wirtschaftsturbo Nr. 2, das ist die Wiedereinsetzung des Annenstraßenflohmarktes alt, so wie er früher war. Nicht im Hinterhof, nicht in einer Wohnung im vierten Stock, sondern einfach wieder, wie es gemacht wurde, über diesen Verein Annenviertel. Und das sind zusätzlich zur Idee von der Anna Robosch noch drei weitere Punkte, wo wir wirklich in der Annenstraße was bewegen könnten. So. So. Habe ich schon „so“ gesagt? Das hat mein Papa immer gesagt. So, und jetzt zu meinen drei Punkten:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

- Die Stadt Graz möge die Einsetzung eines Leerstand-Registers für den kommerziellen, also gewerblichen, Leerstand prüfen, wobei Bestandsobjekte nach Meldung einzutragen sind. Mit der Eintragung im Register eruiert die Stadt die ursächlichen Gründe für den Leerstand also bei den Eigentümern der Geschäfte, analysiert diese und zieht diese Daten dann zur Reduzierung des lokalen Leerstandes herbei in Form von Anreizen.
- Die zuständige Stelle der Stadt Graz möge einen Sauberkeitsschwerpunkt für die Annenstraße veranlassen, in welchem insbesondere der Sauberkeit im Bereich der Gehsteige sowie im Bereich aller Haltestellen begegnet wird.
- Die Stadt Graz möge die Rahmenbedingungen prüfen, um den Flohmarkt „alt“ in Absprache mit dem Verein „Annenviertel“ wieder zweimal jährlich einzusetzen und dem Grazer Gemeinderat hiervon in der Sitzung im Juli Bericht zu erstatten.

Ich bitte um Annahme, es ist dringend (*Appl.*).

***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Veränderte Lebens- und Konsumgewohnheiten, die Entwicklung der Mietpreise und die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen haben dazu geführt, dass leider auch Graz unter vielen leerstehenden Geschäften leidet. Aber schon vor der Pandemie waren ehemalige Grazer Wirtschaftsadern, wie beispielsweise die Annenstraße, nur noch ein Schatten ihrer selbst.*

*Was Graz in dieser Hinsicht fehlt, ist eine aktive Leerstandpolitik, auch wenn es mittlerweile endlich zur Einsetzung eines Unterausschusses, zumindest für den Wohnbereich kam. Es fehlt jedoch auch ein quantitativer Zugang speziell für den gewerblichen Leerstand. Graz braucht daher ein cleveres Leerstandmanagement, das*

*einerseits die Beweggründe für Leerstände auf der Eigentümerseite kennt und analysiert und ebenso über den Bedarf an Geschäftsflächen Kenntnis hat. Andererseits muss durch die Führung eines transparenten Leerstandregisters sofort erkennbar sein, wo Geschäftsobjekte leer stehen, seit wann sie leer stehen und wie viele es letztlich sind.*

*Die Stadtregierung muss sich klar gegenüber GeschäftseigentümerInnen positionieren und bekunden, dass es neben deren Eigentumsrechten, die natürlich unantastbar sind, auch ein öffentliches Interesse an belebten Stadtgeschäften gibt, ohne jedoch dabei Zwang auszuüben oder gar Leerstandsanktionen zu verhängen.*

*Hier muss die Devise lauten: Lösungskonzepte anbieten und Anreize setzen*

*Was Graz in diesem Zusammenhang benötigt, ist ein eigenes Leerstand-Referat als Steuerungsinstrument und Dienstleister, das den EigentümerInnen die Möglichkeit eröffnet, ihren Leerstand schnell, unbürokratisch und freiwillig zu melden.*

*Da jeder einzelne Leerstand ein Zeichen für wirtschaftlichen Abschwung darstellt, unsere Straßenzüge unattraktiv erscheinen lässt und überdies Verschmutzungen der Gehsteige nach sich zieht, ist dringender Handlungsbedarf gegeben.*

*So auch in besonders drastischer Weise in der Annenstraße, die 26 leerstehende Geschäfte verzeichnet.*

*Der hohe Grad der Verschmutzung eröffnet sich besonders den FußgängerInnen, weshalb ich unseren Bürgermeister hiermit zu einem gemeinsamen Spaziergang in der Annenstraße einladen möchte.*

*Die Stadt Graz und ganz besonders die Annenstraße benötigen daher dringend die Umsetzung der folgenden Maßnahmen:*

**Wirtschafts-Turbo I: Leerstände managen**

Seit 16. Februar 2021 stehen in der Annenstraße 26 Geschäfte leer, einige davon schon seit mehreren Jahren. Obwohl bereits Nachbesserungen durch Förderungen laufen, scheinen monetäre Mittel alleine nicht auszureichen, um die gewünschte Veränderung herbeizuführen.

**Hygiene-Turbo „Annenstraße“**

Die Reinigungsarbeiten der Stadt Graz mittels Kehrmaschinen erfolgen zwar regelmäßig, aber nur bis zur Kehrsteigkante. Eine Reinigung der Gehsteige vor leerstehenden Geschäftslokalen bzw. im Bereich der Bim-Haltestellen findet kaum statt. Hier braucht es vor allem manuelle Reinigungsstrups mit Schaufel und Besen.

**Wirtschafts-Turbo II: Wiedereinsetzung des Annenstraßen Flohmarktes**

Der Flohmarkt in seiner ursprünglichen Form war zweimal jährlich die Attraktion in der Annenstraße. Der Flohmarkt war nicht nur ein beliebtes gesellschaftliches Ereignis (bis zu 10.000 BesucherInnen), sondern stellte auch einen wesentlichen wirtschaftlichen Faktor für die lokale Unternehmerschaft dar.

Sobald Corona es erlaubt, ist der Flohmarkt wieder zweimal jährlich einzusetzen.

Daher stelle ich gemäß § 21 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

**Zusatzantrag,**

der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

- Die Stadt Graz möge die Einsetzung eines Leerstand-Referats zur Führung eines Leerstand-Registers für den gewerblichen Leerstand prüfen, wobei Bestandsobjekte nach Meldung einzutragen sind. Mit der Eintragung im Register eruiert die Stadt die ursächlichen individuellen Gründe für den Leerstand, analysiert diese und zieht diese Daten zur Reduzierung des lokalen Leerstandes herbei.

- *Die zuständige Stelle der Stadt Graz möge einen Sauberkeitsschwerpunkt für die Annenstraße veranlassen, in welchem insbesondere der Sauberkeit im Bereich der Gehsteige sowie im Bereich aller Haltestellen begegnet wird.*
- *Die Stadt Graz möge die Rahmenbedingungen prüfen, um den Flohmarkt „alt“ in Absprache mit dem Verein „Annenviertel“ wieder zweimal jährlich einzusetzen und dem Grazer Gemeinderat hiervon in der Sitzung im Juli Bericht zu erstatten.*

KO GR **Dreiebner**:

Werter Herr Vorsitzender, werte Antragstellerin, werte Zusatzantragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Zuhause am Stream. Ich versuche es jetzt wieder trotzdem, dass ich auch sehr häufig die Annenstraße nutze, sehr viel von dem bestätigen kann, was Anna Robosch oder auch die Sabine Reininghaus hier sehr emotional vorgebracht haben, sehr viel bestätigen kann, ich versuche es mit weniger Emotion. Grundsätzlich ist der Anna-Robosch-Antrag ein sehr wichtiger Antrag. Ich glaube, dass wir vor zehn Jahre oder etwas mehr als zehn Jahren leider aufgrund der politischen Gemengelage, die sich zu Zeiten von Walter Ferik nicht so großartig verändert haben, also noch einmal zehn Jahre vorher, nicht den Weg zu Ende gegangen sind. Diese Fahrspur sollte ursprünglich raus, das war dann mit der ÖVP und mit der Wirtschaftskammer offenbar nicht machbar, es sollten mehr Begründungen durchgeführt werden, es sollte auch ein etwas ...

*Handy von StR<sup>in</sup> **Kahr** läutet.*

KO GR **Dreiebner**:

... etwas anspruchsvollerer Belag als diese Asphaltwüste kommen und vieles andere mehr ist am Weg stecken geblieben. Da waren viele beteiligt, ich war damals im Bezirksrat Lend und könnte auch dazu einiges vorbringen über die Rolle mancher in

diesem Bezirksrat oder auch im Nachbarbezirksrat. Mir ist nur eines wichtig, erstens schreke ich mich schon ein bisschen, wenn man zwar gute Vorschläge einbringt und auf ein zu geringes Reinigungsintervall in der Annenstraße hinweist, oder überhaupt im Grazer Westen in der Murvorstadt Gries und Lend, und das gleich unter dem Titel Hygienemaßnahmen setzt. Also unhygienisch ist es dort nicht, auch wenn der Roland Lohr so klingt, als würde er gleich alle im Lend und im Gries dafür bestrafen wollen, weil nämlich auch Migrantinnen und Migranten bzw. Neoösterreicherinnen und -österreicher dort leben. Nein, es ist nicht unhygienisch, aber es sollte aufgrund der doch hohen Frequenz von Menschen öfter gereinigt werden, das wäre ganz, ganz wichtig. Und es sollten viele Initiativen aufgegriffen werden, die vor Ort da sind, nicht zuletzt der Flohmarkt, sondern sogar zuerst. Aber die Verkehrsberuhigung alleine wird keine Einkaufsstraße Annenstraße mehr zum Leben erwecken, und das enttäuscht mich ein bisschen, dass hier angebliche Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter das gar nicht thematisieren. Heute vor ein paar Stunden sagt jemand, schade, dass das Einkaufszentrum nicht gekommen ist, jemand von der ÖVP. Wir haben das Problem, dass sich der Handel verändert. Der geht ins Internet, der geht weg vom lokalen standortgebundenen Handel und wir haben natürlich auch das Problem, dass viel zu viele Shoppingmalls, auch außerhalb von Graz, auch außerhalb von anderen Zentren, bewilligt worden sind, und die sind alle da. Ich muss jetzt nicht Seiersberg sagen, ihr wisst, was ich meine, und deswegen ist auch, der Herr Bürgermeister und Wirtschaftsreferent ist leider nicht da, deswegen wären es auch ganz wichtig, neben Verkehrs- und Begrünungsmaßnahmen, die wir voll unterstützen, nämlich quasi das Herausnehmen des Autoverkehrs, auch über die Erdgeschosszone intensiv nachzudenken, mehr Dienstleistung, mehr StartUp-Unternehmen, vielleicht auch mehr Gastronomie an dem einen oder anderen Ort. Es gibt Anbieter wie das Orpheum, es gibt das Kino in der Straße und vieles andere mehr, aber es gibt keine entsprechende Gastronomie. Und was auch sehr, vielleicht kommt ihr einmal hinüber in den Lend, wo ich wohne, und in den Gries, wo ich oft bin, auch sehr blöd ist Coworking, ist Kreativwirtschaft, und alles dieses sollten wir uns dort in die Zukunft denken, und nicht

eine DKT-Handelsstraße – Annenstraße wie damals 1960 oder 1970. Und da bin ich wirklich enttäuscht über so ...

*Zwischenruf StR Dr. Riegler: Bitte zum Schluss kommen.*

**KO GR Dreisiebner:**

... ja, ja, ich mache es wie die Frau Reininghaus, ich nehme mir jetzt einfach auch noch eine Minute. Nein, einen Satz ...

*Zwischenruf StR Dr. Riegler unverständlich.*

**KO GR Dreisiebner:**

... und dann bin ich wirklich enttäuscht von einem Kurt Egger, der sich eigentlich um diesen Wirtschaftsstandort und das Morgen, das gute Morgen, für unsere Wirtschaft hier in Graz mehr Gedanken machen sollte als das, was er vorhin zum Schlechtesten gebracht hat. Dankeschön (*Appl.*).

**StR Dr. Riegler:**

Danke, Karl, ich nehmen aber jetzt schon auch mit aus deiner Wortmeldung, dass du halt auch nicht genau weißt, wie man es macht. Weil tatsächlich ist natürlich eines der ganz wesentlichen Probleme der Annenstraße, dass die Gebäude dort sehr kleine Handelsflächen haben, weswegen es für viele Unternehmen sich eben nicht lohnt, tatsächlich dort ein Geschäft aufzumachen, das weißt du auch. Aber insgesamt ist es ein schwieriges Thema. Ich muss jetzt die Frau Reininghaus darüber aufklären, dass wir ihren Zusatzantrag erst abstimmen können, nachdem wir festgestellt haben, ob die



Dringlichkeit gegeben ist. Und sollte die Dringlichkeit nicht gegeben sein, können wir ihn leider nicht abstimmen, aber schauen wir einmal, was jetzt rauskommt. Gibt es noch Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich Frau Robosch einladen zum Schlusswort und Herrn Vizebürgermeister noch nicht um den Vorsitz bitten, sondern bitte, Anna Robosch.

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin nicht überrascht über die Expertise der Wirtschaftskammer, ich bin selbst Wirtschaftskammermitglied, das vergessen manche sehr oft. Mir ist sehr bewusst, wie viel Expertise dort vorhanden ist, ich bin nur hin und wieder überrascht, dass Erkenntnisse, die in der Wirtschaftskammer zu Tage kommen, es scheinbar nicht zu dir schaffen, lieber Herr Kurt, weil die Wirtschaftskammer hat eine klare Linie zur Verkehrsberuhigung in Wien jetzt. Sie fordern das jetzt in allen Bezirken, und dann verstehe ich nicht, wie du dich hinausstellen kannst und sagen kannst, dass das alles ein Schwachsinn ist und dass die Wirtschaftskammer immer noch den Standpunkt hat von vor fünf Jahren, weil den hat sie nicht mehr (*Appl.*).

Und die Verödung der Innenstädte ist ja nicht nur ein Problem, das es in Graz gibt, oder das es in Städten gibt. Das gibt es ja überall, und die Stadtpolitik, vor allem die Verkehrspolitik und die Stadtplanung, sollte hier gegensteuern. Und wir haben die Situation, dass wir sogar in der Bezirksdemokratie und auch bei den Wirtschaftstreibenden BefürworterInnen haben, und ihr stellt euch immer noch hier hinaus und sagt, nein, das will niemand und nein, das kann man nicht machen und das ist alles so viel schwierig, dabei wäre es nicht schwierig. Die Frau Stadträtin, die zuständig ist, hat hier gerade gesagt, dass es möglich wäre und dass sie bereit wäre, das zu tun, und ihr sagt immer noch, nein, das geht alles nicht – das geht alles nicht – das geht alles nicht. Ich glaube, dass die selbsternannte Wirtschaftspartei, die hier sitzt, sich einfach nicht schert, dass sie sich nicht um die Annenstraße schert, weil es ist scheinbar nicht ihr Klientel, und dass hier einfach ein Stadtteil vernachlässigt wird, weil das zeigt ihr mir heute mit dieser Wortmeldung und auch mit eurem

Abstimmungsverhalten. Ich danke auch der Neos-Abgeordneten und der Sabine für ihren Antrag, für ihren Zusatzantrag, der wahrscheinlich nicht abgestimmt werden wird. Aber es sind sehr wichtige Punkte, weil der Karl hat Recht, die autofreie Innenstadt-Annenstraße alleine wird deshalb noch nicht zur Prunkstraße oder wird noch nicht quasi die ganze Miete sein, aber es wäre der wichtigste Startpunkt dafür, die Annenstraße autofrei zu machen. Es wollen sehr viel Leute, es wollen sehr viele Leute schon lange, und es wäre auch für die Bezirksdemokratie ein richtiger Schritt, ihnen heute zu sagen: Die Anträge, die ihr mehrheitlich abstimmt, die von AnrainerInnen und Wirtschaftstreibenden an euch herangetragen wurden, die finden auch ihren Weg in den Gemeinderat und haben auch dort eine Mehrheit. Aber scheinbar sagt ihr sowohl zu den Wirtschaftstreibenden als auch zur Bezirksdemokratie: Heute nicht (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (20.50 Uhr)***

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

#### **9.11 Intensivierung der Maßnahmen gegen Antisemitismus (GR<sup>in</sup> Sabine Reininghaus, Neos)**

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Also ich bin nicht sehr glücklich, das ist jetzt der vierte Vorstoß in Richtung Annenstraße, der jetzt abgelehnt wurde von ÖVP und FPÖ, und ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich verstehe euch nicht, also es tut mir leid. Aber egal, ich komme jetzt zu meinem dringlichen Antrag, Betreff: Intensivierung der Maßnahmen gegen Antisemitismus, zum Abschluss heute. Mit der Shoah, dem nationalsozialistischen Völkermord am jüdischen Volk, manifestierte sich das grausamste Gesicht einer

menschenverachtenden und unentschuldbaren Diktatur. Aus diesem dunkelsten Kapitel der österreichischen Geschichte erwächst die Verantwortung, sich für die Sicherheit jüdischen Lebens und für den Kampf gegen Antisemitismus einzusetzen. Wie notwendig das ist, zeigt der Antisemitismusbericht, der vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde. Im letzten Jahr wurden insgesamt 585 antisemitische Übergriffe gemeldet, antisemitische Übergriffe gemeldet, und, wie bekannt, war auch Graz davon betroffen. Im Februar musste sich ein Mitarbeiter der Jüdischen Kultusgemeinde mit der Bezeichnung „Scheiß Jude“ beschimpfen lassen. Im März wurde ein Schüler tätlich attackiert, weil er einen Davidstern-Ring trug und im August erschütterte ein Angriff auf den Präsidenten der Grazer Kultusgemeinde ganz Österreich. Und vor kurzem wurden mehrere Fenster der Grazer Synagoge mit Steinen eingeschlagen und wurden propalästinensische Parolen auf die Mauern des Gebetshauses und des nahegelegenen jüdischen Gemeindezentrums gesprüht. Nachdem sich der „Antisemitismusbericht 2020“ allerdings nur auf gemeldete und von ExpertInnen geprüfte Übergriffe bezieht, müssen wir leider auch von einer hohen Dunkelziffer ausgehen. Die hohe Zahl an Übergriffen auf das Judentum ist erschreckend, insbesondere auch deshalb, weil in unserer Gesellschaft jeder, ja eigentlich jeder über das verbrieftete Recht verfügt, seinen Glauben öffentlich zu zeigen und auch öffentlich auszuüben. Für Politik und Gesellschaft leitet sich daraus der Auftrag ab, dem Problem durch Aufklärung, präventive Maßnahmen und politische Bildung zu begegnen, wobei alle Teile unserer Gesellschaft erreicht werden müssen, egal ob neu zugewandert oder bereits hier ansässig. Unkenntnis und Vorurteile müssen abgebaut werden und die Gesellschaft muss fähig sein, antisemitisches, menschenverachtendes und antidemokratisches Gedankengut zu erkennen und abzuwehren. Die im September vergangenen Jahres erteilte Projektförderung zur Prävention gegen Antisemitismus war bereits ein wichtiger Schritt, jedoch noch nicht der letzte. Auch wir alle hier im Gemeinderat müssen geschlossen und konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen diese Entwicklung vorgehen und unsere Bemühungen intensivieren. Die Stadt Wien hat bereits seit 2017 eine ständige Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Antisemitismus im Wiener Gemeinderat installiert, an der sich alle

Rathausfraktionen beteiligen, um gemeinsam gegen den grassierenden Antisemitismus vorzugehen. Eine Arbeitsgruppe nach diesem Vorbild wäre auch in Graz ein starkes Signal dafür, dass Antisemitismus auch in unserer Stadt gar nichts verloren hat.

Im Sinne einer toleranten und weltoffenen Stadt Graz stelle ich daher den

**dringlichen Antrag:**

- 1) Die Stadt Graz verurteilt auf das Schärfste jegliche Form von Antisemitismus und erneuert ihr Bekenntnis, dass in unserer Stadt kein Platz für antisemitisches, rassistisches oder extremistisches Gedankengut herrscht.
- 2) Aufgrund der österreichweit stark steigenden antisemitischen Vorfälle möge die Stadt Graz prüfen, eine ständige Arbeitsgruppe zum Thema Antisemitismus-Bekämpfung nach Wiener Vorbild einzurichten. Diese hat dem Gemeinderat zumindest einmal jährlich Bericht zu erstatten.
- 3) Die Stadt Graz wird beauftragt, Maßnahmen zu prüfen und zu ergreifen, die geeignet sind, Vorurteile abzubauen sowie die Gesellschaft zu befähigen, antisemitisches, menschenverachtendes und antidemokratisches Gedankengut zu erkennen und abzuwehren.

Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Mit der Shoah, dem nationalsozialistischen Völkermord am jüdischen Volk, manifestierte sich das grausamste Gesicht einer menschenverachtenden und unentschuldbaren Diktatur. Aus diesem dunkelsten Kapitel der österreichischen Geschichte erwächst die Verantwortung, sich für die Sicherheit jüdischen Lebens und*

*für den Kampf gegen Antisemitismus einzusetzen. Diese Woche erschien der „Antisemitismusbericht 2020“, in dem 585 antisemitische Übergriffe gemeldet wurden. Wie bekannt, kam es auch in Graz zu antisemitischen Angriffen: So wurde im Februar ein Mitarbeiter der Jüdischen Kultusgemeinde mit der Bezeichnung „Scheiß Jude“ beleidigt, im März ein Schüler aufgrund eines Davidstern-Ringes tätlich angegriffen und im August erschütterte der Angriff gegen den Präsidenten der Jüdischen Gemeinde in Graz ganz Österreich.*

*Vor kurzem hatte ein Angreifer mehrere Fenster der Grazer Synagoge mit Steinen eingeschlagen, sowie pro-palästinensische Parolen auf Mauern des Gebetshauses und des nahegelegenen jüdischen Gemeindezentrums gesprüht.*

*Nachdem sich der „Antisemitismusbericht 2020“ nur auf gemeldete und von ExpertInnen verifizierte Übergriffe bezieht, müssen wir leider auch von einer hohen Dunkelziffer ausgehen. Die hohe Zahl an Übergriffen auf das Judentum ist erschreckend, insbesondere auch deshalb, weil in unserer Gesellschaft jeder das verbriefte Recht hat, seinen Glauben öffentlich zu zeigen und auch öffentlich auszuüben.*

*Daraus leitet sich ein Auftrag an Politik und Gesellschaft ab, dem Problem grundlegend zu begegnen. Aufklärung, Prävention und politische Bildung müssen alle Teile unserer Gesellschaft erreichen, ob neu zugewandert oder bereits hier ansässig.*

*Zum einen müssen Unkenntnis und Vorurteile abgebaut werden, zum anderen soll eine Gesellschaft fähig sein, antisemitisches, menschenverachtendes und antidemokratisches Gedankengut zu erkennen und abzuwehren. Die im September vergangenen Jahres erteilte Projektförderung zur Prävention gegen Antisemitismus war bereits ein wichtiger Schritt, jedoch noch nicht der letzte. Wir als Gemeinderat müssen geschlossen und konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen diese Entwicklung vorgehen und unsere Bemühungen intensivieren.*

*Die Stadt Wien hat bereits seit 2017 eine ständige Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Antisemitismus im Wiener Gemeinderat installiert, an der sich alle Rathausfraktionen beteiligen. In dieser Arbeitsgruppe werden gemeinsam Handlungsanweisungen gegen den grassierenden Antisemitismus gesucht und die Stadtpolitik für das Problem sensibilisiert.*

*Eine Arbeitsgruppe nach diesem Vorbild in Graz wäre ein starkes und klares Signal, dass Antisemitismus auch in unserer Stadt nichts verloren hat.*

*Im Sinne einer toleranten und weltoffenen Stadt Graz stelle ich daher den*

***dringlichen Antrag:***

- 1) Die Stadt Graz verurteilt auf das Schärfste jegliche Form von Antisemitismus und erneuert ihr Bekenntnis, dass in unserer Stadt kein Platz für antisemitisches, rassistisches oder extremistisches Gedankengut herrscht.*
- 2) Aufgrund der österreichweit stark steigenden antisemitischen Vorfälle möge die Stadt Graz prüfen, eine ständige Arbeitsgruppe zum Thema Antisemitismus-Bekämpfung nach Wiener Vorbild einzurichten. Diese hat dem Gemeinderat zumindest einmal jährlich Bericht zu erstatten.*
- 3) Die Stadt Graz wird beauftragt, Maßnahmen zu prüfen und zu ergreifen, die geeignet sind, Vorurteile abzubauen sowie die Gesellschaft zu befähigen, antisemitisches, menschenverachtendes und antidemokratisches Gedankengut zu erkennen und abzuwehren.*

**GR Stöckler:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren im Livestream, liebe Sabine Reininghaus. Der Antrag,

den du gestellt hast, ist mir zu ernst, um politisches Kleingeld damit zu wechseln. Aber ich möchte dir einige Sachen mitgeben. Ich weiß nicht, wer für dich den Antrag recherchiert hat oder geschrieben hat, aber wenn der Bürgermeister oder der Stadtrat Hohensinner oder auch die im Kanzleramt zuständige Bundesministerin Edtstadler erst reagieren würden, wenn sie den Bericht 2020 gesehen hätten, ich glaube, dann hätten sie politisch einiges falsch gemacht. Dieses Thema beschäftigt uns seit mehreren Jahren intensiv. Wir haben wachsenden Antisemitismus leider, der kommt aus verschiedenen Richtungen, den uralten Antisemitismus aus dem rechtsextremen Bereich, aus dem linksextremen Bereich, leider auch durch zugewanderte muslimische Communitys. Wir erleben das in vielen, vielen Bereichen und es gibt dann, wie du vielleicht auch weißt, aus der Ratspräsidentschaft Österreichs im zweiten Halbjahr 2018 eine Initiative für ganz Europa in diesem Bereich tätig zu werden. Das gipfelt dann in der Strategie der österreichischen Nationalstrategie gegen Antisemitismus, die im Jänner von der Bundesregierung verabschiedet wurde: 38 Maßnahmen in sechs verschiedenen Bereichen, Karoline Edtstadler hat das auch gesagt, Aufklärung, Austausch und Bildung ist das Wichtigste in diesem Zusammenhang. Und jetzt möchte ich auf Graz Bezug nehmen, den du vielleicht besonders ansprichst. Vielleicht kannst du dich, da warst du noch nicht im Gemeinderat, erinnern, dass wir im November 2019 einen Gemeinderatsbeschluss hatten, der sich gegen Antisemitismus und PDS gerichtet hat. Das war eine erste gemeinsame Anstrengung, nur die Kommunistische Partei war damals dagegen, und wir haben uns alle auf eine Seite und auf die Seite der jüdischen Mitbürger gestellt. Dann kam es zu diesen Vorfällen, die du hier erwähnt hast, gegipfelt haben diese in einem Anschlag auf die Synagoge und dann im August auf einen körperlichen Angriff auf Elie Rosen. Das hat uns, glaube ich, alle fassungslos gemacht, aber im Gegensatz dazu, was du hier vorbringst in diesem Antrag, gab es darauf, und ich weiß das, weil ich selbst dabei war, sofort Gesprächsrunden mit Bürgermeister Nagl, Stadtrat Hohensinner und auch mir selbst, ich darf nämlich im Vorstand der Freunde der Jüdischen Gemeinde sein, und es wurde gemeinsam mit Bürgermeister Nagl, mit Elie Rosen, mit Stadtrat Hohensinner ein Konzept ausgearbeitet, das genau in diese Richtung geht. Es wurde sowohl die Sicherheit für die

Synagoge verstärkt und es wurde ein mehrstufiges Projekt gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde eine Bildungs- und Präventionsoffensive beschlossen, ein dreistufiger Plan, und ich glaube, das weißt du sehr wohl, wenn du das recherchiert hast, und viele Dinge, die du in diesen Bericht schreibst, haben wir schon vorweggenommen. Und jetzt möchte ich etwas noch dazu sagen, ich konnte es eigentlich nicht glauben, dass du diesen Antrag so gestellt hast. Weil es ist jetzt doch schon einige Monat her, seitdem diese ganze Sache aufgepoppt ist, und ich glaube, es war auf kommunaler und nationaler Eben niemand untätig in diesem Bereich. Ich habe mich noch einmal rückversichert bei der Jüdischen Gemeinde und Präsident Rosen, und so wie ich das mitbekommen habe, und gerade vorher noch einmal, sie sind eigentlich sehr verwundert, dass du diesen Antrag stellst, ohne ihn irgendwie abgesprochen zu haben mit der Jüdischen Gemeinde. Weil sie fühlen sich sehr wohl und sehr gut aufgehoben in der Zusammenarbeit mit Bürgermeister Nagl und Stadtrat Hohensinner und mit diesen Initiativen, die gemeinsam ausgearbeitet wurden. Und ich würde dich auch einladen, dass du zu uns in den Menschenrechtsbeirat kommst und dort auch mitdiskutierst, weil dort habe ich dich leider auch noch nicht gesehen, und des Weiteren wäre auch einmal vielleicht eine Verbindung mit der Jüdischen Gemeinde ganz gut, um in Zukunft dann vielleicht diese Dinge, die wir schon ausgearbeitet haben, auch vorwegzunehmen, damit du diese Anträge nicht mehr stellen musst.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Bitte zum Ende kommen.*

**GR Stöckler:**

Ich werde mich zusammenreißen und komme jetzt auch zum Schlusswort, und in Anbetracht dieser Dinge und auch im Gespräch noch mit der Jüdischen Gemeinde und Präsident Rosen ist für uns dieser Antrag von Seiten der ÖVP, und ich nehme auch an von Seiten von der FPÖ, nicht dringlich. Danke (*Appl.*).



GR Mag. **Kuhn:**

Ich sehe das ein bisschen anders als mein Vorredner. Ich finde, jeder Antrag, der das unterstützt, der Antisemitismus bekämpft, ist ein wichtiger, und es ist egal dann, wenn der jetzt noch zusätzlich kommt. Maßnahmen könnte man auch verstärkt machen, und zwar in der Jugendarbeit; meine Kollegin Manuale Wutte hat das schon Herbst 2020 angesprochen, dass man vor allem Leute, die nicht im Schulbetrieb sind, die nicht mehr im Schulsystem sind, eben mit verschiedenen Vereinen erreichen kann, mit Jukus, die natürlich mit dem Projekt Vorurteile überwinden, gute Erfolge erzielen. Und sowas kann und soll und muss die Stadt auch unterstützen, weil das sind ja Langzeitprojekte und das sind wichtige Sachen, die man einfach unterstützt und regelmäßig unterstützt, und regelmäßig Antisemitismus bekämpft, weil der ist ständig in der Bevölkerung da, und der ist, wie schon angesprochen worden ist, nicht nur in einer Gruppierung, sondern der ist da und den muss man einfach mit Aufklärungsarbeit kontinuierlich bekämpfen. Wir werden trotzdem deinen dringlichen Antrag natürlich unterstützen.

KO GR **Ehmann:**

Herr Bürgermeister-Stellvertreter, Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, und ZuhörerInnen, die noch da sind oder vielleicht noch da sind, und liebe Antragstellerin Sabine. Für eine Menschenrechtsstadt Graz, und solche wir auch sind, sehe ich es durchaus als Verpflichtung an, gegen jede Form bzw. Art von Antisemitismus, Diskriminierung, Verhetzung und Rassismus aufzutreten. Das haben wir vielfach schon kundgetan und zum Ausdruck gebracht, auch mit der damaligen Antisemitismuserklärung der Stadt Graz, wo wir das natürlich auch klar gezeigt haben. Trotzdem, wenn man sich die Vergangenheit anschaut, also die nicht so ruhmreiche, also wenn man jetzt in die dunklen Zeiten zurückblickt, wo wir auch „Stadt der Volkserhebung“ genannt wurden, dann ist es besonders wichtig, auf diese Art auch hinzuweisen, dass sowas nicht mehr aufkeimen soll und aufkeimen darf und deshalb bin ich auch nicht ganz der Meinung vom Peter, sondern würde schon sagen, dass wir jede Gelegenheit hier nutzen sollten, auch wenn schon viel in diese

Richtung getan wird, der Peter hat das ja richtig angesprochen, aber dass wir trotzdem hier eine Dringlichkeit sehen zum einen und zum anderen immer wieder darauf verweisen oder bzw. darauf hinweisen und sensibilisieren, dass dieses nicht mit uns, schon gar nicht bei uns und hoffentlich nie wieder passiert.

Das kann nicht oft genug wiederholt werden, und das sehe ich in Verbindung mit deinem Antrag schon und daher werden wir auch sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen. Danke.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Wir haben somit die Tagesordnung abgearbeitet. Ich darf mich bei all jenen bedanken, die heute zugesehen haben, darf einladen, am 20. Mai ab 12.00 Uhr wieder dabei zu sein bei der nächsten Gemeinderatssitzung und darf mich im Namen aller hier Anwesenden bei Ihnen verabschieden.